

Norbert Schäfers

Zivilgesellschaftliches Engagement

**Eine Untersuchung über die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements
in Deutschland für den Erhalt und die Stärkung der
Demokratie am Beispiel des Vereins
*Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.***

*Demokratie ist wichtig.
Aber nicht selbstverständlich.
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,
Leitgedanke des Vereins*

*Wir brauchen die Demokratie – aber
ich glaube: Derzeit braucht die Demokratie
vor allem uns. Was die Demokratie braucht,
sind selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger –
mit Zuversicht und Tatkraft, mit Vernunft,
Anstand und Solidarität.“*

Frank Walter Steinmeier,¹
Weihnachtsansprache 2019



Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster © Margarete Schäfers²

¹ Frank-Walter Steinmeier, 2017 wurde er zum 12. Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. www.bundespraesident.de/DE/Bundespraesident/Bundespraesident-frank-walter-steinmeier, Zugriff vom 12.5.2020.

² In der Villa ten Hompel nutzt die Regionale Arbeitsgruppe Münsterland des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* Räumlichkeiten und hier führt sie auch viele Veranstaltungen und Projekte durch.

Inhalt:

- 1. Einleitung**
 - 1.1 Begründung der Themenwahl und Zielsetzung des Projektes
 - 1.2 Verwendete Quellen und Literatur
 - 1.3 Zum Stand der Forschung
 - 1.4 Vorgehensweise und weiterer Ablauf der Untersuchung

- 2. Zivilgesellschaftliche Engagements**
 - 2.1 Begriffserklärung
 - 2.2 Entwicklung von Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftlichen Engagements in Deutschland
 - 2.3 Zivilgesellschaftliche / staatliche Engagements
 - 2.4 Wahrnehmung in der Öffentlichkeit

- 3. Der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.***
 - 3.1 Gründung
 - 3.1.1 Gründungsmitglieder*innen
 - 3.1.2 Kurzbiographien der Gründungsmitglieder*innen
 - 3.1.3 Weiteres zur Gründung
 - 3.2 Motivation der Gründungsmitglieder*innen
 - 3.3 Mitgliederstruktur, von der ‚Elite‘ profitieren
 - 3.4 Organisationsstruktur
 - 3.4.1 Bundesverein
 - 3.4.2 Regionale Arbeitsgemeinschaften
 - 3.4.3 Öffentliche Wahrnehmung
 - 3.5 Zweck und Ziele des Vereins
 - 3.6 Der Verein in der Praxis
 - 3.6.1 Umsetzung der Vereinsziele
 - 3.6.1.1 Prävention von Extremismus und Radikalismus
 - 3.6.1.1.1 Rechtsextremismus
 - 3.6.1.1.2 Linksextremismus
 - 3.6.1.2 Historisch-politische Bildung
 - 3.6.1.3 Förderung von zivilgesellschaftlichen Engagements und politischer Teilhabe
 - 3.6.2 Projekte und Veranstaltungen auf Bundesebene
 - 3.6.3 Fazit
 - 3.7 Preise

- 4. Die Regionale Arbeitsgruppe Münsterland in Münster**
 - 4.1 Gründung der Arbeitsgruppe

- 4.1.1 Frau Dr. Gisela Schwarze
- 4.1.2 Anlass der Gründung
- 4.1.3 Gründungsmitglieder*innen
- 4.2 Organisation der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland
- 4.3 Kooperationspartner der Regionalen Arbeitsgruppe Westfalen / Münsterland
- 4.4 Projekte, Aktionen und Veranstaltungen der Regionalen Arbeitsgruppe Westfalen / Münsterland
 - 4.4.1 Projekte für Jugendliche und junge Erwachsene
 - 4.4.2 Fortbildung für Pädagogen*innen
 - 4.4.3 Weitere Projekte in Münster
 - 4.4.4 Projekte in der Region
 - 4.4.5 Vorträge, Ausstellungen, Gedenktage
 - 4.4.5.1 Vorträge
 - 4.4.5.2 Ausstellungen
 - 4.4.5.3 Gedenktage
 - 4.4.6 Wahrnehmung der Arbeitsgruppe in der Öffentlichkeit
- 5. Zusammenfassung und Ergebnisse**
 - 5.1 Beantwortung der unter 1.1 gestellten Fragen
 - 5.2 Ausblick und Dank
- 6. Quellen- und Literaturverzeichnis**

1. Einleitung

„Für ihr Gelingen ist die Demokratie auf ihre Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Sie muss im ganzen Land tagtäglich mit Leben gefüllt werden. Wie lernen die Bürgerinnen und Bürger Demokratie und wie gestalten sie sie mit?“ Dieser Auszug aus der Ankündigung für das Seminar ‚Forschendes Lernen – Demokratieggeschichte(n) vor Ort 1900 – 2000‘ im Rahmen des Studium im Alter an der WWU Münster kann durchaus auch als Leitgedanke für diese Untersuchung gelten. Dass sich die Seminarteilnehmer gleich zu Beginn des Seminars, sozusagen als roter Faden, der die unterschiedlichen Einzelthemen aller Arbeiten miteinander verbindet, als Oberthema des Seminars auf ‚*Demokratie: ein ständiger Auftrag und Lernprozess*‘ geeinigt haben, unterstreicht diese Feststellung noch. Daher untersucht diese Arbeit die Wichtigkeit zivilgesellschaftlicher Engagements für den Erhalt und die Stärkung der Demokratie in Deutschland und stellt dabei den Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* in den Mittelpunkt der Untersuchung.

Um den Begriff Demokratie im Kontext dieser Arbeit einzuordnen, ist ein kurzer historischer Abriss über den Werdegang der Demokratie in Deutschland hilfreich. Deutschland muss auf seinem Weg zur Demokratie einen langen und schwierigen Weg zurücklegen. Nach Beendigung des Ersten Weltkriegs wird 1919 die bis dahin bestehende konstitutionelle Monarchie durch die Weimarer Republik abgelöst. Dieser erste Versuch, in Deutschland eine demokratische Staatsform zu etablieren, dauert nur 14 Jahre und wird 1933 von der nationalsozialistischen Diktatur abgelöst. Mit Beendigung des Zweiten Weltkriegs bricht die NS-Diktatur zusammen. In der darauf folgenden Besatzungszeit geht Deutschland zwei verschiedene Wege. Der sowjetischen Besatzungszone wird mit Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ein diktatorischer Sozialismus aufgezwungen, in den westlichen Besatzungszonen wird dagegen der Boden für eine föderative verfassungsstaatliche Demokratie bereitet. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland beginnt 1949 der zweite Versuch, die Demokratie wenigstens im Westteil Deutschlands einzuführen. Dieser erweist sich bis heute als Erfolg und wird 1990 durch die Vereinigung beider deutschen Staaten auch auf den Ostteil Deutschlands ausgeweitet.³

Um das Verhältnis der Deutschen zur Demokratie, gerade auch in der heutigen Zeit, zu charakterisieren, passt gut ein Auszug aus einer Rede, die Thomas Mann 1949 aus Anlass der Verleihung des Goethe-Preises an ihn in der Frankfurter Paulskirche gehalten hat. Er bezieht sich in dieser Rede auf einen von ihm 1938 im amerikanischen Exil verfassten Vortrag über den ‚*Zukünftigen Sieg der Demokratie*‘, in dem er schreibt:

„*Es gibt keinen Besitz, der Nachlässigkeit vertrüge. Selbst physische Dingesterben ab, gehen ein, kommen abhanden, wenn man sich nicht um sie kümmert, wenn sie Blick und Hand*

³ Schmidt, Manfred G., Deutschlands schwieriger Weg zur Demokratie, www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde, Zugriff vom 3.2.2020.

des Besitzers nicht mehr spüren und er sie aus den Augen verliert, weil ihr Besitz ihm allzu selbstverständlich dünkt. Das gilt auch für die Demokratie, die kein gesichertes Gut ist und Selbstbesinnung, Wiedererinnerung und Bewusstmachung benötigt.“

An gleicher Stelle spricht 71 Jahre später 2020 Prof. Dr. Rainer Forst⁴ ebenfalls über Demokratie und die Gefahren, die ihr in Deutschland heute drohen. Er sagt mit Blick auf die Rede von Thomas Mann:

„Eine extreme Vernachlässigung nennen wir Verwahrlosung. Die Verwahrlosung der Demokratie, über die ich sprechen will, ist etwas anderes als das Verkümmernlassen einer Pflanze. Sie ist eine Selbstvernachlässigung, denn Subjekt und Objekt davon sind wir selbst. [...] Mit Verwahrlosung der Demokratie meine ich Prozesse des Verkümmern-Lassens, die von innen stammen, die von einem falschen, aber verbreiteten Demokratieverständnis herrühren und dabei blind machen für den Übergang der Demokratie ins Autoritäre, also für eine Verkehrung.“⁵

Mit diesen beiden Redenauszügen sind nicht nur die Probleme und Gefahren der Demokratie in Deutschland gut beschrieben, sondern auch die Grundlagen dieser Arbeit.

Demokratie bedeutet, aus dem altgriechischen übersetzt, sinngemäß ‚Herrschaft des Staatsvolkes‘ und bezeichnet ein politisches System oder eine politische Ordnung, in dem Macht und Regierung vom Volk ausgehen.⁶ Dass die Demokratie in Deutschland die Staatsform ist, ergibt sich aus Artikel 20 des Grundgesetzes von 1949. Dort heißt es in Absatz 1: *Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.*

Und weiter in Absatz 2:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“⁷

Im Gegensatz zur Demokratie der Weimarer Republik, die nur 14 Jahre dauerte, kann unsere heutige Demokratie mittlerweile auf über 70 Jahre zurückblicken. Das Oberthema des Seminars ‚Demokratie: eine ständiger Auftrag und Lernprozess‘ impliziert aber auch, dass trotz ihres jahrzehntelangen Bestehens die Demokratie in Deutschland weder in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft eine Selbstverständlichkeit oder gar ein Selbstläufer war,

⁴ Rainer Forst ist ein deutscher Politikwissenschaftler und Philosoph. Er ist Professor der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

⁵ Westfälische Nachrichten, Die Verwahrlosung der Demokratie, 4.9.2020.

⁶ www.wikipedia.org/wiki/demokratie, Zugriff vom 3.2.2020.

⁷ Pötzsch, Horst, Demokratie, www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39287/demokratie, Zugriff vom 3.2.2020.

ist oder sein wird. Dies hat der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Weihnachtsansprache 2019 deutlich zum Ausdruck gebracht:

„Wir brauchen die Demokratie – aber ich glaube: Derzeit braucht die Demokratie vor allem uns. Was die Demokratie braucht, sind selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger – mit Zuversicht und Tatkraft, mit Vernunft, Anstand und Solidarität.“⁸

Mit dieser Aussage hat der Bundespräsident aber auch ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement im Auge, das sich für die Stärkung der Demokratie und für deren Erhalt einsetzt. Weiter führt er hierzu aus:

„Sie alle sind Teil dieser Demokratie. Indem Sie wählen gehen, indem Sie sich politisch einmischen – auf einer Straßendemo oder in einer Partei oder in einem Gemeinderat.“⁹

Bei all dem bisher zur Demokratie Gesagten darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Demokratie in den letzten Jahrzehnten nach ihrer Einführung 1949 in Deutschland, wie auch in anderen westlichen Staaten, historischen Veränderungen und gesellschaftlichem Wandel unterworfen ist. Sowohl in der Politik- als auch in der Geschichtswissenschaft besteht Konsens darüber, dass es keine optimale, einmal festgelegte Form der Demokratie gibt und auch die Definition des Begriffs Demokratie nicht unveränderbar festgeschrieben ist. Es besteht allerdings auch Konsens darüber, dass an jede Form der Demokratie Mindestanforderungen, wie allgemeine, freie und gleiche Wahlen, regelmäßige Abwahlmöglichkeiten der jeweiligen Führungen, freie Meinungsäußerungen und Interessenwahrnehmungen, das Recht der politischen Selbstorganisation und Opposition und rechtlich gesicherte politische Institutionen, gestellt werden muss¹⁰. Neben diesen Mindestanforderungen ist eine gesellschaftliche Verständigung darüber, wie die jeweilige Demokratie gestaltet werden soll, eine weitere Voraussetzung. Demokratie ist insofern nie am Ziel, als dass sie von jeder Generation neu gelernt und an sich verändernde Gegebenheiten angepasst werden muss. Dies hat insofern auch auf zivilgesellschaftliche Engagements und damit auch auf den Hauptuntersuchungsgegenstand dieser Untersuchung, den Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, Auswirkungen, als dass ihre Art Betätigung und die Weise ihre Ausführung vom jeweiligen Demokratieverständnis beeinflusst werden.¹¹ Bezogen auf die Arbeit des Vereins hinsichtlich Holocaust und anderer NS-Verbrechen bringt Bernd Faulenbach diese Veränderungen auf den Punkt, wenn er sagt:

⁸ Westfälische Nachrichten, Die Demokratie braucht uns, Auszug aus dem Redetext, 24.12.2019.

⁹ Westfälische Nachrichten, Die Demokratie braucht uns, Auszug aus dem Redetext, 24.12.2019. .

¹⁰ Buchstein, Hubertus: Einleitung in: Dres. et al (Hgg.): *Demokratietheorien von der Antike bis zur Gegenwart, Texte und Interpretationshilfen*, Schwalbach, 8. Auflage 2012, S. 199-207 und van Rahden, Till: *Demokratie. Eine gefährdete Lebensform*, Frankfurt a/M 2019, S. 16-23.

¹¹ Siehe hierzu: Gabriel, Oscar W., *Partizipation im Wandel*, Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/308683/partizipation-im-wandel, Zugriff vom 27.11.2020.

*„Aus Sicht des Vereins hat jede Generation ihr Verhältnis zu den Verbrechen des Nationalsozialismus neu zu bestimmen. Auch das kommunistische Unrecht wird für die jeweilige Gegenwart eine Rolle spielen. Ziel des Vereins ist, eine Sensibilität für Trends zu fördern, die Menschen- und Bürgerrechten, der Demokratie und dem sozialen Rechtsstaat entgegen gerichtet sind und denen deshalb entgegenzutreten ist. Denn: Ungefährdet ist die Demokratie nie“.*¹²

Wie viele Menschen und Institutionen in Deutschland sieht auch der Bundespräsident die größte Gefahr für die Demokratie in unserem Land aktuell im Rechtsextremismus, in gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere gegen Migranten, in antidemokratischen Ideologien und im Antisemitismus.

Auf diese Gefahren weist auch DaMigra, der Dachverband der Migrant*innen-Organisationen,¹³ in einem offenen Brief vom Oktober 2019 unter dem Titel *„Demokratie retten, zivilgesellschaftliches Engagement stärken!“* hin, den er im Namen von über 100 Institutionen und Einzelpersonen an die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Franziska Giffey, geschrieben hat.¹⁴ In diesem Schreiben wird die Bundesministerin aufgefordert, die aktuelle finanzielle Förderung im Rahmen des Bundesprogramms *„Demokratie leben!“* nicht nur beizubehalten, sondern auszuweiten und somit den zivilgesellschaftlich engagierten Gruppen weiterhin die finanzielle Grundlage für ihre Tätigkeiten zu geben.

Im weiteren Verlauf dieser Arbeit wird zu untersuchen sein, inwieweit zivilgesellschaftliches Engagement, wie es vom Bundespräsidenten gefordert wird, Einfluss auf die Demokratie nimmt. Eine besondere Herausforderung wird hierbei sein aufzuzeigen, wie sich die Arbeit des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* mit seinem spezifischen Ansatz, die demokratische Entwicklung in Deutschland (*Für Demokratie*) unter bewusster Wachhaltung der Erinnerung sowohl an die nationalsozialistische als auch die SED-diktatorische Vergangenheit (*Gegen Vergessen*) zu unterstützen, von anderen demokratiefördernden Gruppen abhebt.

1.1 Begründung der Themenwahl und Zielsetzung des Projektes

Darauf, dass die größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland in den letzten Jahren von jeder extremistischen, aber besonders der rechtsextremistischen Gewalt ausgeht, ist bereits hingewiesen worden. Seit der Wiedervereinigung 1990 werden Opfer rechtsextremistischer

¹² NS-Verbrechen nicht realisieren, *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, Nr. 79/November 2013. Bernd Faulenbach war zum Zeitpunkt dieser Aussage stellvertretender Vorsitzender des Vereins.

¹³ Dachverband der Migrant*innen-Organisationen; er agiert seit 2014 als bundesweiter herkunftsunabhängiger und frauenspezifischer Dachverband von Migrant*innen-Organisationen, www.damigra.de/dachverband/ueber-uns/, Zugriff vom 18.2.2020.

¹⁴ *Demokratie retten, zivilgesellschaftliches Engagement stärken!*, www.damigra.de/meldungen/demokratie-retten-zivilgesellschaftliches-engagement-staerken, Zugriff vom 25.2.2020.

Gewalt in Deutschland erfasst. Die Behörden zählen seitdem offiziell 94 Todesopfer, wogegen die Amadeu Antonio Stiftung¹⁵ von mindestens 198 Todesopfern ausgeht, da viele Opfer nicht mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht worden seien.¹⁶

Viele werden sich angesichts dieser Zahlen an die Bilder aus Halle erinnern, wo im Oktober 2019 ein rechtsextremistischer Gewalttäter versucht, sich Zugang zu einer vollbesetzten Synagoge zu verschaffen, um unter den anwesenden jüdischen Gläubigen ein Blutbad anzurichten. Oder die Bilder von Hanau kommen in Erinnerung, wo im Februar 2020 ein militant rassistischer und von Verschwörungstheorien motivierter Täter neun Migranten ermordet. In dieses Bild passt auch die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019, der sich für die Integration von Migranten einsetzte und Opfer eines rassistischen Täters wird. In diesen Kontext passt auch die Kriminalstatistik für das Jahr 2019, die Aufschluss über das Ausmaß gibt, das politisch motivierte Straftaten in Deutschland erreicht haben. Mit rund 41.000 Delikten, bei denen von einer solchen Motivation ausgegangen wird, ist in diesem Bereich gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von 14,2 Prozent zu verzeichnen. Mehr als die Hälfte dieser Taten (22.342) gehen auf das Konto von Tätern aus dem rechten Spektrum und die Zahl der antisemitischen Straftaten steigt um 13 Prozent auf insgesamt 2032.¹⁷

Im Kontext des Oberthemas des Seminars *„Demokratie: ein ständiger Auftrag und Lernprozess“* und angesichts der Tatsache, dass in der jetzigen Zeit die Hauptgefahr für die Demokratie in Deutschland vom Rechtsextremismus ausgeht, ist die Idee für das Thema dieser Arbeit entstanden: *„Zivilgesellschaftliches Engagement - Eine Untersuchung über die Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Engagements in Deutschland für den Erhalt und die Stärkung der Demokratie am Beispiel des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“*

Nicht unerheblichen Anteil an dieser Themenwahl hat die Tatsache, dass der Autor sich in einem vorhergehenden Seminar mit der Entwicklung einer Erinnerungskultur nach 1945 und daraus entstandenen Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Münster beschäftigt hat.¹⁸ Die Einbeziehung des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* in diese Untersuchung erfolgt zum einen deshalb, weil dieser Verein in Münster eine aktive Arbeitsgruppe hat, und zum anderen, weil er eine Verbindung zwischen eben dieser Vergangenheit, der damit verbundenen Erinnerungskultur und der demokratischen Gegenwart in Münster

¹⁵ Eine gemeinnützige Stiftung, 1998 gegründet, mit Sitz in Heidelberg. Benannt ist sie nach einem der ersten Todesopfer rechtsextremer Gewalt, Amadeu Antonio Kiowa. Unter dem Motto Ermutigen, Beraten, Fördern, setzt sie sich für die Stärkung der Zivilgesellschaft gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus ein. www.amadeu-antonio-stiftung.de, Zugriff vom 25.2.2020.

¹⁶ Eine Chronologie der rechten Gewalt in Deutschland, Berliner Morgenpost, 20.2.2020, www.morgenpost.de/politik/article228485029, Zugriff vom 25.2.2020.

¹⁷ Westfälische Nachrichten, Deutlich mehr politisch motivierte Straftaten, 28.5.2020.

¹⁸ Schäfers, Norbert: Kultur des Erinnerns in Münster – Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, insbesondere die jüdischen Mitbürger, Arbeit im Rahmen des Seminars Forschendes Lernen zum Thema Helden und Außenseiter. Zur Geschichte des Nationalsozialismus in Westfalen nach 1945, Münster WS 2017/18, <https://tinyurl.com/west-frau-mann>.

und dem Münsterland zieht und somit, in fast idealer Weise, dem Seminarthema ‚*Demokratie: ein ständiger Auftrag und Lernprozess*‘ Rechnung trägt. Der vom spanischen Philosoph George Santayana¹⁹ stammende Spruch „*Wer die Vergangenheit vergisst, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen*“ beschreibt diese Verbindung recht gut, denn nur wer gegen das Vergessen oder Leugnen der eigenen Vergangenheit eintritt, ist auch bereit bzw. hat die Motivation, die Demokratie zu verteidigen und zu stärken.

Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen wird es Ziel dieser Untersuchung sein, folgende Fragen zu beantworten:

1. Worin unterscheiden sich zivilgesellschaftliche Engagements von staatlichen? Welche Auswirkungen haben beide auf die Demokratie in Deutschland? Wie werden sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen?
2. Was zeichnet den Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* auf Bundesebene aus? Zu beantworten ist hier insbesondere: Wie kam es zur Gründung des Vereins? Worin besteht seine Besonderheit im Rahmen der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Engagements? Welchen Einfluss hatte oder hat dieser Verein auf die Demokratie in Deutschland? Wie wird die Arbeit des Vereins in der Öffentlichkeit wahrgenommen?
3. Welche Bedeutung hat die heutige Regionale Arbeitsgruppe Münsterland für die Demokratieentwicklung in ihrem Einzugsgebiet? Antworten auf folgende Fragen sind hierbei von besonderem Interesse: Welche Beweggründe führten zu seiner Gründung? Wie ist seine Organisations- und Mitgliederstruktur? Wie ist seine Arbeitsweise? Welche Aufgaben hat sich diese Arbeitsgruppe gestellt? Wie führt sie diese durch? Welche Resonanz hat sie in der Bevölkerung vor Ort?

Die Antworten auf diese Fragen werden in den nachfolgenden Kapiteln erarbeitet, wobei besonders festzustellen sein wird, ob und wenn ja wie sowohl die Arbeit des Bundesvereins als auch die der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland Einfluss auf die demokratische Entwicklung in Deutschland und vor Ort genommen hat und nimmt.

¹⁹ George Santayana war ein spanischer Philosoph, Schriftsteller und Literaturkritiker. Er ist einer der einflussreichsten Vertreter der amerikanischen Philosophie des 20. Jahrhunderts und gilt ebenso als führender Vertreter des kritischen Realismus, www.google.com/search7dient=firefox-b-d&q=george+santayana, Zugriff vom 8.9.2020.

1.2 Verwendete Quellen und Literatur

Für diese Untersuchung kann der Autor auf unterschiedliche Quellen zurückgreifen. Zur Entwicklung und zum Stand des zivilgesellschaftlichen Engagements in Deutschland auf Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung und auf den ‚Zweiten Bericht der Enquete-Kommission des Bundestags über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland‘ von 2017. Bei den Ausführungen zum Bundesverein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* sind sowohl die umfangreichen Veröffentlichungen des Vereins, insbesondere auch die im Internet, hilfreich als auch besonders die Kontakte mit Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Ebenso verhält es sich bei der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland in Münster. Auch hier sind Mitglieder der Gruppe von Beginn der Untersuchung an bereit gewesen, in persönlichen oder telefonischen Gesprächen Auskünfte zu geben. Besonders zu nennen sind hier Horst Wiechers und Stefan Querl. Als Glücksfall erweist sich der Nachlass von Dr. Gisela Schwarze, den sie dem Stadtarchiv Münster überlassen hat und der dort eingesehen werden kann. Insbesondere zur Gründung der Arbeitsgruppe und zu ihren ersten Jahren ist dieser eine ergiebige Quelle.

1.3 Zum Stand der Forschung

Die Forschungslage zum Thema dieser Arbeit ist zweigeteilt. Zu sowohl allgemeinen als auch speziellen Fragen der Bedeutung von zivilgesellschaftlichem Engagement für den Erhalt und die Stärkung der Demokratie ist sie breit gefächert, wissenschaftlich untersucht und belegt. Insbesondere hat der „Zweite Bericht der Enquete-Kommission des Bundestags über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland“ von 2017 auf über 600 Seiten wegweisende wissenschaftliche Ergebnisse gebracht. Dagegen liegt nach Wissensstand des Autors bisher keine Untersuchung über den Zusammenhang zwischen diesen Ergebnissen und der Bedeutung der Arbeit des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* vor, insbesondere was die Arbeit der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland betrifft.

1.4 Vorgehensweise und weiterer Ablauf der Untersuchung

Im Anschluss an diese Einleitung werden die Begriffe Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliches Engagement näher untersucht und ihre Bedeutung für die demokratische Entwicklung in Deutschland dargestellt. Ein kurzer historischer Abriss stellt die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Formen zivilgesellschaftlichen Engagements dar und die unterschiedlichen Merkmale von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Engagements werden untersucht. Weiterhin wird es besonders interessant sein zu fragen, welche Akteure sich zivilgesellschaftlich engagieren, auf welchen Gebieten dies stattfindet und welche Motivation sie antreibt.

Wie im Untertitel dieser Arbeit schon zum Ausdruck kommt, beschäftigt sich diese Untersuchung zwar mit zivilgesellschaftlichem Engagement, grenzt dieses aber in den folgenden Ausführungen auf das Beispiel des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* ein.

Im darauf folgenden Kapitel wird der Bundesverein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* umfassend behandelt. Auf die Gründung im Jahr 1993 wird hierbei ebenso eingegangen wie auf die Beweggründe der Gründungsväter/-mütter und ihre hiermit verbundenen Vereinszwecke und -ziele. Ebenfalls werden die Aufgaben, die Arbeitsweise und die Projekte des Vereins dargestellt.

Im Anschluss daran wird ausführlich auf die Arbeitsgruppe Münsterland eingegangen. Es wird dargestellt, wie es 1999 zur Gründung dieser Regionalen Arbeitsgruppe kommt, wie diese Arbeitsgruppe im Rahmen des Bundesvereins agiert, welche besonderen Aufgaben ‚vor Ort‘ sie übernimmt und durchführt und es wird die Frage zu beantworten sein, ob und wenn ja welchen Einfluss dies auf die Stärkung und den Erhalt demokratischer Überzeugungen in Münster und im Münsterland hat.

Danach werden die Ergebnisse zusammengefasst und die unter 1.1 gestellten Fragen beantwortet. Abschließen wird diese Untersuchung ein Ausblick auf die zukünftig erwünschte und erforderliche Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Engagements in Deutschland.

2. Zivilgesellschaftliche Engagements

Damit eine demokratische Gesellschaft funktioniert, ihr Zusammenhalt gestärkt und die individuelle Lebensqualität erhöht wird, ist ein vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement unerlässlich. Es schafft Gemeinschaft, fördert die Integration von Menschen und sozialen Gruppen und gibt dem Einzelnen die Möglichkeit für gemeinsame Aktivitäten, auch für ehrenamtliche Leistungen.

2.1 Begriffserklärung

Ein zivilgesellschaftliches Engagement zeichnet sich durch Freiwilligkeit aus, ist nicht auf persönliche Gewinnabsicht ausgerichtet und hat das Gemeinwohl im Blick. Es wird sowohl durch Einzelpersonen ausgeübt als auch durch zivilgesellschaftliche Organisationen. Das Engagement von Einzelpersonen ist hierbei oft zeitlich und räumlich begrenzt, bezieht sich häufig auf Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftshilfe, Initiativen und Projekte. Im Gegensatz dazu hat organisiertes Engagement eine formale Struktur und eine eigenständige Verwaltung, die in den

meisten Fällen unabhängig von staatlichen Einflüssen ist. Vereine, Verbände, Stiftungen, gemeinnützige Gesellschaften und Bürgerinitiativen bilden die infrastrukturelle Basis des organisierten Zivilengagements in Deutschland.²⁰

Ein eng mit dem Begriff zivilgesellschaftliches Engagement (Zivilgesellschaft) verbundener Begriff ist bürgerschaftliches Engagement (Bürgergesellschaft). Heute hat der Begriff Bürgergesellschaft seine in der Historie begründete negative Bedeutung (absolutistische Klasseneinteilung) verloren und wird synonym mit dem Begriff Zivilgesellschaft verwandt. Hierzu beigetragen hat sicherlich auch die Enquete-Kommission, die, im Auftrag des Deutschen Bundestages eingesetzt, 2002 in ihrem ersten Bericht zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements – Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft“²¹, den Begriff *Bürgerschaftliches Engagement* verwendet. Abweichend von der Enquete-Kommission wird in dieser Arbeit aber der im modernen Sprachgebrauch und in vielen neueren wissenschaftlichen Arbeiten gebräuchliche Begriff *Zivilgesellschaftliches Engagement* verwendet.²²

Die Enquete-Kommission geht in ihren Ausführungen sogar noch weiter, indem sie zu den zivilgesellschaftlichen (bzw. bürgerschaftlichen) Engagements alle politischen und sozialen Engagements, Aktivitäten in Vereinen, Verbänden und Kirchen ebenso zählt wie die Übernahme öffentlicher Funktionen durch Privatleute (z.B. als Schöffen bei Gericht), Nachbarschaftshilfen und das Engagement von Unternehmen (Corporate Citizenship, Corporate Social Responsibility).²³

Dass die Kommission mit ihren Feststellungen zu zivilgesellschaftlichen Engagements als Leitgedanken, fast schon eine Vision, eine gerechte und demokratische, auf Partizipation ausgerichtete Gesellschaft verbindet, wird in folgender Aussage deutlich:

„In der Bürgergesellschaft geht es um die Qualität des sozialen, politischen und kulturellen Zusammenlebens, um gesellschaftlichen Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit. So verstanden bildet das bürgerschaftliche [zivilgesellschaftliche] Engagement in der Bundesrepublik einen zentralen Eckpfeiler in einer Vision, in der die demokratischen und sozialen Strukturen durch die aktiv handelnden, an den gemeinschaftlichen Aufgaben teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger mit Leben erfüllt, verändert und auf zukünftige gesell-

²⁰ Siehe hierzu auch: Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2018/politische-und-gesellschaftliche-partizipation, Zugriff vom 7.4.2020.

²¹ Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8900, Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements – Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, www.bundestag.de/dip21/btd/14089/1408900, Zugriff vom 22.4.2020.

²² Siehe hierzu auch: Bauerkämper, Arnd, Von der bürgerlichen Gesellschaft zur Zivilgesellschaft, Berlin 2010.

²³ Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements S. 65f.

*schaftliche Bedürfnisse zugeschnitten werden. Bürgergesellschaft [Zivilgesellschaft] betreibt eine gesellschaftliche Lebensform, in der sowohl bürgerschaftlich [zivilgesellschaftlich] Engagierte als auch ihren vielfältigen Formen und Vereinigungen mehr Raum für Selbstbestimmung und Selbstorganisation überlassen wird“.*²⁴

2.2 Entwicklung von Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftlichem Engagement in Deutschland

Als der französische Adlige Alexis de Tocqueville²⁵ im 19. Jahrhundert Amerika bereist, ist er von der Dynamik der amerikanischen Zivilgesellschaft fasziniert. Die Vielfalt von freiwilligen Vereinigungen begeistert ihn genauso wie ihre Bedeutung für friedliches Zusammenleben, Problembewältigung, Selbstorganisation und Demokratie. Tocquevilles Beschreibung der damaligen amerikanischen Gesellschaft kann als Idealbild aller späteren Zivilgesellschaften erhalten, in der die gesellschaftliche Selbstorganisation auf dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern beruht.²⁶ In der Wissenschaft sind heute zwei Verständnisse von Zivilgesellschaft verbreitet: Zum einen wird Zivilgesellschaft als eine „soziale Sphäre“ definiert, die „zwischen“ dem Staat, der Wirtschaft und dem privaten Bereich – mit „Familie“ identifiziert – angesiedelt ist und in der freiwillig gegründete Assoziationen öffentlich und nicht profitorientiert das soziale und politische Handeln bestimmen. Dieser intermediäre Bereich wird deutlich von der Sphäre des Staates unterschieden. Die andere Auffassung versteht Zivilgesellschaft stärker als eine Form sozialen Handelns, die auf Zivilität und spezifische Werte ausgerichtet ist, z.B. den Verzicht auf Gewalt, die Bereitschaft zur Anerkennung des Anderen und die Orientierung an der *res publica*.²⁷

Diese Arbeit kombiniert beide Ansätze. Sie geht sowohl davon aus, dass Zivilgesellschaft in einem Zwischenraum zwischen Staat, Wirtschaft und Privatsphäre agiert, als auch davon, dass zivilgesellschaftliches Engagement dabei von zentralen Werten der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, der Pluralität, der Menschen- und Bürgerrechte, des Gewaltverzichts und der Lernfähigkeit und offenen Gesellschaft geleitet wird und auf ihnen beruht.²⁸

²⁴ Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements S.59f.

Siehe hierzu auch: Zimmer, Annette, Die verschiedenen Dimensionen der Zivilgesellschaft, Bundeszentrale für politische Bildung 2012, www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde, Zugriff vom 2.6.2020.

²⁵ Alexis de Tocqueville, 1805 – 1859, war ein französischer Publizist, Politiker und Historiker. Er gilt als Begründer der Vergleichenden Politikwissenschaft, www.wikipedia.org/wiki/Alexis_de_tocqueville, Zugriff vom 19.7.2020.

²⁶ Siehe hierzu auch: Zimmer, Annette, Die verschiedenen Dimensionen der Zivilgesellschaft, Bundeszentrale für politische Bildung 2012, www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde, Zugriff vom 2.6.2020.

²⁷ Bauerkämper, Bürgerliche Gesellschaft, S. 6.

²⁸ Bauerkämper, Bürgerliche Gesellschaft, S. 6-7.

Eine solche Zivilgesellschaft und auch ein damit verbundenes zivilgesellschaftliches Engagement hat in Deutschland, wie auch in anderen europäischen Ländern, noch keine Jahrhunderte alte Tradition. Im Kaiserreich gibt es eine Bürgergesellschaft mit absolutistischer Klasseinteilung. Obwohl den gesellschaftlichen Engagements im gerade beschriebenen Sinne von der Obrigkeit des Kaiserreiches sehr enge Grenzen gesetzt sind, gibt es solche auch in dieser Zeit. Die sich organisierenden ersten Frauenbewegungen oder die zahlreichen Vereinsgründungen im 19. Jahrhundert sind hierfür Beispiele. In der Weimarer Republik beginnt sich die Bürgergesellschaft in einigen Bereichen zwar in eine Zivilgesellschaft mit einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen und freiwilligen Vereinigungen zu wandeln. Aber diese werden in den meisten Fällen nicht durch zivilgesellschaftliches Engagement geprägt, sondern agieren meist wenig kompromissbereit primär für die Durchsetzung ihrer oft ideologisch geprägten Forderungen.²⁹ In der Zeit des Nationalsozialismus existiert eine Zivilgesellschaft, wie oben definiert, nicht und auch zivilgesellschaftliches Engagement ist in einer Diktatur nicht möglich, auch wenn sich während des Nationalsozialismus manche Menschen selbstlos für das Wohl anderer engagiert haben, im Fall des politischen Widerstands oder der Unterstützung für Verfolgte sogar unter Inkaufnahme hohen persönlichen Risikos.

Eigentlich beginnt zivilgesellschaftliches Engagement, jedenfalls wie wir es heute verstehen, in Deutschland erst mit der Gründung der Bundesrepublik. Die hiermit verbundene Einführung des Grundgesetzes ermöglicht es seitdem gemäß Artikel 9 jeder Einzelperson, Institution oder Organisation für die Anwendung, Gewährung und Umsetzung dieses Grundrechts Vereinigungen zu bilden und sich z.B. zivilgesellschaftlich auf den unterschiedlichsten Gebieten zu engagieren und damit die Demokratie zu erhalten und zu stärken. In den unmittelbaren Nachkriegsjahren beschränkt sich zivilgesellschaftliches Engagement, wenn von den jeweiligen Besatzungsmächten erlaubt, vor allem auf den politischen Bereich, aber in ersten Ansätzen auch auf die Bereiche Kultur und Soziales.

In den 1950er und 1960er Jahrzehnten gewinnt das zivilgesellschaftliche Engagement an Bedeutung, auch wenn es sich, da die Menschen in dieser Zeit mehr mit dem Aufbau und der Sicherung ihrer materiellen Existenz beschäftigt sind, im Wesentlichen auf ein Engagement von und in Verbänden, Kirchen und Vereinen beschränkt. Das staatliche Engagement ist in den Nachkriegsjahren eindeutig mehr gefragt. Dies ändert sich erst in den 1970er Jahren, als insbesondere jüngere Menschen beginnen, sich ehrenamtlich in Bürgerinitiativen und Selbsthilfeprojekten, beispielsweise in der Friedens-, Umwelt- oder Frauenpolitik, zu engagieren. Obwohl sich seit den 1980er Jahren in vielen Fällen das zivilgesellschaftliche Engagement mehr weg von Großprojekten, wie z.B. der Friedensbewegung, hin zu konkreten Einzelprojekten vor Ort bewegt, löst es bis heute nicht das traditionelle Engagement für politische und

²⁹ Zur Unvereinbarkeit von zivilgesellschaftlichem Engagement und Ideologischen Zielsetzungen siehe: Zimmer, Annette, Die aktuellen Probleme der Zivilgesellschaft, Bundeszentrale für politische Bildung 2012, www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde, Zugriff vom 18.7.2020.

soziale Projekte ab.³⁰ Ein Beispiel hierfür ist die Gründung des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* im Jahr 1993.

Für die DDR und ihre SED-Diktatur gelten hinsichtlich Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliches Engagement die gleichen Aussagen wie oben zur NS-Diktatur. In einer Diktatur fehlen für ein zivilgesellschaftliches Engagement die Rahmenbedingungen. Es beschränkt sich, da der Staat bzw. die SED für alles sorgt und keine Einmischung duldet, wenn überhaupt, bei den meisten Bürgern auf Nachbarschaftshilfen oder Hilfen unter Kollegen. Aber es gibt auch Menschen, die sich auch auf die Gefahr hin, Repressalien des Regimes ausgesetzt zu werden, an Widerständen gegen das SED-Regime beteiligen und so dazu beitragen, dass sich unter den Bedingungen einer Diktatur eine Art paralleler Zivilgesellschaft entwickeln kann. Insbesondere Vertreter der Kirchen sind hier aktiv. Zu nennen ist z.B. Friedrich Schorlemmer, der sich 1968 an Protesten gegen die neue Verfassung der DDR und gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings beteiligt. In den 1970er und 1980er Jahren entstehen, wiederum gegen den Druck der SED, kleinere Umwelt- und Friedensgruppen. Zu einem neuen Hoffnungszeichen für diese Gruppen wird 1983 eine symbolische Aktion auf dem Kirchentag in Wittenberg, als unter der Initiative von Friedrich Schorlemmer aus einem Schwert eine Pflugschar geschmiedet wird. Diese Aktion wird schließlich zu einer Bewegung, die die friedliche Revolution in der DDR voran treibt und 1989 mit zum Zusammenbruch des SED-Regimes führt. Nach 1989 bilden sich z.B. Geschichtsgruppen, die die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und der Stasi-Vergangenheit betreiben. Auch weiterhin ist zivilgesellschaftliches Engagement in weiten Bevölkerungsschichten in den neuen Bundesländern nicht sehr stark entwickelt, da es dauert, 40jährige Gewohnheiten bei vielen Menschen zu verändern. Die geringe Anzahl von Regionalen Arbeitsgruppen des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* mag hierfür ein Beispiel sein.³¹

2.3 Zivilgesellschaftliche / staatliche Engagements

Der Begriff *staatliches Engagement* wird im Kontext dieser Arbeit verwendet, wobei nicht verkannt wird, dass staatliches Engagement in vielen Fällen mit originären staatlichen Aufgaben, zu denen der Staat per Gesetz verpflichtet ist, gleichzusetzen ist.

Das folgende Zitat aus einem Grußwort des damalige Bundespräsidenten Joachim Gauck für die Jubiläumsausgabe der Vereinszeitschrift *Gegen Vergessen – Für Demokratie* anlässlich des 20jährigen Bestehens des gleichnamigen Vereins beschreibt ganz gut die Rollenverteilung zwischen zivilem und staatlichem Engagement und Handeln.

³⁰ Kleine Geschichte des bürgerlichen Engagements in Bayern, www.lbe.bayern.de/imperia/md/content/stmas/lbe/pdf/i10.pdf, Zugriff vom 19.7.2020.

³¹ Faulenbach, Bernd, NS-Verbrechen nicht relativieren, kommunistisches Unrecht nicht bagatellisieren, in: Zeitschrift Gegen Vergessen – Demokratie, Nr. 79/November 2013.

„Für den Erhalt einer lebendigen Demokratie brauchen wir wache Bürger, die die Gestaltung des Gemeinwesens nicht nur dem Staat und seinen Institutionen überlassen. Politik hat dabei die Aufgabe, zu ermutigen, zu ermächtigen und den Austausch mit unterschiedlichen Gruppen zu suchen. Doch nur die Bürgerinnen und Bürger selbst vermögen die Demokratie, wenn sie nicht ein abstraktes Programm bleiben soll, mit Leben zu füllen und auf diesem Weg auch künftig für ein Leben in Freiheit und Verantwortung einzustehen, füreinander und gegenüber unserer Vergangenheit.“

Hierbei können zivilgesellschaftliches und staatliches Handeln nicht als Gegensatz gesehen werden, sondern beide haben in demokratischen Gesellschaften ihre spezifischen Aufgaben, wobei zivilgesellschaftliches Engagement nur funktionieren kann, wenn der Staat hierfür die Grundlagen bereitstellt. Diese bestehen darin, zivilgesellschaftliches Engagement nicht nur zuzulassen, sondern besonders darin, es zu befähigen und dazu aufzurufen, aber zugleich auch dieses Engagement an den Wertekonsens der demokratischen Gesellschaft zu binden.³²

Staatliches Engagement bezieht sich demnach in unserem Fall zum einen auf übergeordnete Aufgaben, wie z.B. den Wiederaufbau und die Abfederung sozialen Elends nach dem Zweiten Weltkrieg, die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrecher*innen oder die Durchführung nationaler Gedenkveranstaltungen im Bundestag. Aber auch in übergeordneten kulturellen und ökologischen Bereichen sind staatliche Engagements gefordert. Zum andern besteht aber eine besondere staatliche Aufgabe in der Befähigung zum zivilgesellschaftlichen Engagement, etwa durch rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen, die die Arbeit von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen ermöglichen und absichern.

Dagegen bezieht sich zivilgesellschaftliches Engagement auf Aktivitäten in Vereinen, Verbänden, Initiativen und Kirchen. Ebenso zählen hierzu Nachbarschaftshilfen und das Engagement von Unternehmen. Daneben gibt es aber auch Engagements, die sowohl staatlicher als auch zivilgesellschaftlicher Natur sind. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Entwicklungshilfe. Auf der einen Seite steht hier die staatlich organisierte Entwicklungspolitik und die von ihr finanzierten Maßnahmen, auf der anderen Seite stehen die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Entwicklungshilfeprojekte, angefangen von den Projekten der großen kirchlichen und säkularen Hilfswerke, wie zum Beispiel der Welthungerhilfe oder Adveniat, bis hin zu Initiativen einzelner Kirchengemeinden oder Privatpersonen.

In einer Demokratie ist es nichts Außergewöhnliches, das zivilgesellschaftliche und staatliche Engagements bei bestimmten gesellschaftlich relevanten Themen in einen Interessenkonflikt kommen. Konflikte sind aber insofern das Lebenselixier einer Demokratie, als dass es sie sowohl auf staatlicher Ebene mit unterschiedlichen politischen Meinungen z.B. in Parlamenten gibt als auch in den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Interessenvertretungen. Gleiches

³² Bauerkämper, Arnd, Von der bürgerlichen Gesellschaft zur Zivilgesellschaft, Berlin 2010, S. 7f.

gilt auch für Konflikte zwischen Regierung und (Teilen) der Zivilgesellschaft, für deren Austragung demokratische Spielregeln gelten. Dass eine Regierung hierbei mehr Macht und Verantwortung hat als einzelne Teile der Zivilgesellschaft, widerspricht nicht diesen demokratischen Regeln.

Bei dem Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* können die Übergänge zwischen zivilgesellschaftlichem und staatlichem Engagement in einigen Fällen fließend sein, da er wegen seiner Mitgliederstruktur leichter als andere Vereine auf Ressourcen von staatlichen, staatsnahen und zivilgesellschaftlich einflussreichen Institutionen wie den Parteistiftungen oder der Bundeszentrale für politische Bildung zugreifen kann. Dies ändert aber nichts an der grundsätzlich zivilgesellschaftlichen Ausrichtung des Vereins.³³

2.4 Wahrnehmung in der Öffentlichkeit

Insbesondere im Hinblick auf die knappen öffentlichen Kassen und die damit verbundenen Reduzierungen von Leistungen in sozialen Bereichen, aber auch in den Bereichen Kultur, Ökologie etc., haben sich die Erwartungen an Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliches Engagement in der öffentlichen Wahrnehmung in den letzten zwei Jahrzehnten verändert. Die Frage, die sich hieraus ergibt: Kann und soll die Zivilgesellschaft durch ihr Engagement die Lücken, die sich aus knappen Kassen ergeben, ausfüllen und wenn ja, an welchen Stellen?

In der öffentlichen Meinung herrscht Konsens darüber, dass nicht mehr jede öffentliche Aufgabe nur Sache des Staates ist. Unbestritten ist hierbei, dass Aufgaben, die für den Bestand des Gemeinwesens unabdingbar sind, wie zum Beispiel die Energieversorgung, die Luftreinhaltung, Altersversorgung, Landesverteidigung, Gesundheitswesen etc. grundsätzlich staatliches Engagement fordern. Aber die Zivilgesellschaft hinterfragt heute in immer stärkerem Maße die Art und Weise, wie der Staat diese Aufgaben erfüllt und unterzieht diese in vielen Fällen einer kritischen Beurteilung. Die Zunahme von Bürgerprotesten nicht nur gegen Großprojekte, sondern auch gegen Vorhaben und Missstände auf lokaler Ebene machen dies deutlich und sie bestimmen die öffentliche Wahrnehmung von zivilgesellschaftlichen Engagements.

Es wird zukünftig noch stärker Aufgabe zivilgesellschaftlicher Akteure und Aktionen sein, gesellschaftliche und politische Entwicklungen kritisch zu begleiten, ihr Engagement weiterhin einzubringen und somit zur weiteren Entwicklung einer demokratischen Kultur beizutragen.³⁴

3. Der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.*

³³ Siehe hierzu auch die Ausführungen unter 3.1.

³⁴ Siehe hierzu auch: Zimmer, Annette, Die aktuellen Probleme der Zivilgesellschaft, Bundeszentrale für politische Bildung 2012, www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138719/probleme-der-zivilgesellschaft, Zugriff vom 17.6.2020.



Logo des Vereins, © Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.³⁵

Die Ideengeber für das Projekt *Gegen Vergessen – Für Demokratie* sind die SPD-Politiker Heinz Westphal³⁶ und Heinz Putzrath³⁷, wobei von Heinz Putzrath auch die Idee für die Namensgebung des Vereins stammt. Die Intention beider Initiatoren beschreiben Dr. Hans-Jochen Vogel und Prof. Dr. Bernd Faulenbach sehr anschaulich. Anlässlich eines Staatsaktes im Bundestag nach dem Tod von Heinz Westphal sagt Hans-Jochen Vogel, seinerzeit Vorsitzender des Vereins, 1998 über ihn:

„Er hat die von den NS-Machthabern missbrauchte und desillusionierte Generation der damals 15- bis 30jährigen unmittelbar nach dem Krieg eingeladen, Krieg und Diktatur ein für alle Mal abzuschwören und sich am Aufbau des demokratischen Gemeinwesens zu beteiligen.“

Und der damalige stellvertretende Vorsitzende des Vereins, Bernd Faulenbach, schreibt in einer Erinnerungsschrift 2010 über Heinz Putzrath:

„Ihn, den Verfolgten des NS-Regimes, trieb der Gedanke um, dass die Erinnerungsarbeit der Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung auch nach deren Tod weitergeführt und deshalb auf eine neue Grundlage gestellt werden müsse.“³⁸

Hierbei muss man berücksichtigen, dass die Ideengeber für den Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* zwar Heinz Westphal und Heinz Putzrath sind, aber Hans-Jochen Vogel das Verdienst gebührt, diese Idee aufgegriffen, bis hin zur Gründung des Vereins umgesetzt und seine Geschicke in den ersten Jahren maßgeblich beeinflusst zu haben.

³⁵ <https://www.gegen-vergessen.de/startseite/> (2.9.2021).

³⁶ Heinz Westphal (SPD), 1982 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und von 1983 bis 1990 Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

³⁷ Siehe Biographie unter 3.1.2.

³⁸ Zeitschrift *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, Ausgabe 79 / November 2013.

3.1 Gründung

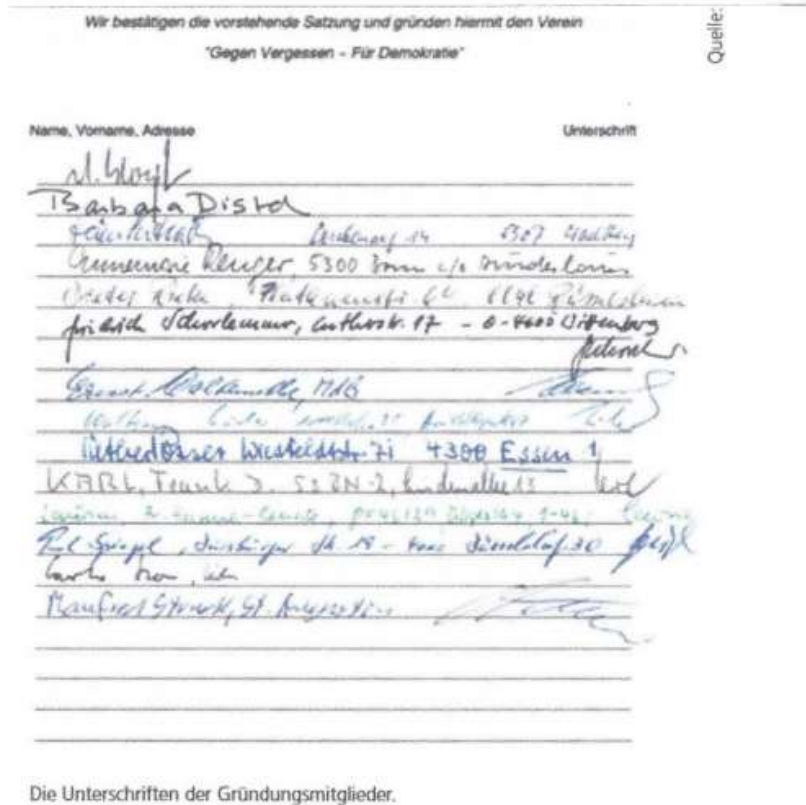
Die Gründungsversammlung von *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.* tritt am 18. April 1993 in Bonn zusammen. Diese Gründung wird nicht im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung durchgeführt, sondern ist ein formaljuristischer Akt mit der Vorlage der Vereinssatzung und der Beantragung zur Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht Bonn.

3.1.1 Gründungsmitglieder

Die Gründungsurkunde unterzeichnen seinerzeit folgende 14 Personen (die Namensnennungen erfolgen in der Reihenfolge der Unterschriften auf der Gründungsurkunde):

- **Hans-Jochen Vogel**, Politiker der SPD
- **Barbara Distel**, Kuratorin und Publizistin, Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau von 1975 - 2008
- **Heinz Putzrath**, als Jude und damaliges Mitglied der KPD Verfolgter der NS-Diktatur, Inhaftierung und Emigration, 1946 Rückkehr nach Deutschland, Politiker der SPD
- **Annemarie Renger**, Politikerin der SPD
- **Dieter Rieke**, in der DDR wegen Kontakten zur West-SPD inhaftiert, 1957 in die Bundesrepublik geflohen, dort als Journalist und Politiker der SPD tätig
- **Friedrich Schorlemmer**, Evangelischer Theologe, Bürgerrechtler und Mitglied der Friedensbewegung in der DDR, seit 1989 SPD-Mitglied
- **Ernst Waltemathe**, Politiker der SPD
- **Wolfgang Lüder**, Politiker der FDP
- **Diether Posser**, Politiker zunächst der GVP³⁹, dann der SPD
- **Frank Dieter Karl**, Friedrich-Ebert-Stiftung, hier Leiter der Abteilung ‚Gesellschaftspolitische Information‘, SPD-Mitglied
- **Hanna-Renate Laurien**, Lehrerin, Politikerin der CDU, in der katholischen Kirche aktiv
- **Paul Spiegel**, Journalist und Unternehmer, seit 1989 Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland
- **Carola Stern** (Pseudonym), eigentlich Erika Zöger geb. Assmus, deutsche Publizistin und Journalistin, SPD-Mitglied
- **Manfred Struck**, erster Geschäftsführer des Vereins, SPD-Mitglied

³⁹ Die Gesamtdeutsche Volkspartei war eine 1952 gegründete Kleinpartei, die die Westintegration, wie sie von Konrad Adenauer angestrebt wurde, ablehnte. Mangels Wahlerfolgen löste sie sich 1957 auf. Viele ihrer Mitglieder, darunter Gustav Heinemann, Johannes Rau und Diether Posser, schlossen sich der SPD an.



Unterschriften der Gründungsmitglieder © Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.⁴⁰

3.1.2 Kurzbiographien der Gründungsmitglieder

Durch die Kurzbiographien soll insbesondere versucht werden, die Motivation der einzelnen Unterzeichneten, sich für den *Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie* in einem so frühen Stadium zu engagieren, aufzuzeigen. Wie sich zeigen wird, sind die meisten Unterzeichner*innen auch im späteren Verlauf im Verein aktiv, sei es im Vorstand, im Beirat oder in sonstigen Funktionen.

Dr. Hans-Jochen Vogel (*3. Februar 1926, †26. Juli 2020)

Hans-Jochen Vogel ist ein SPD-Politiker, der auf ein bewegtes politisches Leben zurückblicken kann. Zwischen 1960 und 1972 ist er Oberbürgermeister von München. Von 1972 bis 1981 und dann wieder von 1983 bis 1994 ist Mitglied des Deutschen Bundestags. Er ist von 1972 bis 1974 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen, Städtebau und danach bis 1981 Bundesminister der Justiz. Ein ganz besonderes Gesetz, das unter ihm als Justizminister beschlossen wird und das ihm aus mehreren Gründen ein besonderen Anliegen ist, betrifft die Verjährung von Mord. Die bis dahin geltende Verjährungszeit auf Mord, die 20 Jahre beträgt, wird

⁴⁰ Abbildung aus der Zeitschrift *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, Jubiläumsausgabe 79/2013.

endgültig aufgehoben. Mit der alten Regelung wären auch die Morde, die während der NS-Zeit verübt wurden, spätestens 1965 verjährt. Da die strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen 1965 noch keineswegs abgeschlossen ist, wird die Verjährungsfrist zweimal verschoben und im neuen Gesetz 1979 festgelegt: Mord verjährt nie! Im Jahr 1981 ist er für ein halbes Jahr Regierender Bürgermeister von Berlin und danach bis 1983 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. 1983 wird er Kanzlerkandidat der SPD, scheitert aber bei der Bundestagswahl gegen die neu formierte Koalition aus CDU/CSU und FDP. Zwischen 1983 und 1991 ist er als Nachfolger von Herbert Wehner Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und von 1987 bis 1991 als Nachfolger von Willy Brandt Parteivorsitzender der SPD. Nach seinem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag und aus der aktiven Politik im Jahr 1994 beginnt für ihn nach seiner Münchener Zeit und nach seinen Bonner und Berliner Jahren sein, wie er sagt, „*dritter und letzter Lebensabschnitt*“. Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Einsatz für die Schwächeren sind für ihn als Sozialdemokraten auch weiterhin die Kernwerte der Demokratie.⁴¹

Nicht zuletzt deshalb setzt er sich auch für die Gründung des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* ein und legt das Konzept für die Vereinsarbeit fest. Er ist von seiner Gründung 1993 bis 2000 Vorsitzender des Vereins. Bernd Faulenbach nennt Hans-Jochen Vogel in einem Beitrag für die Zeitschrift ‚Gegen Vergessen für Demokratie‘ zu seinem 90. Geburtstag einen „*idealen Gründungsvorsitzenden*“, der „*nicht nur einen entscheidenden Anteil an der Gründung hatte, er prägte den Verein über Jahre in unvergleichlicher Weise, was bis heute nachwirkt. Manche nennen Gegen Vergessen – Für Demokratie nach wie vor ‚Hans-Jochen Vogels Verein‘, was keineswegs abwertend gemeint ist.*“⁴² Hans-Jochen Vogel stirbt am 26. Juli 2020. In der offiziellen Trauerfeier für die Familie, Freunde und Weggefährten in der Münchener Philharmonie verliest seine Witwe ein letztes Statement von ihm, das mit den Worten endet: „*Sorgen Sie dafür, dass Deutschland bleibt, wofür wir gekämpft haben.*“⁴³

Barbara Distel (*1943)

Barbara Distel ist eine deutsche Kuratorin und Publizistin von internationalem Ruf. Sie ist zwischen 1975 und 2008 mehr als 30 Jahre Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau und prägt in dieser Zeit das Konzept der Gedenkstätte entscheidend. Schon während ihres Studiums der Bibliothekswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München engagiert sie sich zwischen 1964 und 1967 maßgeblich beim Aufbau der KZ-Gedenkstätte Dachau. Hierbei liegt ihr besonderes Interesse am Archiv und der Bibliothek der Gedenkstätte. Mit Übernahme der

⁴¹ www.wikipedia.org/wiki/Hans-Jochen_Vogel, Zugriff vom 29.7.2020.

⁴² Bernd Faulenbach, Zum 90. Geburtstag von Hans-Jochen Vogel, *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, Nr. 88/März 2016.

⁴³ Westfälische Nachrichten, Die letzten Worte gebühren dem Toten, 4.8.2020.

Leitung entwickelt sie die Gedenkstätte KZ-Dachau zu einem Ort geistiger Auseinandersetzung und trägt nachhaltig zur wissenschaftlichen Aufarbeitung des Repressionsapparats der Nationalsozialisten bei.⁴⁴ Schon in den ersten Nachkriegsjahren nutzen Überlebende des Konzentrationslagers das Gelände zu Versammlungen unter dem Motto ‚Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!‘ und fordern die Errichtung einer würdigen Mahn- und Gedenkstätte. Nicht zuletzt aufgrund des Engagements des seinerzeitigen Oberbürgermeisters von München, Hans-Jochen Vogel, wird 1965 das ehemalige KZ-Dachau zur offiziellen Mahnstätte und Erinnerungsort erklärt, als eines der ersten seiner Art. Anfangs noch als Initiative verschiedener Vereinigungen betrieben, befindet es sich seit 2003 in der Trägerschaft der Stiftung Bayrische Gedenkstätten. Die Gedenkstätte selbst, ihre Konzeption und die dort durchgeführten Veranstaltungen haben seit Jahrzehnten einen international guten Ruf. Hieran hat Barbara Distel einen wesentlichen Anteil.⁴⁵ Zwischen 1985 und 2009 ist sie gemeinsam mit Wolfgang Benz⁴⁶ Herausgeberin der jährlich erscheinenden ‚Dachauer Hefte – Studien und Dokumentationen zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager‘.⁴⁷ Zusammen mit Wolfgang Benz ist sie Mitherausgeberin mehrerer Bücher über die nationalsozialistischen Konzentrationslager und Herausgeberin des Buchs ‚Frauen im Holocaust‘. Ein letztes gemeinsames Projekt mit Wolfgang Benz ist das Buch ‚Gemeinschaftsfremde – Zwangserziehung im Nationalsozialismus, in der Bundesrepublik und der DDR‘. In seiner Würdigung in der Zeitung ‚Jüdische Allgemeine‘ anlässlich ihres Ruhestands schreibt Wolfgang Benz: „Barbara Distel hat sich in erheblicher Weise um die Geschichtskultur in Deutschland verdient gemacht.“⁴⁸

Barbara Distel ist Mitbegründerin des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie*. Sie ist dem Verein bis heute durch ihre Mitarbeit in der Regionalen Arbeitsgruppe München verbunden, mit der zusammen sie z.B. die öffentlichen Vorstellungen der von ihr herausgegebenen Bücher organisiert oder bei den jährlich um den 9. November von der Arbeitsgruppe durchgeführten Gedenklesungen ‚Jeder Mensch hat einen Namen und ein Schicksal‘ für jüdische Bürger*innen mitwirkt.

Heinz Putzrath (*12. Dezember 1916, †24. September 1996)

Der Widerstandskämpfer und spätere sozialdemokratische Politiker Heinz Putzrath wächst als Sohn jüdischer Eltern in Breslau auf. 1933 zieht er nach Berlin und engagiert sich im Widerstand gegen Hitler. Er ist zu dieser Zeit Mitglied der KPD-Opinion, einer 1929 entstandenen

⁴⁴ www.wikipedia.org/wiki/Barbara_Distel, Zugriff vom 2.8.2020.

⁴⁵ www.wikipedia.org/wiki/KZ-Gedenkstätte_Dachau, Zugriff vom 2.8.2020.

⁴⁶ Prof. Dr. Wolfgang Benz ist ein deutscher Historiker, u.a. der NS-Forschung, und lehrte von 1990 bis 2011 an der TU-Berlin und war Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, der einzigen zentralen Einrichtung dieser Art in Europa.

⁴⁷ Das Comité International de Dachau (CID) ist die Organisation der ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau bei München.

⁴⁸ Jüdische Allgemeine, Anwältin der Opfer, 31.7.2008.

Abspaltung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Im September 1933 wird er verhaftet und wegen Hochverrats zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In den folgenden Jahren flieht er über die Niederlande und die Tschechoslowakei nach Großbritannien. 1946 kehrt Heinz Putzrath nach Deutschland zurück und wird Auslandsreferent des SPD-Vorstands. Später gründet er die Deutsch-Israelische Gesellschaft mit und ist von 1968 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1981 Leiter der Abteilung ‚Gesellschaftspolitische Information‘ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Seit 1982 ist er Berater der Historischen Kommission beim SPD-Vorstand.⁴⁹

Heinz Putzrath ist Mitinitiator, Ideengeber für den Namen und Gründungsmitglied des *Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie*. Als dessen Vorstandsmitglied sind ihm die Bewahrung von Zeitzeugenaussagen und die Förderung von Gedenkstätten ebenso wichtig wie die Gegenwartsbedeutung der NS-Vergangenheit, des Kommunismus und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Totalitarismus in jeder Form.

Annemarie Renger (*7. Oktober 1919, †3. März 2008)

Annemarie Renger ist eine SPD-Politikerin der ersten Stunde. Schon in jungen Jahren entstehen, beeinflusst durch die sozialdemokratische Gesinnung ihrer Eltern, Bindungen zur Sozialdemokratie, die die Zeit des Nationalsozialismus überdauern. 1945 wird sie Mitglied der SPD mit dem festen Willen, sich politisch zu engagieren und am Aufbau eines demokratischen Deutschlands mitzuwirken. „*Ich wollte mithelfen, dass die Welt keinen Krieg mehr erleben muss*“, sagt sie zu ihrer Motivation. Auf den damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher wird sie aufmerksam, als sie seine Rede ‚Wir verzweifeln nicht‘ liest. Sie lernt ihn kennen und diese Begegnung wird ihr weiteres politisches Leben beeinflussen. 1945 wird sie seine Privatsekretärin und leitet ab 1946 auch das Büro des SPD-Parteivorstands. „Geradezu eine Ikone der Nachkriegsgeschichte“, nennt der Präsident des Deutschen Bundestages, Norbert Lammer, bei einer Gedenkveranstaltung zu Ehren Annemarie Rengers das Foto, auf dem sie den schwer kranken Kurt Schumacher stützt. Von 1962 bis 1973 ist Annemarie Renger Mitglied im SPD-Bundesvorstand und von 1970 bis 1973 auch im SPD-Präsidium. Sie wird 1953 in den Deutschen Bundestag gewählt und gehört diesem bis 1990 ununterbrochen an. 1972 wird Annemarie Renger als erste Frau Präsidentin des Deutschen Bundestags. Nach der Wahl 1976 wird sie dessen Vizepräsidentin und bekleidet dieses Amt bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag 1990. Bei der Wahl des deutschen Bundespräsidenten 1979 unterliegt sie als SPD-Kandidatin dem Bewerber der Unionsparteien Karl Carstens. Nach ihrem altersbedingten Ausscheiden aus der Politik engagiert sie sich in verschiedenen sozialen Organisationen, u.a. im Arbeiter-Samariter-Bund.⁵⁰

⁴⁹ Aus: Zeitschrift Gegen Vergessen – Für Demokratie, Heinz Putzrath, Nr. 79/November 2013.

⁵⁰ www.wikipedia.org/wiki/Annemarie_Renger, Zugriff vom 29.7.2020.

Annemarie Renger, die ‚Grand Dame‘ der SPD, ist Gründungsmitglied des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* und bleibt dem Verein auch danach verbunden. Bei Vorträgen und Veranstaltungen zeigt die sie Präsenz und setzt sich für die Ziele des Vereins ein.

Dieter Rieke (*21. Juni 1925, †4. September 2009)

Dieter Rieke ist ein deutscher Journalist und Politiker der SPD. In Osnabrück geboren zieht seine Familie 1942 nach Gardelegen in Sachsen-Anhalt, wo er ein Jahr später das Abitur besteht. Den Krieg erlebt er als Soldat, gerät an der Westfront in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er fliehen kann und nach Gardelegen zurückkehrt. Nach Kriegsende tritt er 1945 in die neugegründete SPD-Ortsgruppe ein und arbeitet in der Kreisverwaltung Gardelegen. Weil Dieter Rieke auch nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im Jahr 1946 weiterhin Kontakt zum Ostbüro der SPD, der organisatorischen Basis der nach der Zwangsvereinigung in den Westen geflüchteten SPD-Mitglieder, in Hannover hält, wird er 1948 von sowjetischen Sicherheitskräften verhaftet und in Berlin-Hohenschönhausen inhaftiert. 1949 wird er von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und kommt in ein Straflager nach Bautzen. Dort beteiligt er sich an einer Revolte von Häftlingen und ist Mitautor eines offenen Briefs der Gefangenen an Herbert Wehner, den dieser auf dem SPD-Parteitag 1950 verliest. Nach internationalen Protesten wird Dieter Rieke 1956 vorzeitig entlassen und flieht 1957 mit seiner Familie in den Westen, wo er sich weiterhin politisch in der SPD engagiert. Nach seiner Flucht arbeitet er als Journalist beim ‚Vorwärts‘ in Bonn, der Parteizeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Im Rahmen seiner journalistischen Tätigkeit thematisiert er immer wieder seine Erfahrungen, die er in der Sowjetisch besetzten Zone und der DDR gemacht hat, weshalb er bis 1989 von der Stasi unter Beobachtung gestellt wird. Zu seinen bekanntesten Werken als Journalist und Autor zählen „Sozialdemokraten im Kampf gegen die rote Diktatur unter Stalin und Ulbricht“, „Sozialdemokraten als Opfer im Kampf gegen die rote Diktatur“ und seine Autobiographie „Geliebtes Leben: Erlebtes und Ertragenes zwischen den Mahlsteinen jüngster deutscher Geschichte“.⁵¹

Dieter Rieke ist Mitunterzeichner der Gründungsurkunde des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie*. Er ist bis zu seinem Tod dem Verein und seiner Arbeit verbunden. So ist er 1998 Initiator einer Ausstellung, die sich mit den Widerständen gegen Diktaturen in Deutschland befassen soll, die er in Überlegungen „für die Gestaltung einer dokumentarischen Ausstellung über Widerstand und Verfolgung unter der nationalsozialistischen und kommunistischen Diktatur in Deutschland“ 1998 vorstellt. Umgesetzt wird seine Idee am 19. Juli 2003 mit der Eröffnung der Ausstellung ‚Gegen Diktatur – Demokratischer Widerstand in Deutschland 1933-1945/1945-1989‘ in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. Diese Ausstellung, die

⁵¹ Florath, Bernd: Dieter Rieke in Biographische Datenbanken, Handbuch ‚Wer war wer in der DDR?‘, Bundesstiftung Aufarbeitung, Berlin 2010 und www.wikipedia.org/wiki/Dieter_Rieke, Zugriff vom 10.8.2020.

auf ein großes Echo in der Öffentlichkeit stößt, wird organisiert vom Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV), finanziert von der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien und umgesetzt mit Unterstützung der Stiftung 20. Juli 1944 und des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie. Die Eröffnungsrede hält für den ZDWV Annemarie Renger und Hans Koschnick, seinerzeit Vorsitzender von *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, referiert zu ‚Grundsätzliche Gedanken zu Widerstand in beiden deutschen Diktaturen‘.⁵²

Friedrich Schorlemmer (*16. Mai 1944)

Friedrich Schorlemmer ist deutscher evangelischer Theologe und als Bürgerrechtler Protagonist der Opposition in der DDR. Er ist als SPD-Mitglied weiterhin politisch aktiv. Nach seinem theologischen Studium zwischen 1962 und 1967 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ist er von 1971 bis 1978 als Studentenpfarrer in Merseburg tätig. Danach lehrt er zwischen 1978 und 1992 als Dozent am Evangelischen Predigerseminar an der Schlosskirche in der Lutherstadt Wittenberg, wo er selbst als Prediger tätig ist. Zwischen 1992 und 2007 ist er Studienleiter der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt. Schon in frühen Jahren beteiligt er sich an Aktionen gegen das SED-Regime. So 1968 gegen die neue Verfassung der DDR und gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings durch Truppen des Warschauer Pakts. International bekannt macht ihn 1983 eine symbolische Aktion auf dem Kirchentag in Wittenberg, als unter seiner Initiative und im Beisein von Richard von Weizsäcker aus einem Schwert eine Pflugschar geschmiedet wird. Diese Aktion wird zu einem neuen Hoffnungszeichen für die Friedensbewegung in der DDR, der er seit den 1970er Jahren angehört. Friedrich Schorlemmer ist Mitbegründer der Partei Demokratischer Aufbruch, die sich 1989 in der Zeit der Wende konstituiert und die nach 1990 mit der CDU fusioniert. Als sich die Partei immer mehr von linken Vorstellungen abwendet, tritt er aus der Partei aus und wechselt zur SPD, deren Fraktionsvorsitzender er zwischen 1990 und 1994 im Stadtparlament von Wittenberg ist. Er unterzeichnet 1997 die ‚Erfurter Erklärung‘⁵³, in der ein breites Bündnis linker Parteien und Organisationen fordert, dass in Ausfüllung von Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes „Eigentum zugleich dem Gemeinwohl dienen muss“.⁵⁴

Friedrich Schorlemmer ist nicht nur Mitunterzeichner der Gründungsurkunde des *Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie*, sondern auch Mitglied des ersten Vereinsvorstandes und

⁵² www.stiftung-20-juli-1944.de/reden/immer-wieder-habensich-einzelne-gegen-diktaturen-gewehrt, Zugriff vom 10.8.2020.

⁵³ Die Erfurter Erklärung ist ein Positionspapier und Appell von Gewerkschaften, Intellektuellen, Theologen, Politikern, Künstlern und weiteren Personen des öffentlichen Lebens aus einem linken, sozialdemokratischen und theologischen Spektrum in Deutschland.

⁵⁴ In Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes steht: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ und www.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Schorlemmer, Zugriff vom 30.7.2020.

heute Mitglied im Beirat des Vereins. Auch heute noch, mit 75 Jahren, mischt er sich mit kritischen Äußerungen in die politische Diskussion ein. *„Ich trage eine Überzeugung mit mir, die mich orientiert, die mich fordert, die mich stärkt, die mich kritisch und selbstkritisch macht.“*⁵⁵

Ernst Waltemathe (* 2. Februar 1935, † 9. Juni 1997)

Ernst Waltemathe ist ein SPD-Politiker und seit 1956 Parteimitglied. Nach einer Ausbildung im Öffentlichen Dienst tritt er in das Stadtplanungsamt von Bremen ein, wo er bis zum Oberregierungsrat aufsteigt. Zwischen 1972 und 1994 wird er im Wahlkreis Bremen-Ost stets über ein Direktmandat in den Deutschen Bundestag gewählt. Im Jahr 1976 wird er Mitglied des Vorstands der SPD-Landesorganisation Bremen. Ab 1987 gehört er dem Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion an. Im Bundestag wird er Mitglied des Haushaltsausschusses sowie der Unterausschüsse zur Wiedergutmachung von NS-Unrecht und für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe. Wie auch weitere 14 SPD-Abgeordnete, darunter die Parteigenossen Hans-Jochen Vogel und Hans Koschnik, gibt auch der Haushaltsexperte Ernst Waltemathe 1993 bekannt, bei der Bundestagswahl 1994 nicht mehr kandidieren zu wollen. Der Grund für diese Entscheidung sei nicht Politikverdrossenheit, wie er betont, sondern persönliche Überlegungen. *„Allerdings reizt es mich auch, den Beweis zu führen, dass Politiker beruflich etwas leisten können und nicht lauter Dummköpfe, Scharlatane, Schaumschläger oder Nieten sind.“*⁵⁶ Der Verdacht der Politikverdrossenheit bei den Genossen kommt zu dieser Zeit nicht von ungefähr. Eine gewisse Parteimüdigkeit - *„Langfristig geht Opposition auch auf die Nerven“*, wie der frühere Forschungsminister Andreas von Bülow gesteht - und nicht länger Prügelnabe frustrierter Wähler sein zu wollen, bringt 14 der zwischen 50 und 60 Jahre alten SPD-Abgeordneten zu der Entscheidung, zukünftig in der Wirtschaft zu arbeiten oder sich anderen Aufgaben zuzuwenden.⁵⁷

Es ist sicherlich kein Zufall, dass Ernst Waltemathe zu den Gründungsmitgliedern und Mitunterzeichnern der Gründungsurkunde des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* zählt. Er ist mit Hans-Jochen Vogel und Hans Koschnik, dem späteren Nachfolger Hans-Jochen Vogels als Vorsitzender des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, zur gleichen Zeit SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag und scheidet, wie diese auch, 1994 aus. Seine Mitgliedschaft in den Bundestagsunterausschüssen zur Wiedergutmachung von NS-Unrecht und für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe prädestinieren ihn sicherlich für Hans-Jochen Vogel als Gründungsmitglied.

⁵⁵ Aus: Sonntagsblatt 360° Evangelisch, Schwerter zu Pflugscharen-Pfarrer Schorlemmer wird 75, 15.5.2019.

⁵⁶ Der Spiegel, Ernst Waltemathe, 4.10.1993.

⁵⁷ Focus Magazin, Mit Frust im Bauch, ohne Trauerflor, Nr. 43/1993.

Wolfgang Lüder (*11. April 1937, †19. August 2013)

Wolfgang Lüder ist ein FDP-Politiker und Rechtsanwalt. Mit Aufnahme des Studiums wird er 1957 Mitglied im Liberalen Studentenbund und 1962 zu dessen Bundesvorsitzenden gewählt. Er tritt 1962 in die FDP ein und ein Jahr später auch in die FDP-Jugendorganisation Deutsche Jungdemokraten, zu deren Bundesvorsitzenden er 1968 gewählt wird. Nach einem Studium der Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin legt er 1961 die Erste juristische Staatsprüfung ab und 1967 die Zweite. 1970 wird er Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und 1971 wählt ihn die Berliner FDP als prominentesten Vertreter des linksliberalen Flügels zum Landesvorsitzenden. Nach den Wahlen in Berlin 1975, bei der eine SPD/FDP-Koalition die Mehrheit erhält, wird er Senator für Wirtschaft. 1976 übernimmt er zusätzlich das Amt des Stellvertretenden Regierenden Bürgermeisters. Im Zuge der 1980 aufgedeckten ‚Garski-Affäre‘⁵⁸ erklärt Wolfgang Lüder, der an den Gesprächen über die Vergabe der Bürgerschaft beteiligt war, 1981 auf Drängen seiner eigenen Fraktion seinen Rücktritt. „Schuld oder Vorwerfbarkeit“ weist er jedoch von sich. Nach der Niederlegung seiner politischen Ämter lässt er sich als Rechtsanwalt in Berlin nieder. Zwischen 1987 und 1994 ist er Abgeordneter des Deutschen Bundestags. Vielleicht als ‚Wiedergutmachung‘ wird Wolfgang Lüder 1987 vom Berliner Abgeordnetenhaus nach Fraktionsproporz dazu gewählt, 1990 rückt er über die FDP-Landesliste in das Parlament ein. Er ist als aktiver Humanist bis zu seinem Tod Mitglied im Bundesvorstand des ‚Humanistischen Verbandes Deutschland‘ und wird 1980 mit dem französischen ‚Ordre national du Merite‘⁵⁹ ausgezeichnet und 2012 ist er ‚Stadtältester von Berlin‘.⁶⁰

Wolfgang Lüder ist Gründungsmitglied des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* und gehört, mit einer kurzen Unterbrechung, von 2000 bis 2004 seinem Vorstand an.

Dr. Diether Posser (*9. März 1922, †9. Januar 2010)

Diether Posser ist ein Politiker der SPD und Rechtsanwalt. Nach dem Abitur am Essener Burggymnasium beginnt er 1940 ein Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft und der Geschichte an den Universitäten Münster und Köln. 1941 wird er zur Luftwaffe eingezogen und gerät in französische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1947 entlassen wird. Nach seiner Rückkehr nimmt er das Studium wieder auf, besteht 1948 das Erste juristische Staatsexamen,

⁵⁸ Dietrich Garski, ein Berliner Bauunternehmer und FDP-Mitglied, hatte von der Berliner Bank 1980 einen Kredit über 115 Millionen Mark erhalten, der über eine Landesbürgerschaft abgesichert war. Nachdem die Bank den Kredit wegen eines später bestätigten Betrugsverdachts kündigte, musste Garski Konkurs anmelden. Dies führte letztlich 1981 zum Rücktritt des gesamten SPD/FDP-Senats.

⁵⁹ Der Ordre national du Merite ist der nationale Verdienstorden Frankreichs. Er wurde am 3.12.1963 durch den französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle gestiftet und wird für besondere Verdienste im öffentlichen, zivilen, militärischen oder privaten Bereich verliehen.

⁶⁰ Stadtältester von Berlin ist eine Ehrenbezeichnung, die bis zum Jahr 1950 durch den damaligen Berliner Magistrat verliehen wurde. Seit 1951 übernimmt der Senat diese Aufgabe. www.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Lüder. Zugriff vom 30.7.2020.

promoviert 1950 an der Universität Köln und legt 1951 das Zweite juristische Staatsexamen ab. 1952 lässt er sich in Essen als Rechtsanwalt nieder. Seine politische Karriere beginnt 1952 als Mitbegründer, neben Gustav Heinemann und Johannes Rau, der Gesamtdeutschen Volkspartei. Nach deren Scheitern wird er 1957 Mitglied der SPD, für die er 1966 in den nordrhein-westfälischen Landtag einzieht. 1968 wird er dort Minister für Bundesangelegenheiten, 1972 Justizminister und 1978 Finanzminister, davon viele Jahre in den Kabinetten von Johannes Rau. Zwischen 1970 und 1986 ist er Mitglied im SPD-Parteivorstand und von 1982 bis 1990 einer der zwei Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses.⁶¹ 1978 unterliegt er seinem Freund Johannes Rau bei der SPD-Internen Kandidatenwahl für das Amt des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen bei einer innerparteilichen Kampfabstimmung nur knapp. Zum Tod von Diether Posser sagt die damalige SPD-Landespartei-vorsitzende Hannelore Kraft 2010: „*Mit ihm verlieren wir einen sympathischen Menschen und einen hervorragenden Politiker, der sich um das Land Nordrhein-Westfalen und um die Sozialdemokratie verdient gemacht hat. Er bestach durch seine Intelligenz und seine integre Persönlichkeit.*“ Neben Johannes Rau ist Gustav Heinemann eine zentrale Figur im Leben Diether Possers, den er „als großes Vorbild meines Lebens“ bezeichnet. Von 1970 bis 1991 ist der bekennende Christ Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland.⁶²

Diether Posser ist Mitunterzeichner der Gründungsurkunde von *Gegen Vergessen – Für Demokratie*.

Frank Dieter Karl

Über die Person Frank Dieter Karl gibt es nur wenige Informationen. Bekannt ist, dass er in den 1970er Jahren Autor verschiedener Publikationen über die sogenannten K-Gruppen (Kommunistischer Bund Westdeutschland, Kommunistische Partei Deutschlands, Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten) ist und über deren Entwicklung, Ideologie und Programme schreibt. Alle diese Publikationen werden herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. 1991 veröffentlicht er in der ‚Reihe praktische Demokratie‘ eine Studie mit dem Titel „Die Älteren: Zur Lebenssituation der 55- bis 70jährigen. Eine Studie der Institute Infratest Sozialforschung, Sinus und Horst Becker“. Zur Zeit der Gründung des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* ist Frank Dieter Karl in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn als Leiter der Abteilung ‚Gesellschaftspolitische Information‘ tätig. In dieser Funktion ist er Nachfolger von Heinz Putzrath, der diese Stelle zwischen 1968 und 1981 innehat. Dieser Umstand könnte auch die Verbindung zwischen Frank Dieter Karl dem Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* erklären. 2006 ist er für die Friedrich-Ebert-Stiftung in dieser Funktion Auftraggeber einer seinerzeit vielbeachteten Studie, deren Ergebnisse in der Parteienland-

⁶¹ www.wikipedia.org/wiki/Diether_Posser, Zugriff vom 3.8.2020.

⁶² Spiegel Politik, Diether Posser ist tot, 12.1.2010.

schaft kontrovers diskutiert werden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung lässt in dieser Studie die Reformbereitschaft der Deutschen untersuchen. „Gesellschaft im Reformprozess“ heißt diese Erhebung der TNS Infratest Sozialforschung Berlin, die im Februar/März 2006 rund 3.000 wahlberechtigte Deutsche über 18 Jahre zu den gesellschaftlichen Reformen in Deutschland befragt. Aus dieser Erhebung wird eine Studie erarbeitet, die zum Jahresende veröffentlicht wird. Die repräsentative Zufallsauswahl arbeitet mit computergestützten persönlichen Interviews und will die grundsätzlichen Einstellungen der Bundesdeutschen zu den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen untersuchen. Erste Teilergebnisse aus den über 450 Tabellen werden in der Öffentlichkeit mit aktuellen Diskussionen über Armut, neue gesellschaftliche Schichtungen etc. verbunden, obwohl weder in der Studie noch in den ersten Analysen beispielsweise der Begriff „Unterschicht“ benutzt oder gedacht wird. Vielmehr zielte die Befragung darauf, herauszufinden, welche Wertepräferenzen in der Bevölkerung vorliegen und welche Zuordnungen zu „politischen Typen“ diese Präferenzen erlauben: „Diese „politischen Typen“ werden nach ihren politischen Wertevorstellungen und Einstellungen zusammengestellt, um zu klaren Aussagen über neue „politische Milieus“ zu kommen“. Schon bevor die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung erscheint, sorgen Auszüge für Schlagzeilen. Im Gespräch mit tagesschau.de erklärt Frank-Dieter Karl, womit sich die Studie genau beschäftigt, was das "Prekariat"⁶³ ist und warum er sich gegen den Begriff "Unterschicht" wehrt.⁶⁴ „Die Studie spreche nicht von einer Unterschicht sondern von einem Prekariat. Damit seien Menschen gemeint, deren Wohnverhältnisse ebenso wie Einkommens- und Beschäftigungssituationen ungesichert seien. Ziel der Studie sei es, Zielgruppen für die politische Bildung zu definieren.“⁶⁵ Frank Dieter Karl ist Mitunterzeichner der Gründungsurkunde des Vereins.

Dr. Hanna-Renate Laurien (*15. April 1928, †12. März 2010)

Hanna-Renate Laurien ist eine CDU-Politikerin und Gymnasiallehrerin. Nach dem Abitur 1946 studiert sie Germanistik, Anglistik und Philosophie an der Humboldt-Universität Berlin, das sie 1951 mit dem Staatsexamen beendet. Nach der Promotion in Germanistik im Jahr 1952 geht sie in den nordrhein-westfälischen höheren Schuldienst, arbeitet einige Jahre im Düsseldorfer Kultusministerium und wird 1965 Oberstudiendirektorin in Köln. 1966 tritt Hanna-Renate Laurien der CDU als Mitglied bei. Schnell macht sie Karriere, erst als stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU in Köln und dann in den Jahren 1975 bis 1981 als Abgeordnete im Landtag von Rheinland-Pfalz, davon zwischen 1976 und 1981 als Kultusministerin. 1981 holt Richard von

⁶³ Prekariat: Bevölkerungsteil, der besonders aufgrund der anhaltenden Arbeitslosigkeit und fehlender sozialer Absicherung, in Armut lebt oder von Armut bedroht ist und nur geringe Aufstiegschancen hat.

⁶⁴ Bildung ist einziger Weg aus der Misere, www.tagesschau.de/inland/meldung92818.html, Zugriff vom 30.11.2020.

⁶⁵ Neue Armut in Deutschland, www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/70089/neue-armut-16-10-2006, Zugriff vom 2.10.2020.

Weizsäcker die „*profilierte, fachlich strenge und selbstbewusste Bildungspolitikerin*“ [Wolfgang Lüder, siehe unten] nach seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister als Senatorin für Schulwesen, Jugend und Sport nach Berlin. 1986 wird sie zusätzlich Bürgermeisterin. „*Hanna-Renate Laurien ist als Fachfrau für den Bildungssektor überparteilich geschätzt und wegen ihrer inneren Unabhängigkeit und der Werteorientierung hoch geschätzt*“ [Wolfgang Lüder]. Ihre strenge Amtsführung und ihr resolutes Auftreten als Schulsenatorin bringen ihr in dieser Zeit den Spitznamen ‚Hanna-Granata‘ ein. Bei der konstituierenden Sitzung des im wiedervereinigten Berlin neu gewählten Abgeordnetenhauses wird Hanna-Renate Laurien 1991 als erste und bislang einzige Frau zu seiner Präsidentin gewählt. Nach dem Wahlsieg von Walter Momper (SPD) scheidet sie 1989 aus ihren Ämtern als Schulsenatorin und Bürgermeisterin aus. Bei der Wahl 1995 kandidiert sie nicht mehr für das Amt der Präsidentin. Als überzeugte Katholikin, aber aus einem protestantischen Elternhaus stammend, konvertiert sie 1952 zur römisch-katholischen Kirche. Sie setzt sich auch nach ihrem Ausscheiden aus der aktiven Politik in der öffentlichen Diskussion intensiv mit dem Nationalsozialismus, der Würdigung seiner Opfer und der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auseinander.⁶⁶

Hanna-Renate Laurien ist nicht nur Mitbegründerin des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* und von 1993 bis 2007 stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung, sondern ist, wie Wolfgang Lüder in einem Beitrag für die Zeitschrift *Gegen Vergessen – Für Demokratie* über sie schreibt, „... schon bei der Konzeption des Vereins durch Hans-Jochen Vogel fester Bestandteil dieser Konzeption.“ Weiter schreibt er: „Ihre intensive Mitarbeit im Vorstand war beispielgebend für ihr Engagement für die demokratischen Grundwerte, auf denen unser Staat aufgebaut worden ist.“ Ihr Engagement für den Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* fordert von Hanna-Renate Laurien einen hohen Preis. Auf der Rückfahrt von einer Gegendemonstration zum Todestag von Rudolf Hess mit der Bahn nach Berlin kommt sie beim Umsteigen in Leipzig mit einem Bein in die Lücke zwischen Zug und Bahnsteig. Sie verletzt sich so schwer, dass sie noch in Leipzig in ein Krankenhaus kommt. Die Wunde heilt nicht und so ist sie zunächst auf einen Stock und zuletzt auf einen Rollstuhl angewiesen. Sie beklagt ihr Schicksal nicht, sondern fordert den Verein auf, im Kampf gegen die Neonazis und andere extremistische Demokratiegegner nicht nachzulassen.⁶⁷

Paul Spiegel (*31. Dezember 1937, †30. April 2006)

Paul Spiegel, in Warendorf im Münsterland als Sohn jüdischer Eltern geboren, ist ein deutscher Journalist und Unternehmer. Bekannt geworden ist er einer breiten Öffentlichkeit als

⁶⁶ www.wikipedia.org/wiki/Hanna-Renate_Laurien, Zugriff vom 31.7.2020 und Zeitschrift *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, Wolfgang Lüder, Über Hanna-Renate Laurien, Nr. 79/November 2013.

⁶⁷ *Zeitschrift Gegen Vergessen – Für Demokratie*, Wolfgang Lüder, Über Hanna-Renate Laurien, Nr. 79/November 2013.

Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland.⁶⁸ Nach der Reichspogromnacht 1938 flieht die Familie nach Belgien. Bis auf seine Schwester überlebt die Familie den Holocaust und kehrt 1945 nach Warendorf zurück, wo der Vater die Synagogengemeinde wieder aufbaut. Nach dem Abitur beginnt Paul Spiegel 1958 seine journalistische Laufbahn als Volontär bei der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung, der bedeutendsten und auflagestärksten Zeitung des deutschen Judentums. Es folgen weitere Stationen als Redakteur bei verschiedenen Zeitungen, darunter bei der *Neue Rhein Zeitung*, der *Westfälische Rundschau* und als Chefredakteur der Zeitschrift *Mode und Wohnen*. Seit 1967 ist er Mitglied des Gemeinderates der Israelischen Kultusgemeinde Düsseldorf und in den Folgejahren in weiteren Funktionen dort tätig. 1989 wird er als Mitglied in das Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland berufen.

Nach verschiedenen Funktionen in diesem Gremium wird er im Jahr 2000 Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Als wichtigstes Ereignis in seine Amtszeit kann der Abschluss des ersten Staatsvertrages zwischen Zentralrat und der Bundesrepublik Deutschland 2003 gesehen werden. Durch diesen Vertrag, an dessen Zustandekommen Paul Spiegel maßgeblich beteiligt ist, wird die Pflege des deutsch-jüdischen Erbes und der Aufbau und Erhalt einer jüdischen Gemeinschaft zu einer nationalen Aufgabe Deutschlands erklärt. Die Vertragspartner vereinbaren eine kontinuierliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen, die die gemeinsamen Interessen berühren und in der Zuständigkeit der Bundesregierung liegen. Die Bundesregierung unterstützt die Arbeit des Zentralrats finanziell mit jährlich 3 Millionen Euro. Paul Spiegel bezeichnet den Staatsvertrag als „historisches Ereignis“ und sieht ihn als Anerkennung eines aktiven jüdischen Lebens seitens der Bundesregierung.⁶⁹ Im Jahr 2000 gründet er gemeinsam mit Uwe-Karsten Heye und Michel Friedmann den Verein *Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.*, der sich bundesweit für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland einsetzt.⁷⁰ Die Ziele dieses Vereins sind fast identisch mit denen von *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, weshalb beide Vereine bei vielen Projekten auch zusammenarbeiten.

Paul Spiegel ist Mitunterzeichner der Gründungsurkunde für *Gegen Vergessen – Für Demokratie*.

Carola Stern (*14. November 1925, †19. Januar 2006)

Carola Stern wird 1925 als Erika Emma Ida Assmus in Ahlbeck auf Usedom geboren. Von 1936 bis 1944 besucht sie die Fontane-Schule in Swinemünde, an der sie 1944 das Abitur besteht.

⁶⁸ Der Zentralrat der Juden in Deutschland ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts die größte Dachorganisation der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland und deren politische Vertretung. Er wurde am 19. Juli 1950 in Frankfurt/Main gegründet.

⁶⁹ Siehe hierzu: www.gesetze-im-internet.de/zidvtr/BJNR159800003, Zugriff vom 31.7.2020.

⁷⁰ www.wikipedia.org/wiki/Paul_Spiegel, Zugriff vom 31.7.2020.

Durch den Einfluss ihrer Mutter, einer überzeugten Anhängerin des Nationalsozialismus, wird sie, gerade sieben Jahre alt, zwar Mitglied im Bund Deutscher Mädel, steht dieser Bewegung und der NSDAP insbesondere gegen Kriegsende verstärkt kritisch gegenüber. Nach Kriegsende lebt sie weiterhin in der sowjetisch besetzten Zone und lässt sich 1947 vom CIA als Agentin anwerben, die dafür medizinische Hilfe für ihre todkranke Mutter organisiert. Sie infiltriert in deren Auftrag die Freie Deutsche Jugend der DDR und später auch die SED, deren Mitglied sie wird. Durch eine Freundin wird diese Spionagetätigkeit verraten und sie muss 1951 nach West-Berlin fliehen. Hier nimmt sie 1952 ein Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin auf, welches sie 1959 abschließt. Während dieser Zeit übersteht sie zwei Entführungsversuche durch Agenten des Ministeriums für Staatssicherheit. In diesen Jahren arbeitet sie als Journalistin und Autorin in West-Berlin und unterschreibt, zu ihrem eigenen Schutz, ihre Publikationen nun mit dem Pseudonym Carola Stern.

Unter diesem Namen wird sie bekannt. Zwischen 1960 und 1970 ist sie als politische Lektorin beim Verlag Kiepenheuer & Witsch in Köln tätig und macht sich als Autorin für Menschenrechte, Frauen- und Innenpolitik und als Expertin für DDR-Interna einen Namen. 1961 gehört Carola Stern zu den Mitbegründern der westdeutschen Sektion von amnesty international und übernimmt auch deren Vorsitz. In den 1970er bis Mitte der 1980er Jahren setzt sie sich nicht nur als Radioredakteurin und Kommentatorin für die Entspannungspolitik zwischen Ost und West ein, sondern sie unterzeichnet auch 1971 in der Zeitschrift ‚Stern‘ das Bekenntnis von 374 Frauen „Wir haben abgetrieben“. Diese Zeit beschreibt sie später als die glücklichsten Jahre ihres Lebens. Seit 1976 ist sie zusammen mit Heinrich Böll und Günter Grass Mitherausgeberin der Zeitschrift ‚L 76 für Literatur und Politik‘ und gründet gemeinsam mit Erhard Eppeler, Inge Aicher, Helmut Gollwitzer u.a. die ‚Gustav-Heinemann-Initiative für Menschenrechte und Frieden e.V.‘. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben ist Carola Stern als erfolgreiche Autorin, insbesondere von Frauenbiographien – die eigene Biographie „Doppelleben“ eingeschlossen - tätig, und engagiert sich dafür, die Zwangsarbeiterentschädigung nicht weiterhin zu verschleppen. Im Jahr 2008 wird die ‚Carola Stern-Stiftung‘ gegründet, die sich für verfolgte Autoren einsetzt. In ihrer Biographie berichtet sie detailliert, farbig, oft humorvoll über die Zeit von 1945 bis 2000, über eine Deutsche, die sich vom BDM-Mädel über die SED-Funktionärin zu einer scharf beobachtenden, kritischen und selbstkritischen Zeugin des 20sten Jahrhundert entwickelt hat.⁷¹ Carola Stern ist Mitunterzeichnerin der Gründungsurkunde von *Gegen Vergessen – Für Demokratie* und Mitglied im ersten Beirat des Vereins.

Dr. Manfred Struck (*17. Juli 1943, †6. Januar 2019)

Manfred Struck, Gründungsmitglied von *Gegen Vergessen – Für Demokratie* ist im Januar 2019 im Alter von 76 Jahren gestorben. Vor allem in den Anfangsjahren hat er den Verein

⁷¹ Frauen-Biographie-Forschung, Carola Stern, www.fembio.org/biographie.php/frau/biographie/carola-stern, Zugriff vom 11.12.2020 und www.wikipedia.org/wiki/Carola_Stern, Zugriff vom 10.12.2020.

stark geprägt. Von 1993 bis 1996 stellt er als erster Geschäftsführer von *Gegen Vergessen – Für Demokratie* wichtige organisatorische Weichen. Damit trägt er maßgeblich dazu bei, dass sich die Vereinigung entwickeln kann und die Mitgliederzahl ansteigt. Nach seinem Ausscheiden als Geschäftsführer engagiert sich Manfred Struck ehrenamtlich weiter in der Regionalen Arbeitsgruppe Mittelrhein und dort neun Jahre lang in der Projektgruppe „Rettung verfolgter Juden und Jüdinnen 1933 – 1945“. Die Gruppe recherchiert intensiv die Geschichte geretteter Juden und deren Helfer und kooperiert dabei unter anderem mit der Gedenkstätte „Stille Helden“, dem Zentrum für Antisemitismusforschung und der Gedenkstätte Yad Vashem. Bereits während der Gründungsphase des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* wird auf Anregung der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem ein Projekt über Menschen, die Juden lebensrettende Hilfe leisteten, ins Leben gerufen. Die Zahl der geretteten Juden wird auf 10.000 geschätzt, von den Rettern sind bis dahin nur etwa 300 namentlich bekannt. Dieses Ungleichgewicht will die Gruppe um Manfred Struck reduzieren. Ihre Ergebnisse, Interviews mit Rettern, unveröffentlichte Lebensberichte und persönliche Zeugnisse veröffentlicht die Gruppe unter dem Titel „Nur keinen Arzt – Nur keinen Arzt“.⁷² Diese Ergebnisse sind die Grundlage einer weiteren, groß angelegten Untersuchung unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Benz, dem Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin. Auf Vermittlung von Manfred Struck und mit anhaltend intensiver Unterstützung von Hans-Jochen Vogel und Heinz Westphal von *Gegen Vergessen – Für Demokratie* können für dieses kostenintensive Projekt namhafte Sponsoren, unter ihnen die Körber-Stiftung, der Stifterverband der deutschen Wissenschaft und in der letzten Phase bis 2002 auch die Kulturstiftung der Deutschen Bank, gewonnen werden.⁷³ Darüber hinaus organisiert Manfred Struck Veranstaltungen für Jugendliche an Schulen mit Zeitzeugen und ist publizistisch tätig. Zu den Veröffentlichungen zählen „Chelmno / Kulmhof – Ein vergessener Ort des Holocaust?“ und „Rachels Erinnerungen“. In den letzten Jahren engagiert er sich für den Erhalt der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang als Lernort. Manfred Struck erhält 2004 gemeinsam mit seiner Frau Gerda das Bundesverdienstkreuz und bleibt dem Verein, auch über seine Arbeit in der Regionalen Arbeitsgruppe hinaus, bis zu seinem Tod verbunden.⁷⁴

Hans-Jochen Vogel scheint jedes einzelne Gründungsmitglied nach Eignung und Übereinstimmung mit seiner Vereinskonzption ausgesucht und angesprochen zu haben. Auch über ihre

⁷² Mit diesem Ausruf reagierte eine versteckte Kölner Jüdin in Bonn nach einem Sturz auf das Hilfsangebot ihrer Retterin, www.studylibde.com/doc/7106548/nur-keinen-arzt--nur-keinen-arzt--gegen-vergessen, Zugriff vom 7.8.2020.

⁷³ Kosmala, Beate, *Verbote Hilfe – Rettung für Juden in Deutschland 1941 – 1945*, Vortrag gehalten auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Verbindung mit dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie am 28.9.2004 in Bonn.
Als Buch erschienen: Dowe, Dieter (Hg), *Verbote Hilfe – Rettung für Juden in Deutschland 1941 – 1945*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2004. Nachzulesen unter www.library.fes.de/pdf-files/historiker/02620.pdf, Zugriff vom 7.8.2020.

⁷⁴ Zeitschrift *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, Gründungsmitglied Manfred Struck gestorben, Nr. 99 / April 2019.

jeweilige ‚Qualifikation‘ hierfür geben die Biographien Auskunft. Die Auswahl der Unterzeichner*innen der Gründungsurkunde zeigt aber auch, dass es sich nicht nur um herausragende Persönlichkeiten ihrer Zeit handelt, sondern auch um weniger bekannte Personen, die aber alle zu den Vereinszielen passende Biographien und Ansichten haben. Sei es, dass sie bei ihrer politischen Tätigkeit entweder mit entsprechenden Fragen und Problemen bereits beschäftigt sind oder als Fachleute oder Selbstbetroffene für NS- oder DDR-Unrecht gelten. Ziel von Hans-Jochen Vogel ist es, obwohl die SPD-Gründungsmitglieder eindeutig in der Mehrzahl sind, nicht nur ein parteiübergreifendes Netzwerk aufzubauen, sondern auch über einen Multiplikator-Effekt Mitglieder für den Verein zu werben. Er spricht in der Anfangszeit gezielt besonders qualifizierte Personen an, die ihm dank ihrer Ausbildung, beruflichen Stellung und jeweils eigener vorhandener Netzwerke geeignet erscheinen, die Vereinsziele zu fördern, durch ihre Zusammenarbeit neue Synergien zu erzielen und wiederum breitere Kreise zu erreichen.

Cornelia Schmalz-Jacobsen⁷⁵ beschreibt den ‚Auswahlprozess‘ von Hans-Jochen Vogel in einem Interview mit der Vereinszeitschrift sehr anschaulich: „*Er hat uns alle mitgezogen. Er telefonierte herum und sagte ‚Wir machen da was, macht ihr mit?‘ und ich sagte ‚Ja! Da mach ich mit‘*“.⁷⁶ Nach diesem bewährten Prinzip ist auch, wie sich in Kapitel 4. zeigen wird, die Gründerin der Regionalen Arbeitsgruppe Westfalen, Gisela Schwarze, vorgegangen.

3.1.3 Weiteres zur Gründung

Zu den insgesamt über 280 Gründungsmitgliedern gehören, neben den 14 Unterzeichner*innen der Gründungsurkunde, weitere Politiker*innen verschiedener demokratischer Parteien, Wissenschaftler*innen, Leiter*innen von Gedenkstätten, Pädagoge*innen, Gewerkschaftler*innen, Journalist*innen und weitere Frauen und Männer aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten. Hans-Jochen Vogel, Gründungsvorsitzender und erster Vorsitzender des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, beschreibt die Intention dieser Frauen und Männer in seiner Rede bei der Eröffnungsveranstaltung des Vereins am 1. November 1993 in Bonn.

„Unser Staat, unser demokratisches Gemeinwesen, ist kein Dienstleistungsunternehmen, für dessen Aktivitäten wir bezahlen und um das wir uns sonst nicht zu kümmern haben. Die Demokratie lebt vielmehr vom Engagement und der Mitverantwortung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Darum muss sich jeder selbst fragen, was er unternehmen kann, um

⁷⁵ Cornelia Schmalz-Jacobsen ist eine deutsche FDP-Politikerin. Sie war von 1985 bis 1989 Senatorin für Jugend und Familie des Landes Berlin, von 1988 bis 1992 Generalsekretärin der FDP und von 1991 bis 1998 Ausländerbeauftragte der Bundesregierung. Anfangs ist sie Mitglied des Beirats, später stellvertretende Vorsitzende des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie*.

⁷⁶ Aus: Zeitschrift *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, Nr. 79 (Datum des Interviews nicht bekannt, aber wahrscheinlich 2013).

der Gefahr zu begegnen. Über 280 Frauen und Männer haben auf ihre Weise genau dies getan. Sie haben sich aber nicht nur gefragt. Sie haben sich vielmehr an die alte Erfahrung erinnert, dass diejenigen, die die Lehren aus der Geschichte vergessen, dazu verurteilt sind, sie ein zweites Mal zu erleben. Deshalb haben sie sich zu dem Projekt Gegen Vergessen – Für Demokratie zusammengeschlossen.“⁷⁷

Entstanden ist eine überparteiliche, bundesweit tätige Vereinigung, die in den folgenden Jahrzehnten wächst. 2.203 Mitglieder (Stand 1. September 2020) setzen sich heute in drei Landesarbeitsgruppen und 37 Regionalen Arbeitsgruppen dafür ein, die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und das Unrecht der SED-Diktatur wach zu halten. Weitere Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und politischer Teilhabe, die Stärkung der Demokratie sowie die Auseinandersetzung mit politischem Extremismus.

Zum ersten Mal tritt der Verein in die Öffentlichkeit mit einer Veranstaltung am 1. November 1993 im Kammermusiksaal des Beethovenhauses in Bonn (siehe auch 3.4). In dieser Vortragsveranstaltung weist Hans-Jochen Vogel in seiner Einleitung auf erste konkrete Initiativen hin, die der Verein seit seiner Gründung bereits ergriffen hat. Als Beispiele nennt er eine Vorlage zur rechtlichen Bewertung von Todesurteilen der Militärstrafgerichte im Zeiten Weltkrieg und Parteitagsentscheidungen von SPD und CDU zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. In ihren Vorträgen befassen sich die Theologen Eberhard Bethge und Richard Schröder sowie der in der DDR wegen seiner politischen Äußerungen zu einer Haftstrafe verurteilte Schriftsteller Erich Loest mit speziellen Zielen und Anliegen des Vereins. Ihr Schlusswort beschließt Hanna-Renata Laurien mit den Worten:

„Wenn wir Erinnern, konkrete Hilfe, Koordinieren und Begegnen zu verbinden suchen, so wollen wir dabei auf ein Wort hören, das Nelly Sachs im ‚Chor der Gerechten‘ sprach und das ich als einen Weg aus der Sackgasse zwischen Recht und Gerechtigkeit verstehe:

*Zeigt uns langsam eure Sonne,
Führt uns von Stern zu Stern im Schritt
Lasst uns das Leben leise wieder lernen.“⁷⁸*

3.2 Motivation der Gründungsmitglieder

Mit ausschlaggebend für die Gründung des Vereins sind sicherlich die rechtsradikalen, rassistisch motivierten Ausschreitungen gegen Migranten und Ausländer am Anfang der 1990er

⁷⁷ Aus Zeitschrift Gegen Vergessen – Für Demokratie, Nr. 79.

⁷⁸ Aus: Vogel, Hans-Jochen (Hg.), Gegen Vergessen – Für Demokratie, 1994 München.

Jahre: In Hoyerswerda, wo im September 1991 überwiegend jugendliche Täter ein Ausländerheim angreifen oder in Rostock-Lichtenhagen, wo im August 1992 ebenfalls massive Ausschreitungen gegen Ausländer zu beobachten sind. Beide Anschläge werden von mehreren Hunderten bis Tausenden, teilweise applaudierenden, die Einsatzkräfte behindernden Zuschauern begafft. Nur durch Zufall kommt es in beiden Fällen nicht zu Todesopfern. Auch die Morde von Mölln, wo ebenfalls rechtsradikale Täter im November 1992 bei Brandanschlägen auf von türkischen Familien bewohnte Häuser drei Menschen töten oder die Morde von Solingen, wo ebenfalls durch Brandanschläge fünf Menschen durch die gleiche Tätergruppe sterben, sind hier zu nennen.⁷⁹

Dass die gewalttätigen Ausschreitungen gegen Asylbewerber und Ausländer allgemein besonders Anfang der 1990er Jahre eskalieren, wird auf mehrere Gründe zurückgeführt. Die seit Ende der 1970er Jahre geführte Debatte um die deutsche Ausländerpolitik verschärft sich in den folgenden Jahren. Die wachsende Zahl von Asylbewerbern, zunehmend auch aus wirtschaftlichen Gründen, mündet in einer von den Unionsparteien 1986 gestarteten Kampagne gegen einen *Missbrauch des Asylrechts*, die, von der Bild-Zeitung und der Welt am Sonntag geschürt, im Nachhinein von dem Historiker Ulrich Herbert⁸⁰ als eine der schärfsten, polemischsten und folgenreichsten Debatten in der deutschen Nachkriegspolitik bewertet wird.⁸¹ Den beteiligten Politikern und Medien wird vorgeworfen, durch die mit populistischen Argumenten geführte Asyldebatte die Stimmung gegen Ausländer bei einem Teil der Bevölkerung angeheizt zu haben. Diese kontroverse Debatte kann erst im Dezember 1992 durch einen Kompromiss, den die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP mit der SPD, aushandelt, beendet werden. Im Mai 1993 stimmt der Bundestag diesem Abkommen und einer daraus resultierenden Grundgesetzänderung mit Zweidrittelmehrheit zu. Als Folge dieser Änderung des Grundgesetzes wird das bisherige Grundrecht auf Asyl eingeschränkt.⁸² Hinzu kommt, dass durch die Wiedervereinigung insbesondere die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern, die sich ohnehin schon gravierenden sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen ausgesetzt fühlen, die Asylbewerber in ihren Städten und Gemeinden als Fremde und als Konkurrenz wahrnehmen, die ihrer Meinung nach besser behandelt würden, als sie selbst. Ein Anwohner in Hoyerswerda bringt die Stimmung in der Bevölkerung auf den Punkt:

„Denen wurde Geld zugesteckt, die brauchen nicht zu arbeiten, nichts, und wir im Prinzip als Deutsche, waren hier die zweite Garnitur, die wir ja sowieso sind.“⁸³

⁷⁹ www.wikipedia.org/wiki/Mordanschlag_von_Solingen

⁸⁰ Ulrich Herbert ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg.

⁸¹ Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, München 2001, S.298.

⁸² www.wikipedia.org/wiki/Asyldebatte, www.wikipedia.org/wiki/Asylkompromiss, Zugriff vom 3.4.2020.

⁸³ Deutschlandfunk Kultur, Hetze gegen Scheinasylanten und Asylmissbrauch, 6.12.2017, www.deutschlandfunkkultur.de/diskurs-um-flucht-und-asyl-in-den-1990er-jahren, Zugriff vom 3.4.2020.

Diese Stimmung machen sich rassistisch motivierte, neonationalistische Gruppen für ihre Ausschreitungen zunutze.

3.3 Mitgliederstruktur: Von der ‚Elite‘ profitieren

Obwohl der Anstoß zur Gründung des Vereins von SPD-Mitgliedern stammt und Hans-Jochen Vogel, ebenfalls von der SPD, die Umsetzung der Idee maßgeblich vorantreibt, werden diese Männer nicht von der Absicht geleitet, einen von sozialdemokratischem Gedankengut dominierten oder gar den politischen und gesellschaftlichen Eliten vorbehaltenen Verein zu schaffen. Vielmehr ist es erklärtes Ziel von Anfang an, Mitglieder aus allen demokratischen politischen Parteien, aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen und Altersgruppen für dieses Vorhaben zu interessieren und anzusprechen.

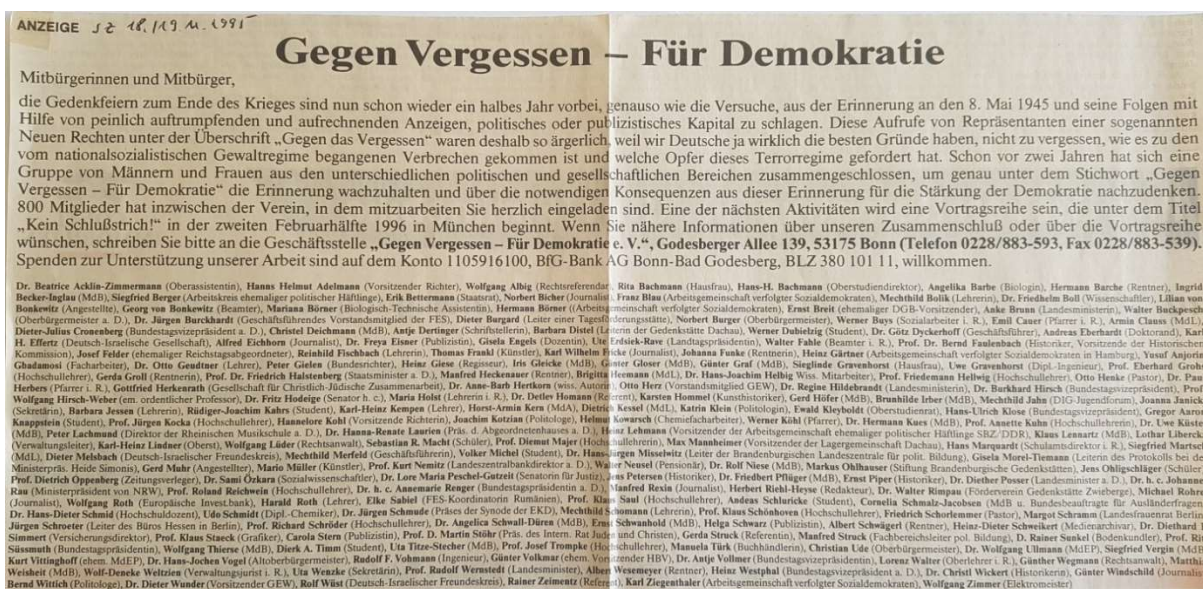
Wie aus den vorherigen Ausführungen deutlich wird, hat der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* jedoch Besonderheiten, die ihn von vergleichbaren Vereinigungen unterscheiden. Das zeigt sich auch an seiner Mitgliederstruktur. Gegründet wird der Verein von politischen und gesellschaftlichen Persönlichkeiten, die ihm und den Vereinszielen besonders in der Anfangszeit öffentliche Aufmerksamkeit, Ernsthaftigkeit und Vertrauen verleihen und die um die Bedeutung dieser Ziele für ein demokratisches Miteinander in Deutschland wissen. Auch wenn viele seiner Gründer*innen und seine jeweiligen Vereinsführungen zur politischen und gesellschaftlichen Elite zählen, heißt das nicht, dass sie elitäre Absichten hinsichtlich der Mitglieder verfolgen. Im Gegenteil, sie wollen eine Vereinigung schaffen, in der alle demokratischen Kräfte, Personen und Institutionen, unabhängig von ihrem Status, an der Verwirklichung der Vereinsziele mitarbeiten können und sollen, was sie über die Regionalen Arbeitsgruppen auch erreichen. Dabei verfolgen sie keine persönlichen Absichten. Weder wollen sie sich bereichern noch ihre privilegierte Stellung ausbauen. Sie können aber in vielen Fällen auf Ressourcen, Finanzen, Wissen und Netzwerke zurückgreifen, wie sie nicht vielen vergleichbaren Institutionen zur Verfügung stehen. Diese relative Nähe der Vereinsführung und einiger Mitglieder zur aktiven Politik erleichtert und ermöglicht zwar seine effektivere Arbeit, sie bedeutet aber auch eine höhere Verantwortung, insbesondere wenn es um die Einflussnahme auf konkrete politische Entscheidungen geht.

Aber, wie bei fast allen sonstigen Vereinen auch, repräsentiert die ‚Führungsriege‘ zwar den Verein nach außen, aber mit Leben erfüllt ihn das Engagement seiner Mitglieder. Für den Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* hat dies sein damaliger Geschäftsführer in einem Schreiben an Frau Dr. Gisela Schwarze, erste Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Westfalen, im Januar 1999 zum Ausdruck gebracht:

„Unser Verein lebt vom Engagement und den Ideen der Mitglieder. Viele Ideen und Arbeitsansätze wurden schon an uns herangetragen. Diese sind wichtig, auch wenn nicht alle unmittelbar realisiert werden können.“⁸⁴

Dass der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* und seine Gründer*innen von Anfang an keine elitären Absichten hinsichtlich seiner Mitglieder verfolgt, sondern im Gegenteil eine Organisation schaffen will, in der alle demokratischen Kräfte, Personen und Institutionen, unabhängig von ihrem Status, an der Verwirklichung der Vereinsziele mitarbeiten können und sollen, zeigt sich eindrucksvoll an einem Aufruf, den die Mitglieder des Vereins am 18. November 1995 in einer Anzeige in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten. In diesem Aufruf prangern sie, mit Blick auf das in diesem Jahr begangene Gedenken zum 50sten Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa,

„... die peinlichen Versuche einer sogenannten Neuen Rechten [an], aus der Erinnerung an den 8. Mai 1945 und seinen Folgen mit Hilfe von peinlich auftrumpfenden und aufrechenenden Anzeigen unter der Überschrift ‚Gegen das Vergessen‘ Kapital zu schlagen.“⁸⁵



Anzeige aus der Süddeutschen Zeitung vom 18./19.11.1995

An diesem Aufruf beteiligen sich fast 200 Mitglieder*innen des Vereins namentlich. Da in der Anzeige auch der Status (Beruf und/oder die vertretene Institution) der Unterzeichner*innen angegeben ist, lassen sich Rückschlüsse auf die Mitgliederstruktur des Vereins im Jahr 1995 ziehen. Da der Verein zu diesem Zeitpunkt 800 Mitglieder hat, können die ca. 200 Unterzeichner des Aufrufs durchaus als repräsentativ bezeichnet werden. Es zeigt sich, dass ein großer Anteil hiervon nicht einer sogenannten Elite zuzuordnen ist, sondern aus einer breiten gesell-

⁸⁴ Stadtarchiv Münster, nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97.

⁸⁵ Süddeutsche Zeitung, Anzeige des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie vom 18./19.11.1995.

schaftlichen Gruppierung stammt. Nicht außer Acht gelassen werden kann und darf allerdings, dass die Mehrzahl von ihnen, wenn schon nicht zur ‚Elite‘ gehörend, einen akademischen Hintergrund haben. Hierbei fällt besonders die große Zahl von Lehrer*innen und Journalist*innen auf. Dies ist sicherlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sich gerade diese Berufsgruppen durch eine Mitgliedschaft im Verein Synergieeffekte für ihre eigene Arbeit erhoffen.

In dem bereits unter 2.3 zitierten Grußwort fasst der damalige Bundespräsident Joachim Gauck die obigen Ausführungen sehr treffend zusammen:

„Der Verein lebt nicht in erster Linie vom Ruf der einen oder anderen bekannten Person, die sich ihm verbunden fühlt. So dankbar ich dafür bin, dass Menschen wie Hans-Jochen Vogel, Hanna-Renate Laurien, Hans Koschnick, Wolfgang Tiefensee, Eberhard Diepgen, Bernd Faulenbach, Cornelia Schmalz-Jacobsen oder Rita Süßmuth für den Verein Verantwortung übernommen haben oder übernehmen, so sehr lebt er von dem tatkräftigen, mutigen, ideenreichen und nicht erlahmendem Engagement der vielen ehrenamtlichen Frauen und Männer, Alt und Jung, die diesen Verein so lebendig machen. Ich war immer wieder erfreut vom lebendigen Wirken in den vielen Regionalarbeitsgruppen. Auch deshalb denke ich gerne an all die Jahre zurück, die ich der Arbeit im Verein widmen konnte. Vor allem denke ich sehr gerne an die vielen kreativen und guten Ideen, an die Pläne und Projekte. Ganz besonders und am allerwichtigsten aber ist mir die Erinnerung an die vielen Menschen, die hier ihr Bestes gegeben haben und geben.“

Zum 1. September 2020 gehören dem Verein 2.177 Mitglieder an, davon über 700 seit mehr als 20 Jahren. Knapp ein Drittel der Mitglieder sind Frauen, zwei Drittel sind Männer. Das Durchschnittsalter der Mitglieder liegt bei etwas über 62 Jahren. Bezugsgröße für die Altersstruktur eines Vereins, in dem erst volljährige Personen Mitglied werden können, ist dabei das Durchschnittsalter aller Erwachsenen in Deutschland. Dies beträgt aktuell 55 Jahre. Als Vergleich: Das Durchschnittsalter der Mitglieder der politischen Parteien (CDU, SPD, CSU, LINKE) liegt bei 59 bis 60 Jahren, bei FDP und DIE GRÜNEN liegt es bei 54 bzw. 50 Jahren. Es ist Ziel des Vereins, weiterhin gezielt junge Erwachsene für eine Mitgliedschaft anzusprechen und zu interessieren.

Der Verein veröffentlicht zwar keine weiteren Angaben über seine Mitgliederstruktur, aber aus dem bisher gesagten können folgende Rückschlüsse auf diese Struktur gezogen werden:

- Die Vereinsführung bestand und besteht überwiegend aus Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens.
- Das Durchschnittsalter der Mitglieder liegt bei 62 Jahren.
- Rund ein Drittel der Mitglieder gehören dem Verein mehr als 20 Jahre an.
- Ein Drittel der Mitglieder sind weiblich, zwei Drittel männlich.

- Der Bildungsstand der Mitglieder lässt sich zwar nicht in Zahlen benennen, aber es ist davon auszugehen, dass der Anteil derer mit einer akademischen Ausbildung überwiegt.
- Berufsgruppenabhängig erhoffen sich Mitglieder Synergieeffekte für ihre eigene Arbeit.
- Der größte Anteil der Mitglieder will durch eine Mitgliedschaft entweder ein zivilgesellschaftliches Engagement erleben, seinen politisch-historischen Horizont erweitern oder einfach die Vereinsziele unterstützen.

Diese Kennziffern lassen sich im Wesentlichen auch auf die Regionalen Arbeitsgruppen übertragen, wobei bei einigen Arbeitsgruppen die Altersstruktur abweichen kann.

3.4 Organisationsstruktur

Die Organisationsstruktur des Vereins und die jeweiligen Zuständigkeiten sind in seiner Satzung festgelegt.⁸⁶ Neben diese festgelegten Funktionen ist es Aufgabe des Vorstands und der Mitglieder des Beirats, die Außenwahrnehmung des Vereins insbesondere auf Bundesebene zu prägen, für die Vereinsziele zu werben und ihm bei öffentlichen Auftritten ein Gesicht zu geben. Die Geschäftsstelle in Berlin unterstützt sie hierbei. Die Finanzierung des Vereins erfolgt zu ca. 15 Prozent über längerfristig planbare Einnahmen (Mitgliedsbeiträge, Zuwendungen der politischen Stiftungen), zu ca. 74 Prozent über projekt- und sachbezogene Zuwendungen und Teilnehmerbeiträge und zu ca. 9 Prozent über erwirtschaftete Mittel (Spenden, Zinserträge und Bußgelder⁸⁷), und Sonstiges.⁸⁸

3.4.1 Bundesverein⁸⁹

Die Organe des Bundesvereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Daneben gibt es weitere Funktionen, die einen reibungslosen Ablauf des Vereinslebens gewährleisten.

⁸⁶ www.gegen-vergessen.de/verein/verein-im-ueberblick/satzung/, Zugriff vom 28.4.2020.

⁸⁷ Der Verein ist bei vielen Gerichten in Deutschland als Empfänger eingetragen, wenn mit Gerichtsurteilen Zahlungen an gemeinnützige Institutionen verbunden sind.

⁸⁸ Jahresbericht 2019, www.gegen-vergessen.de/fileadmis/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2019.pdf, Zugriff vom 12.8.2020.

⁸⁹ Die Hinweise zu den einzelnen Punkten sind entnommen dem Jahresbericht 2020, www.gegen-vergessen.de/fileadmis/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2019.pdf, Zugriff vom 12.8.2020.

Vorsitz / Vorstand

Der Vorstand besteht aus der/dem Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden und mindestens 20 weiteren Personen. Der Vorstand bestimmt aus seiner Mitte die/den Schatzmeister*in und die/den Schriftführer*in. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus der/dem Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden, der/dem Schatzmeister*in, der/dem Schriftführer*in und bis zu sechs weiteren Vorstandsmitgliedern, die dem Verein ein Gesicht nach außen geben. Außer den genannten Funktionsträgern gehören sowohl dem Vorstand als auch dem geschäftsführenden Vorstand Persönlichkeiten aus allen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kreisen an, die Gewähr dafür bieten, mit den Vereinszielen überein zu stimmen. Die Zuständigkeit des Vorstands bezieht sich auf alle Angelegenheiten des Vereins, soweit sie nicht durch die Satzung anderen Vereinsorganen zugewiesen sind. Der Vorstand kann zur Intensivierung der Vereinsarbeit einen Beirat berufen. Ebenso übernimmt er die Bestellung der hauptberuflichen Geschäftsführung.⁹⁰ Die jeweils aktuellen Mitglieder beider Gremien können unter www.gegen-vergessen.de/verein/vorstand/ nachgelesen werden.

Die bisherigen Vorsitzenden des Vereins sind:⁹¹

- Hans-Jochen Vogel (1993 – 2000)
- Hans Koschnick⁹² (2000 – 2003)
- Joachim Gauck⁹³ (2003 – 2012) auch Ehrenvorsitzender
- Wolfgang Tiefensee⁹⁴ (2012 – 2014)
- Bernd Faulenbach⁹⁵ (2015 – 2020)
- Andreas Voßkuhle⁹⁶ (seit November 2020)

Die aktuellen (Stand 2020) stellvertretenden Vorsitzenden sind:⁹⁷

- Iris Gleicke⁹⁸
- Christine Lieberknecht⁹⁹
- Linda Teuteberg¹⁰⁰

⁹⁰ www.gegen-vergessen.de/verein/vorstand/, Zugriff vom 28.9.2020.

⁹¹ www.wikipedia.org/wiki/Gegen_Vergessen_-_Für_Demokratie, Zugriff vom 28.4.2020.

⁹² Hans Koschnick (SPD), 1929 – 2016, zwischen 1967 und 1985 Bremer Bürgermeister und zwischen 1987 und 1994 Mitglied des Bundestages.

⁹³ Joachim Gauck (parteilos), evangelischer Theologe, zwischen 2012 und 2017 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

⁹⁴ Wolfgang Tiefensee (SPD), Wirtschaftsminister in Thüringen und stellvertretender Ministerpräsident.

⁹⁵ Bernd Faulenbach, deutscher Historiker, Professor an der Ruhr-Universität Bochum.

⁹⁶ Andreas Voßkuhle, deutscher Rechtswissenschaftler, von 2008 bis 2020 Richter am Bundesverfassungsgericht, von 2010 bis 2020 dessen Präsident.

⁹⁷ www.wikipedia.org/wiki/Gegen_Vergessen_-_Für_Demokratie, Zugriff vom 28.4.2020.

⁹⁸ Iris Gleicke (SPD), zwischen 2005 und 2013 parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und von 2014 bis 2018 Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer.

⁹⁹ Christine Lieberknecht (CDU), von 2009 bis 2014 Ministerpräsidentin des Freistaats Thüringen.

¹⁰⁰ Linda Teuteberg (FDP), seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages, Obfrau der FDP-Fraktion im Innenausschuss und deren migrationspolitische Sprecherin.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung besteht aus den Mitgliedern des Vereins, die an ihr teilnehmen. In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied des Vereins eine Stimme. Ein teilnehmendes Mitglied kann für bis zu drei weitere Mitglieder mit schriftlicher Bevollmächtigung das Stimmrecht ausüben. Die Mitgliederversammlung muss mindestens einmal im Jahr, aus besonderen Anlässen auch mehrmals, auf Einladung des Vorstands stattfinden. Die Mitgliederversammlung ist im Wesentlichen zuständig für Genehmigung des Haushaltsplans, die Entgegennahme des Jahresberichts und die Entlastung des Vorstandes.

Mitglied kann jede „natürliche oder juristische Person werden, die dafür Gewähr bietet, dass sie sich im Sinne der Zielsetzung und Zweckbestimmung des Vereins einsetzen wird“.¹⁰¹ Über die Aufnahme eines neuen Mitglieds entscheidet der Vorstand.

Beirat

Die Arbeit des Vorstands wird durch einen Beirat unterstützt, in dem sich Persönlichkeiten des politischen, gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens zusammenfinden. Seine jeweiligen Mitglieder werden vom Vorstand berufen. Die aktuelle (Stand 2020) Vorsitzende des Beirats ist Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth.¹⁰² Die jeweils aktuellen Mitglieder des Beirats können unter www.gegen-vergessen.de/verein/beirat/ nachgelesen werden.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle führt Schwerpunktprojekte und Veranstaltungen durch. Zudem unterstützt sie die Arbeit von Mitgliedern, Regionalen Arbeitsgruppen, Vorstand und Beirat. In der Geschäftsstelle sind derzeit (Stand 2020) 13 Mitarbeiter*innen beschäftigt, davon 11,5 (so vom Verein veröffentlicht) Stellen in Vollzeit. Vier studentische Hilfskräfte unterstützen die Arbeit. Die verwaltungsmäßige Umsetzung der Vorhaben erfolgt über 3,25 (so vom Verein veröffentlicht) Personalstellen für Geschäftsführung und Verwaltung. Die Beschäftigung der wissenschaftlichen Referenten*innen und Projektkoordinatoren*innen sowie der Mitarbeitenden*innen in der Projektverwaltung erfolgt im Rahmen von Projektförderungen.¹⁰³ Der aktuelle Geschäftsführer ist Dr. Michael Parak. Rechtlich hat der Verein seinen Sitz nach wie vor in Bonn, wo er auch eingetragen ist. Die erste Geschäftsstelle des Vereins wird 1994 in

¹⁰¹ www.gegen-vergessen.de/verein/verein-im-ueberblick/satzung/, Zugriff vom 28.4.2020.

¹⁰² Rita Süßmuth (CDU), zwischen 1985 und 1988 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit und zwischen 1988 und 1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages.

¹⁰³ Jahresbericht 2019 des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie, Berlin 2019.

Bonn eröffnet. 2001 erfolgt der Umzug der Geschäftsstelle nach Berlin in Räume der ‚Gedenkstätte Deutscher Widerstand‘, Stauffenbergstraße 13-14.¹⁰⁴

Finanzierung

Der Verein finanziert sich über Mitgliederbeiträge, Spenden und projektbezogene staatliche und institutionelle Zuschüsse. Beispielhaft wird hier der Haushalt für das Wirtschaftsjahr 2020 zur Veranschaulichung vorgestellt. Er weist folgende Einnahmen und Ausgaben aus:¹⁰⁵

Einnahmen		Ausgaben	
(alle Beträge in €)			
Mitgliedsbeiträge 4)	155.000,00	Personalaufwendungen (davon projektfinanziert 720.000,00)	777.500,00
Spenden	110.000,00	Schwerpunktprojekte	651.100,00
Zuwendungen parteipolitischer Stiftungen 1)	102.000,00	Regionale Arbeitsgruppen 3)	110.000,00
Zuwendungen für Projekte und Öffentlichkeitsarbeit 2)	1.293.600,00	Veranstaltungen und Projekte der Geschäftsstelle (inkl. Preisverleihungen)	20.000,00
sonstige Erträge	23.000,00	Zeitschrift / Öffentlichkeitsarbeit	55.000,00
Zinserträge	0,00	Gremien	20.000,00
Auflösung von Rückstellungen für Projekte	0,00	Verwaltungs- und Betriebskosten	50.000,00
	<hr/>		<hr/>
	1.683.600,00		1.683.600,00

1) Diese sind: Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU), Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP), Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Grüne), Hanns-Seidel-Stiftung (CSU).

2) Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung übernimmt z.B. die Kosten für die Herausgabe der Vereinszeitschrift Gegen Vergessen – Für Demokratie. Für bestimmte Projekte erhält der Verein projektbezogene Zuwendungen von Kooperationspartnern und Spendern.

3) Beträge, die der Bundesverein für Projekte der Regionalen Arbeitsgruppen zur Verfügung stellt.

4) Der reguläre Jahresbeitrag beträgt zurzeit 80,-€, der ermäßigte Jahresbeitrag 30,- €. Es können auch freiwillig erhöhte Jahresbeiträge zwischen 100,- € und 500,- € gezahlt werden.

¹⁰⁴ www.wikipedia.org/wiki/Gegen_Vergessen_-_Für_Demokratie, Zugriff vom 28.4.2020.

¹⁰⁵ Jahresbericht 2019: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2019.pdf (letzter Zugriff: 2.9.2021)

Der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* ist seit 2013 Mitglied der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.¹⁰⁶

3.4.2 Regionale Arbeitsgruppen

Nachdem sich schon 1994 ein erster regionaler Förderkreis des Vereins in Würzburg gegründet hat, beschließt der Bundesverein 1995, nicht zuletzt wegen der wachsenden Mitgliederzahlen, ein Regionalisierungskonzept, das die Arbeit des Vereins auf die gesamte Republik ausweiten und effektiver machen soll. Es wird schrittweise in den Regionen umgesetzt.

„Wir sind da, wo Sie sind; in den Städten und Regionen, Bundesweit. Und Sie haben die Wahl: Tragen Sie ihre Projektidee in unsere Landesarbeitsgemeinschaften und Regionalen Arbeitsgruppen hinein, um sie gemeinsam weiterzuentwickeln – oder unterstützen Sie uns in unserer Aufbauarbeit, um Demokratie vor Ort immer wieder mit Leben zu füllen. Zusammen können wir Vorhandenes nutzen und Neues gestalten – Inhalte und Kontakte, Mittel und Wege. Gerade im Kleinen können wir eine große Wirkung entfalten. Und so wie jeder Ort seine eigenen Themen und Konflikte hat, so hat jede unserer Regionalen Arbeitsgruppen ein individuelles Profil – geprägt von Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensgeschichten. Bringen Sie sich mit Ihren Erfahrungen und Anregungen ein. Wir freuen uns auf Sie.“¹⁰⁷

Dieser ‚Aufruf‘ auf der Internet-Seite ‚vor Ort‘ von *Gegen Vergessen – Für Demokratie* beschreibt ganz gut die Aufgaben der Regionalen Arbeitsgruppen des Bundesvereins und gibt Hinweise auf deren Arbeitsweise.

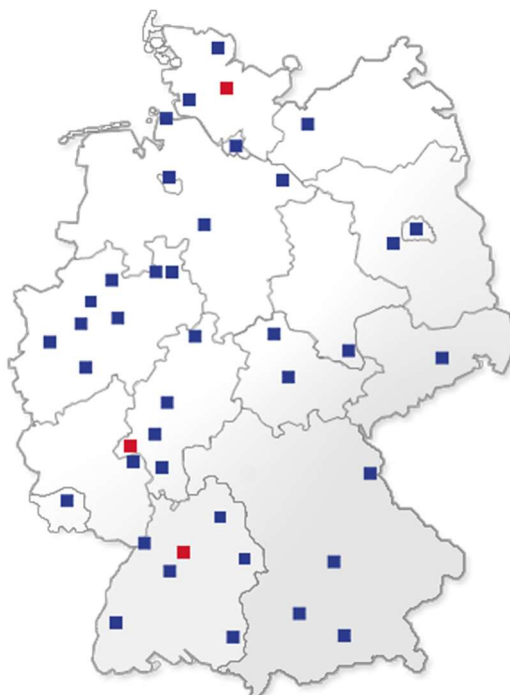
Mit Stand 2020 gibt es in Deutschland 38 Regionale Arbeitsgruppen (auf der Karte blau) und drei Landesarbeitsgemeinschaften¹⁰⁸ (auf der Karte rot) des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, die bei Gründung des Vereins noch ‚regionale Förderkreise‘ heißen. Der erste dieser Förderkreise wird schon 1994 in Würzburg gegründet. Es folgen weitere Förderkreise in Berlin-Brandenburg, München und Stuttgart.

¹⁰⁶ In Deutschland gibt es keine einheitlichen Veröffentlichungspflichten für zivilgesellschaftliche Organisationen. Dabei hilft Transparenz, die eigene Arbeit für die Öffentlichkeit sowie Spender*innen nachvollziehbar zu machen und so Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu stärken. Transparency International Deutschland e.V. hat zehn grundlegende Punkte definiert, die jede zivilgesellschaftliche Organisation der Öffentlichkeit zugänglich machen sollte. Dazu zählen u.a. die Satzung, die Namen der wesentlichen Entscheidungsträger sowie Angaben über Mittelherkunft, Mittelverwendung und Personalstruktur. www.transparency.de/mitmachen/initiative-transparente-zivilgesellschaft/?L=0, Zugriff vom 13.10.2020.

¹⁰⁷ www.gegen-vergessen.de/vor-ort/, Zugriff vom 27.7.2020.

¹⁰⁸ In den Bundesländern Schleswig-Holstein, Hessen und Baden-Württemberg haben die jeweiligen Regionalen Arbeitsgruppen freiwillige Landesarbeitsgemeinschaften gegründet. Sie versprechen sich hiervon eine effizientere Koordination ihrer Projekte.

Die Karte zeigt ihre aktuelle regionale Verteilung der Arbeitsgruppen, Stand 2020.¹⁰⁹



© Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.¹¹⁰

Die Landesarbeitsgruppen (LAG) und Regionalen Arbeitsgruppen (RA) verteilen sich auf die Bundesländer wie folgt:¹¹¹

Baden-Württemberg:

LAG Baden-Württemberg
RA Allgäu-Oberschwaben
RA Böblingen-Herrenberg-Tübingen
RA Hohenlohe-Franken
RA Nordbaden
RA Ostwürttemberg
RA Südbaden

Bayern:

RA Augsburg-Schwaben
RA Ingolstadt
RA München
RA Nordostbayern

Berlin:

RA Berlin

Niedersachsen:

RA Cuxhaven
RA Hannover
RA Nordhessen-Süd-niedersachsen
RA Wendland

Nordrhein-Westfalen:

RA Bielefeld
RA Mittelrhein
RA Mittleres Ruhrgebiet
RA Münsterland
RA Niederrhein
RA Östliches Ruhrgebiet
RA Rhein-Ruhr West
RA Ostwestfalen-Lippe

Rheinland-Pfalz:

RA Rheinland-Pfalz

¹⁰⁹ www.gegen-vergessen.de/vor-ort/, Zugriff vom 9.4.2020.

¹¹⁰ Grafik entnommen: <https://www.gegen-vergessen.de/vor-ort/> (Zugriff: 2.9.2021)

¹¹¹ Jahresbericht 2020: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2020.pdf (Zugriff: 2.9.2021)

Brandenburg:

RA Brandenburg

Saarland:

RA Saar-Pfalz-Hunsrück

Bremen:

RA Bremen-Unterweser

Sachsen

RA Sachsen

Hamburg:

RA Hamburg

Sachsen-Anhalt

RA Sachsen-Anhalt

Hessen:

LAG Hessen

RA Mittelhessen

RA Nordhessen-Süd-niedersachsen

RA Rhein-Main

RA Südhessen

Schleswig-Holstein

LAG Schleswig-Holstein

RA Schleswig

RA Westküste

Mecklenburg-Vorpommern:

RA Mecklenburg-Vorpommern

Thüringen

RA Thüringen

RA Ilmenau-Arnstadt

Die Arbeitsgruppen agieren unterhalb des Bundesvereins in Absprache mit diesem. Sie sind keine eigenen eingetragenen Vereine, erheben keine eigenen Mitgliederbeiträge und sammeln selbst keine eigenen Spenden. All dies läuft über den Bundesverein, der die Regionalen Arbeitsgruppen bei Veranstaltungen und Projekten personell und finanziell unterstützt. Die in den Regionalen Arbeitsgruppen tätigen Mitglieder betätigen sich ausschließlich ehrenamtlich. Die Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen wählen aus ihrer Mitte einen Sprecher aus, der ihre Interessen gegenüber dem Bundesverein vertritt. Aktuell ist dies Andreas Dickertboom. Dieser ist auch gleichzeitig Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des Bundesvereins.

3.4.3 Öffentliche Wahrnehmung

Dass die Arbeit des Vereins von einer breiten Öffentlichkeit nicht oder nur kaum wahrgenommen wird, kann nicht abgestritten werden, verwundert aber auch nicht. Zum einen geht der Verein bei seiner Arbeit nur selten direkt in die Öffentlichkeit, wie zum Beispiel mit Anzeigen wie unter 3.3 dargestellt. Zum anderen besteht seine Außendarstellung hauptsächlich in der Bereitstellung von Werbe- und Informationsmaterialien für aktuelle Projekte. Diese haben als Hauptzielgruppe die Regionalen Arbeitsgruppen, die diese bei ihren Aktivitäten vor Ort einsetzen können. Seine öffentliche Wahrnehmung erhält der Bundesverein also im Wesentlichen über die örtlichen und regionalen Medien, die über diese Aktivitäten berichten. Darüber hinaus betreibt der Bundesverein eine intensive Informations- und Öffentlichkeitsarbeit über seine diversen Websites, u.a. www.gegen-vergessen.de, auf denen zu allen Aktivitäten des gesamten Vereins Informationen abgerufen werden können. Auch in den sozialen Medien

wie YouTube, Facebook und Twitter ist der Verein präsent. Ein weiteres beständiges Element seiner Öffentlichkeitsarbeit ist das viermal im Jahr in einer Auflage von 3.800 Exemplaren erscheinende Journal ‚Gegen Vergessen – Für Demokratie‘. Eine öffentliche Wahrnehmung erhält der Verein auch über die Preise, die er jährlich verleiht oder die unter seiner Regie verliehen werden.

Neben den bereits beschriebenen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen initiiert oder beteiligt sich der Verein an der Herausgabe von Buch-Publikationen zu den die Arbeit des Vereins betreffenden Themen.

3.5 Zweck und Ziele des Vereins

Der Zweck und die Ziele des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* sind in seiner Satzung unter § 2 im Einzelnen aufgeführt¹¹². Aber auf der ersten öffentlichen Veranstaltung am 1. November 1993 in Bonn, sieben Monate nach seiner Gründung, stellt der Vorsitzende des Vereins, Hans-Joachim Vogel, den übergeordneten Zweck und die Ziele des Vereins mit folgenden Worten dar:

„In jüngster Vergangenheit haben extremistische Aktivitäten und Anschläge vor allem gegen ausländische Mitbürger, gegen Asylbewerber und gegen jüdische Einrichtungen schlimme Erinnerungen geweckt. Durch die Mordanschläge in Solingen sind die drohenden Gefahren noch deutlicher. Natürlich ist der Staat gefordert, seine rechtsstaatlichen Mittel gegen die Gewalt einzusetzen. Es genügt aber nicht, andere zum Handeln aufzufordern. Jeder und jede einzelne muss sich vielmehr selber fragen, was er oder sie tun kann, um der Gefahr zu begegnen. Frauen und Männer aus allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen haben sich deshalb zu einem Projekt ‚Gegen Vergessen – Für Demokratie‘ zusammengefunden.

Die Ziele und der Zweck dieses überparteilichen Projektes sind:

- *Das Vermächtnis des Widerstandes gegen die NS-Diktatur bewahren und aufarbeiten, indem der Ursprung des Nationalsozialismus und des Faschismus aufgeklärt und deren Strukturen sowie die Opposition, der Widerstand, die Verfolgung und das Exil der Gegner des NS-Regimes dargestellt werden.*
- *Die Opposition, den Widerstand und die Verfolgung im kommunistischen System darstellen und dies mit der Aufklärung über die Entwicklung des Kommunismus verbinden,*

¹¹² www.gegen-vergessen.de/verein/verein-im-ueberblick/satzung/, Zugriff vom 31.3.2030.

- *Die Auseinandersetzung mit Feindbildern, Rassismus und Fremden- und Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und anderen Formen des Extremismus führen und so zur Förderung demokratischer Gesinnung beizutragen.*¹¹³

Darüber hinaus hat es sich der Verein zur Aufgabe gemacht, Politikberatung zu bestimmten Themen durchzuführen und sich am öffentlichen Diskurs zu diesen Themen durch Informationsveranstaltungen und wissenschaftliche Expertisen zu beteiligen.

3.6 Der Verein in der Praxis

Im Folgenden wird die Umsetzung der Vereinsziele in der Praxis an Hand von Beispielen dargestellt.

3.6.1 Umsetzung der Vereinsziele

Diese Vereinsziele setzt der Verein, gemäß seiner Satzung, im Wesentlichen durch folgende Maßnahmen um:¹¹⁴

- *Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung:*
Hierzu gehören Veranstaltungen zur historisch-politischen Bildungsarbeit, z.B. Podiumsdiskussionen, Zeitzeugengespräche, Buchvorstellungen, Ausstellungen, Filmvorführungen, Exkursionen, Studienfahrten, Workshops und Schülerprojekte. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen werden Angebote zur Aus- und Weiterbildung entwickelt, Bildungshilfsmittel wie z.B. Materialien, Handlungsempfehlungen, Publikationen und E-Portale entwickelt und verbreitet und bei öffentlichen Auftritten Stellungnahmen abgegeben.
- *Förderung der Jugendhilfe:*
Diesen Zweck verwirklicht der Verein insbesondere durch Beratung von Jugendlichen, Eltern, anderen Erziehungsberechtigten, außerschulische Jugendbildung und durch Präventionsverfahren gegen Extremismus in Jugendmilieus, insbesondere gegen Rechtsextremismus.
- *Förderung der Hilfe für politisch oder religiös Verfolgte, Förderung des Andenkens an Verfolgte und Kriegsoffer:*

¹¹³ Vogel, Hans-Jochen (Hg.): *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, München 1994, S. 7f.

¹¹⁴ Satzung des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* § 2, www.gegen-vergessen.de/verein/verein-im-ueberblick/satzung/, Zugriff vom 7.5.2020.

Hierzu organisiert er öffentliche Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen, Zeitzeugengespräche u.a., arbeitet mit Opfern und Opfergruppen zusammen und begleitet politisch, rassistisch und religiös Verfolgte.

- *Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens:*
Durch Exkursionen und Jugendbegegnungen, die auch die Gedenkkultur fördern sollen. Austausch von Informationen und Durchführung von Veranstaltungen und Projekten zur Erinnerungskultur und zur Auseinandersetzung mit Feindbildern, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus mit europäischen und internationalen Partnern.
- *Allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens:*
Durch das Eintreten für Recht und Gesetz sowie das Werben für politische Teilhabe und das Eintreten für die demokratischen Grundprinzipien. Der Verein organisiert Veranstaltungen zur historisch-politischen Bildung und entwickelt Bildungsangebote, die über die Geschichte und Entwicklung der Demokratie und Grundwerte informieren.

Zur Umsetzung dieser Ziele initiiert der Verein jährlich etwa 500 Veranstaltungen und Projekte und führt diese sowohl auf lokaler und regionaler als auch auf bundesweiter Ebene durch. Hierbei kooperiert er mit zahlreichen Partnern. Überregional gehören hierzu sowohl die großen Parteiorganisationen wie

- Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU),
- Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD),
- Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP),
- Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Grüne),
- Hanns-Seidel-Stiftung (CSU),

als auch Bundesorganisationen wie

- Bundeszentrale für politische Bildung,
- Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,
- Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘,

aber auch Organisationen wie

- Aktion Sühnezeichen Friedensdienste,
- Zentralrat der Juden in Deutschland

und den

- verschiedenen Gedenkstätten und andere.

Die Regionalen Arbeitsgruppen des Vereins können auf diese Kooperationspartner ebenfalls zurückgreifen, arbeiten aber in der Regel auch mit Institutionen, Bildungsträgern und zivilgesellschaftlichen Initiativen vor Ort zusammen, wie zum Beispiel die Arbeitsgruppe Münsterland mit dem Geschichtsort Villa ten Hompel.¹¹⁵ Ähnlich wie bei der Auswahl der (Gründungs)mitglieder legt der Verein auch hier wieder großen Wert darauf, sich möglichst breit mit gesellschaftlichen Akteuren mit ähnlichen Zielen zu vernetzen, um so Synergien zu erzeugen und Multiplikatoren-Effekte auszunutzen.

3.6.1.1 Prävention von Extremismus und Radikalismus

Im politischen Extremismus und Radikalismus sieht *Gegen Vergessen – Für Demokratie* seit seinem Bestehen die größte Gefahr für die Demokratie, nicht nur in Deutschland. Dabei ist es egal, ob dieser rechts- oder linksmotiviert ist. Hierbei verkennt der Verein nicht, dass es bei allen grundsätzlichen Unterschieden zwischen beiden Extremen Berührungspunkte gab und gibt, die auch der Extremismusforscher Udo Baron¹¹⁶ klar benennt: „*Beide Seiten vereint ihre kritische bis ablehnende Einstellung zur parlamentarischen Demokratie.*“¹¹⁷ Auf der historischen Aufklärung und Weiterbildung, insbesondere junger Menschen, in diesen Bereichen liegt deshalb sein besonderes Augenmerk.

3.6.1.1.1 Rechtsextremismus

Die Prävention von Rechtsextremismus ist ein besonders Anliegen des Vereins. Neben öffentlichen Stellungnahmen und Aufklärungsveranstaltungen stellt der Verein unter www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de ein von jedem Interessierten oder durch Rechtsextremismus Betroffenen nutzbares, vielfältiges Beratungsangebot zur Verfügung.¹¹⁸



Logo der Online-Beratung des Vereins ©Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.¹¹⁹

¹¹⁵ Siehe hierzu auch: www.wikipedia.org/wiki/Gegen_Vergessen_-_Fuer_Demokratie. Zugriff vom 8.5.2020.

¹¹⁶ Udo Baron ist ein deutscher Historiker, Politikwissenschaftler, Extremismusforscher und Autor.

¹¹⁷ Siehe hierzu auch: Westfälische Nachrichten, Die Extreme berühren sich, 23.9.2020.

¹¹⁸ www.gegen-vergessen.de und www.wikipedia.org/wiki/Gegen_Vergessen_-_Fuer_Demokratie, Zugriff vom 26.5.2020.

¹¹⁹ Entnommen <https://www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de/startseite.html> (Zugriff: 2.9.2021)

In einer gemeinsamen Pressekonferenz am 15. Mai 2008 mit jugendschutz.net¹²⁰ und der Bundeszentrale für politische Bildung stellt der Verein das Konzept und die Funktion der in dieser Form einzigartigen Online-Beratung vor. Das Interesse an diesem neuen Angebot stößt nicht nur in den Medien auf ein großes Echo, sondern auch in der Öffentlichkeit, wie die schnell auf über 20.000 steigenden täglichen Zugriffe auf die Website belegen. Diese Zahlen zeugen aber nicht nur von der großen öffentlichen Zustimmung, sie zeigen auch den großen Bedarf an dieser Möglichkeit, insbesondere von Menschen, die persönlich von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus betroffen sind. Viele Beratungsanfragen beginnen mit Sätzen wie: *„Ich bin froh, dass ich Ihre Internetadresse in der Presse fand, weil ich bisher nicht wusste, wohin ich mich wenden sollte.“*

Die meisten Anfragen sind von unmittelbaren Notlagen geprägt. Es gibt Eskalationen in Familien, wenn ein Mitglied in die rechtsextreme Szene geraten ist. Es gibt Furcht und Angst, wenn bei Veranstaltungen Menschen von gewalttätigen jungen Männern mit eindeutig rechtsextremen Parolen angegriffen werden oder in der Nachbarschaft Neonazis ausländerfeindlich und antisemitische Lieder grölen. Insbesondere informieren sich sowohl Lehrer*innen über adäquate Umgangsweisen bei Vorfällen in Schulen und Klassenverbänden, als auch Personen, die über einen Ausstieg aus dem rechtsextremen Milieu nachdenken.¹²¹

Darüber hinaus beteiligt sich der Verein an der politischen Diskussion über den Rechtsextremismus durch öffentliche Erklärungen. Hierzu gehört auch der auf der Mitgliederversammlung in München am 17. November 2007 als „Münchener Appell“ verabschiedete, in dem die Politik aufgefordert wird, die Bekämpfung von rechtsextremistischen und antidemokratischen Tendenzen durch eine dauerhafte Förderung zu unterstützen.¹²² Oder auch die auf der Jahresversammlung in Wolfsburg am 27. November 2008 abgegebene Erklärung „Eine starke Demokratie braucht starke Demokratinnen und Demokraten“, in der der Gesetzgeber aufgefordert wird, die Möglichkeiten für ein Verbot von verfassungswidrigen Parteien im Hinblick auf ein NPD-Verbot zu überprüfen.

Insbesondere für Schüler*innen und Jugendliche bietet der Verein in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung Seminare an, in denen vermittelt wird, wie rechten Stammtischparolen argumentativ und rhetorisch beizukommen ist.

¹²⁰ jugendschutz.net ist das 1997 gegründete gemeinsame Kompetenzzentrum der für Jugend zuständigen Ministerien von Bund und Ländern. Es ist keine Behörde, arbeitet aber mit gesetzlichem Auftrag, der im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag niedergelegt ist.

¹²¹ Jahresbericht 2008, www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2008.pdf, Zugriff vom 17.8.2020.

¹²² www.gegen-vergessen.de/verein/medien/erklarungen-und-entschliessungen, Zugriff vom 26.5.2020.

3.6.1.1.2 Linksextremismus

Die bisherigen Ausführungen zur Prävention von Rechtsextremismus sollen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Verein die Gefahren durch linksextremistische Aktivitäten für die Demokratie in Deutschland nicht beachtet oder gar zu verharmlosen versucht. Ganz im Gegenteil! Obwohl sich der Verein seit seiner Entstehung intensiv mit dem Rechtsextremismus auseinandergesetzt hat, ist der Linksextremismus für ihn immer ein Thema gewesen. In einer Stellungnahme zu den schweren Ausschreitungen am Rande des G20-Gipfels 2017 in Hamburg, an denen überwiegend linksextremistische Gruppierungen beteiligt sind, stellt Bernd Faulenbach, Vorsitzender des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, fest: „Wir warnen davor, die Anwendung von Gewalt zu verharmlosen oder gar als Gegengewalt zum Gewaltmonopol des Staates zu rechtfertigen, wie das auf der äußersten Linken nicht selten passiert.“

Weiter weist er darauf hin, dass Rechtsextremismus und Linksextremismus,

„... obgleich es zwischen ihnen immer Berührungspunkte gegeben hat und diese sich auch für die Gegenwart benennen lassen, sich in vieler Hinsicht unterscheiden, so dass wir bezogen auf den Linksextremismus eigenständige Formen der Auseinandersetzung entwickeln müssen.“¹²³

In einem Positionspapier ‚Arbeit von *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.* im Themenfeld Linksextremismus¹²⁴ hat der Verein seine Position zum Thema Linksextremismus festgehalten. Hierin wird die Bildungsarbeit, insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, als ein bedeutsamer Schritt zur Prävention von Linksextremismus genannt. Obwohl die Projekte und Angebote des Vereins gegen Rechtsextremismus auch als Prävention gegen jede Art von Extremismus eingesetzt werden können, ist er die Aufgabe der speziellen Linksradikalismus-Prävention in Kooperation u.a. mit der Konrad-Adenauer Stiftung¹²⁵ und der Bundeszentrale für politische Bildung¹²⁶ angegangen und führt diese mit seinen Regionalen Arbeitsgruppen, auch der Gruppe Münsterland, durch.

3.6.1.2 Historisch-politische Bildung

Die historisch-politische Bildung gehört, wie schon der Namensteil ‚*Gegen Vergessen*‘ zum Ausdruck bringt, zu einer der wichtigsten Aufgaben des Vereins. Hierzu werden vom Verein Workshops, Seminare und weitere Veranstaltungen organisiert und durchgeführt. Hierbei

¹²³ Zur Diskussion über den Linksradikalismus, www.gegen-vergessen.de/startseite/news-detailseite/article/zur-diskussion-über-den-linksradikalismus, Zugriff vom 7.9.2020.

¹²⁴ Positionspapier zum Thema Linksextremismus, www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Mitgliederzeitschrift/GVFD-Magazin_94_web.pdf, Zugriff vom 7.9.2020.

¹²⁵ Der sichtbare Linksextremismus, www.kas.de/de/web/linksextremismus/der-sichtbare-linksextremismus-linksextreme-agitation-und-parolen-im-stadtbild, Zugriff vom 7.9.2020.

¹²⁶ Dossier Linksextremismus, www.bpb.de, Zugriff vom 7.9.2020.

stehen als Zielgruppe insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene im Vordergrund. Durch die hierbei verfolgte geschichtliche Aufarbeitung sowohl der nationalsozialistischen Vergangenheit als auch der SED-Diktatur wird bei dieser Zielgruppe ein Bewusstsein für die deutsche Demokratie- und Diktaturgeschichte entwickelt, dies auch insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund.¹²⁷

Die Vergangenheit ist nie vergessen. Deshalb erinnert der Verein an die nationalsozialistischen Verbrechen und an das Unrecht, das unter dem SED-Regime verübt wurde. Hierzu gehören vergessene Opfergruppen und die, die Widerstand leisteten, ebenso wie diejenigen, die für ihre eigene und die Freiheit anderer gekämpft haben. Hierbei bleibt der Verein nicht im Gestern stehen, denn politischer Extremismus ist auch heute in manchen Kreisen wieder salonfähig geworden. Dagegen setzt *Gegen Vergessen – Für Demokratie* auf Bildungsarbeit und Beratungsangebote, die Kunst und Kultur ebenso beinhalten wie Aktionen und Feste, denn Bürgerengagement hat viele Gesichter. Mit jährlich über 200 unterschiedlichsten Veranstaltungen und Projekten ist der Verein vor Ort, regional und überregional für die historisch-politische Bildungsarbeit aktiv. Dabei ist das Spektrum der Aktionen groß. In Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Zeitzeugengesprächen, Filmvorführungen, Ausstellungen, Konzerten, Gedenkstättenfahrten oder Schülerprojekten wird eingeladen, über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nachzudenken. In den letzten Jahren hat der Verein in seine Arbeit zur historisch-politischen Bildung stärker die praktische Geschichtsvermittlung in einer wachsenden Migrationsgesellschaft in Deutschland einbezogen. Auch bei diesen Projekten und Aktionen spielen insbesondere die Regionalen Arbeitsgruppen mit ihren vielfältigen Möglichkeiten vor Ort eine entscheidende Rolle. Auch die Arbeitsgruppe Westfalen/Münsterland beteiligt sich, wie unter 4.3.2 aufgezeigt wird, am Auftrag der historisch-politischen Bildung intensiv.

Da der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* nach den Richtlinien des Bundesministeriums des Innern als gesellschaftlicher Bildungsträger anerkannt ist, kann er auf Antrag Projektförderungen der Bundeszentrale für politische Bildung für seine Aktivitäten in diesem Bereich erhalten, wovon auch die Regionalen Arbeitsgruppen profitieren.

3.6.1.3 Förderung von zivilgesellschaftlichen Engagements und politischer Teilhabe

Ein weiterer Schwerpunkt der Vereinsarbeit ist die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements, das sich auf lokalen, regionalen und überregionalen Ebenen gegen politischen Extremismus, gegen Rassismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung von Minderheiten einsetzt. Hierbei unterstützt der Verein die jeweiligen Regionalen Arbeitsgruppen durch Seminare, in denen die Teilnehmer in die Lage versetzt werden, sich mit demokratiefeindlichen Gruppen und Argumenten auseinander zu setzen.

¹²⁷ www.gegen-vergessen.de und www.wikipedia.org/wiki/Gegen_Vergessen_-_Für_Demokratie, Zugriff vom 26.5.2020.

Ein gutes Beispiel für die Arbeit des Vereins, zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern, ist ein Internetportal, das der Verein mit Förderung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung ins Leben gerufen hat. Durch das zeitlich begrenzte und inzwischen beendete Projekt „Sie tun Gutes – Wir reden darüber“ sollen diese zivilgesellschaftlichen Engagements und Initiativen die öffentliche Aufmerksamkeit erhalten, die ihnen eigentlich gebührt. Neben dieser öffentlichen Wirksamkeit sollen den einzelnen Initiativen auch die Möglichkeit geboten werden, sich von anderen inspirieren zu lassen und sich untereinander zu vernetzen.¹²⁸

Zivilgesellschaftliches Engagement, wie der Verein es versteht, zeigt sich auch im ehrenamtlichen Engagement im politischen Bereich und im Einsatz für eine parlamentarische Demokratie. Politikverdrossenheit und der Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung sind wichtige Schlagworte der gegenwärtigen politischen Debatten. Sie weisen darauf hin, dass die Distanz zwischen der etablierten Politik und den Ansichten von vielen Menschen in diesem Land zunimmt. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, organisiert der Verein, gemäß des Auftrags der Mitgliederversammlung von 2011, einen Diskussionsprozess über dieses Thema in Gang zu setzen und führt gemeinsam mit dem bei der Bundeszentrale für politische Bildung angesiedelten Bündnis für Demokratie und Toleranz Workshops mit dem Titel ‚Demokratische Beteiligungsformen auf dem Prüfstand. Bürger in der politischen Verantwortung‘ durch. Diese Workshops, in die sich auch die Regionalen Arbeitsgruppen einbringen können, richten sich an ehrenamtlich Engagierte und Funktionsträger aus verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen.¹²⁹

3.6.2 Projekte und Veranstaltungen auf Bundesebene

An dieser Stelle können nicht alle Projekte und Veranstaltungen, die der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* bisher auf Bundesebene durchgeführt oder an denen er sich beteiligt hat, dargestellt werden. Dafür sind es zu viele. An Beispielen, die der Verein in seiner Jubiläumsausgabe 20jähriges Bestehen bis 2013 selbst nennt und für die Folgejahre vom Autor ausgewählt werden, werden hier chronologisch einige Aktionen und Initiativen aufgeführt, die für den Verein von Bedeutung und für seine Kernkompetenz typisch sind. Sie geben aber auch einen Einblick in die Vielfalt der Aktivitäten des Vereins.¹³⁰

¹²⁸ www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote/abgeschlossene-projekte/sie-tun-gutes-wir-reden-darüber, Zugriff vom 26.5.2020.

Weitere Angebote des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie unter: www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote.

¹²⁹ Jahresbericht 2011, www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2011.pdf, Zugriff vom 18.8.2020.

¹³⁰ Aus: Gegen Vergessen – Für Demokratie, Jubiläumsausgabe 79 / November 2013 und den Jahresberichten des Vereins.

Zu weiteren Erklärungen und Entschlüssen, die der Verein meist auf seinen Mitgliederversammlungen abgegeben hat, siehe www.gegen-vergessen.de/verein/medien/erklarungen-und-entschlusungen, letzter Zugriff vom 21.2.2020.

1994

Erster Workshop der Veranstaltungsreihe „Gedenkstättenarbeit und Oral History – Zeitzeugen an Gedenkstätten im Kontext politischer Bildungsarbeit“.¹³¹

Dieser Workshop findet in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung statt. Ab 1995 finden diese Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung statt und seit 1998 in Kooperation mit der Stiftung Aufarbeitung.

Aktivität des Vereins:

Der Workshop, der vom Verein seit 1994 jährlich durchgeführt wird, wendet sich an Mitarbeiter*innen von Gedenkstätten, aus dem Bereich der politischen Bildung sowie von Einrichtungen und Vereinen, die mit Zeitzeugen bzw. in Projekten der Oral History arbeiten. Neben der ausführlichen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit wird in den Workshops auch die Geschichte der DDR-Diktatur an Hand von Zeitzeugenaussagen aufgearbeitet. Außerdem beschäftigen sich die Workshops mit der Frage, wie die Erinnerungsarbeit weitergeführt werden kann, wenn in Zukunft keine Zeitzeugen mehr leben. An diesen Workshops beteiligen sich auch regelmäßig Regionale Arbeitsgruppen. Die Workshops richten sich an Personen, die bereits Erfahrungen in der methodischen und inhaltlichen Interviewarbeit gesammelt haben. Besonders wichtig ist dem Verein bei diesen Workshops der Multiplikatoren-Effekt. Bei den Teilnehmer*innen handelt es sich um Personen, die in ihren jeweiligen beruflichen Aufgabebereichen bereits Qualifikationen für die historisch-politische Bildungs- und Interviewarbeit erworben haben, die durch die Workshops erweitert werden. Dadurch werden sie in die Lage versetzt, ihr neu erworbenes Wissen an die Besucher*innen von Gedenkstätten oder anderen politischen Bildungseinrichtungen weiterzugeben und somit breitere Bevölkerungskreise zu erreichen.

1997

*Beginn der Initiative von Gegen Vergessen – Für Demokratie für die Entschädigung von ehemaligen NS-Zwangsarbeiter*innen.*

Ausgangspunkt ist ein Glückwunschsreiben von Hans-Jochen Vogel an den Vorstandsvorsitzenden der Siemens AG, Dr. Heinrich von Pierer, zum 150jährigen Bestehen der Firma. Hierin bringt er u.a. die Bitte zum Ausdruck, „... den wenigen noch lebenden Opfern jener Zeit aus Anlass des Jubiläums eine Entschädigung zukommen zu lassen.“ Im weiteren Verlauf beteiligt sich der Verein aktiv an der Diskussion und trägt so zu dem später erzielten Ergebnis bei.

¹³¹ Oral History ist eine Methode der Geschichtswissenschaft, die auf dem Sprechenlassen von Zeitzeugen basiert, wobei die Zeitzeugen vom Historiker möglichst wenig beeinflusst werden sollen, www.wikipedia/wiki/Oral_History, Zugriff vom 21.7.2020.

Aktivität des Vereins:

Die Problematik der Entschädigung von Zwangsarbeiter*innen, die während des Zweiten Weltkriegs aus den von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern, in der Mehrzahl Osteuropa, nach Deutschland verschleppt und hier zu ‚Sklavenarbeiten‘ vor allem in der Rüstungsindustrie gezwungen wurden, ist seit Gründung des Vereins eines seiner zentralen Anliegen und wird von ihm in den Folgejahren kontinuierlich unterstützt. So begleitet der Verein die Verhandlungen der Bundesregierung mit den Unternehmen, von denen Entschädigungszahlungen erwartet werden, mit einer Vielzahl von Aktivitäten. So finden 1999 in Berlin, Bonn, Hamburg und München vom Verein durchgeführte öffentliche Informationsrunden, Symposien oder Pressekonferenzen statt. Ein Sammelband mit Lebensberichten von ehemaligen Zwangsarbeitern, der im Auftrag des Vereins veröffentlicht wird, wird allen Abgeordneten des Deutschen Bundestages zur Verfügung gestellt. Vertreter des Vereins wirken nicht nur in Arbeitskreisen mit, die seinerzeit die Verhandlungen und die Ausgestaltung der Entschädigungsleistungen kritisch begleiten, sondern sind auch bei Anhörungen des Deutschen Bundestages als Sachverständige eingeladen, die Formulierung des für eine Bundesstiftung notwendigen Gesetzes zu erörtern. Auf seiner Mitgliederversammlung 1999 in Rastatt schließlich war es der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, der für die Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeitern fordert, einen Betrag in Höhe von 10 Milliarden DM zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag, der je zur Hälfte von der deutschen Wirtschaft und der öffentlichen Hand aufgebracht wird, wird dann auch im Jahr 2000 das Grundkapital der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft.

Hintergrund:

Weil die Frage der Entschädigung der Zwangsarbeiter*innen für die spätere Gründung der Regionalen Arbeitsgruppe des Vereins in Münster eine wichtige Rolle spielt, wird hier auf diesen Punkt ausführlicher eingegangen.

Die Diskussion hierüber wird nach 1990 kontrovers öffentlich zwischen der Bundesregierung und der Wirtschaft geführt. Von Entschädigungen für Zwangsarbeiter ist in den Jahrzehnten vor 1990 deshalb noch nicht die Rede, weil das sogenannte Londoner Abkommen von 1953 derartige Ansprüche bis zum Abschluss eines Friedensvertrages suspendierte. Dies auch deshalb, weil Deutschland Zeit haben sollte, sich zu erholen, und weil Entschädigungen für andere Opfergruppen, etwa für Überlebende des Holocaust, dringlicher erschienen. In weiten Teilen der deutschen Bevölkerung fehlen in dieser Zeit auch die Kenntnis und das Bewusstsein für diese große Gruppe von Opfern.

Ausschlaggebend für die dann aufkommende Diskussion sind im Wesentlichen zwei Gründe. Zum einen setzt sich die Erkenntnis durch, dass der Zwei-plus-vier-Vertrag, der die deutsche Einheit erst ermöglicht, als Friedensvertrag im Sinne des Londoner Abkommens anzusehen ist. Zum andern werden in den USA ab Mitte der 1990er Jahre erste Sammelklagen von Opfern

gegen fünf Niederlassungen deutscher Großunternehmen mit dem Ziel eingereicht, Entschädigungszahlungen zu erstreiten. Dadurch wird auch die amerikanische Öffentlichkeit und die Regierung in Washington auf dieses Thema aufmerksam. Dass die deutschen Unternehmen wirtschaftliche Nachteile durch die Sammelklagen in den USA befürchten, fördert ihre Kompromissbereitschaft zur Lösung dieser Frage in Deutschland.¹³²

1998

*Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Darin aufgenommen wird die sogenannte ‚Faulenbachsche Formel‘, die besagt „Die NS-Verbrechen dürfen nicht mit Hinweis auf das Nachkriegsunrecht relativiert, dieses Unrecht jedoch nicht umgekehrt angesichts der NS-Verbrechen bagatellisiert werden“.*¹³³

Aktivität des Vereins:

Hierbei ist, neben Bernd Faulenbach als Mitglied der Kommission und Vereinsmitglied von *Gegen Vergessen – Für Demokratie* auch der Verein selbst aktiv beteiligt. Seit seiner Gründung widmet sich der Verein der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und dem Kampf gegen Rechtsextremismus. Doch ist von Anfang an die SED-Diktatur und ihre Aufarbeitung ein wesentliches Thema, dessen Bearbeitung an Intensität im Laufe der Jahre, unter anderem mit dem Engagement vor Ostdeutschen Arbeitsgruppen, wächst. In seiner Arbeit wendet sich der Verein gegen eine Relativierung der NS-Vergangenheit, spricht sich für eine Anerkennung des Unrechts der kommunistischen Vergangenheit in der öffentlichen Erinnerung aus und setzt sich für eine differenzierte Würdigung der Opfer beider Vergangenheiten ein.¹³⁴ Als Mitglied der Enquete-Kommission und des Vereins bringt Bernd Faulenbach diese Grundsätze in den Abschlussbericht ein.

Hintergrund:

Auf Antrag des ehemaligen DDR-Bürgerrechtlers und SPD-Bundestagsabgeordneten Markus Meckel setzt der Bundestag im März 1992 die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ ein, die zwischen 1992 und 1994 tagen soll. Als sich nach zwei Jahren zeigt, dass die Arbeit noch nicht beendet ist, beschließt der Bundestag eine zweite Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ für weitere drei Jahre einzurichten. Trotz anfänglicher öffent-

¹³² Vogel, Hans-Jochen, Die Zwangsarbeiterentschädigung – ein zentrales Anliegen unserer Vereinigung, in: Zeitschrift Gegen Vergessen – Für Demokratie, Nr. 79.

¹³³ Prof. Dr. Bernd Faulenbach, seit 1996 Vorstandsmitglied des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* und aktueller Vorsitzender, war Sachverständiges Mitglied beider Kommissionen.

¹³⁴ Faulenbach, Bernd, NS-Verbrechen nicht relativieren, kommunistisches Unrecht nicht bagatellisieren, in: Zeitschrift Gegen Vergessen – Für Demokratie Nr. 79.

licher Skepsis über eine mögliche politisch gelenkte Geschichtsschreibung, tragen die Enquete-Kommissionen mit ihrer sachlichen Herangehensweise den aktuellen Wissensstand über die staatlichen Strukturen, Organe, Opposition und Widerstand sowie den Alltag in der DDR zusammen. Hierbei greifen sie auf Anhörungen von Zeitzeugen und Expertisen und Gutachten zurück. Der Bundestag veröffentlicht die Ergebnisse beider Kommissionen in 32 Bänden.¹³⁵

1998

Der Bundestag verabschiedet das ‚Gesetz zur Aufarbeitung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege‘ (NS-Unrechtsurteileaufhebungsgesetz) und Sterilisationsentscheidungen der ehemaligen NS-Erbgesundheitsgerichte.

Aktivität des Vereins:

Gegen Vergessen – Für Demokratie setzt sich im Vorfeld gemeinsam mit dem Bund der ‚Euthanasie‘-Geschädigten und Zwangssterilisierten‘ aktiv für dieses Gesetz ein. Im bis dahin geltenden Bundesentschädigungsgesetz sind die Euthanasie-Opfer und Zwangssterilisierten nicht in die Gruppe der rassistisch verfolgten eingereiht. Der Verein in Person von Hans-Jochen Vogel weist in einem über Jahre dauernden Briefwechsel mit den Fraktionen des Deutschen Bundestags auf diesen nicht mehr nachzuvollziehenden Umstand nachdrücklich hin.¹³⁶

Hintergrund:

Mit diesem 1998 erlassenen Gesetz werden Urteile des Volksgerichtshofes und der Standgerichte, die gegen elementare Gedanken der Gerechtigkeit nach dem 30. Januar 1933 zur Durchsetzung oder Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen Unrechtsregimes aus politischen, militärischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen ergangen sind, aufgehoben. Im Juli 2002 wird dieses Gesetz dahingehend geändert, dass nunmehr auch Urteile der Militärgerichte gegen Deserteure der Wehrmacht und Urteile gegen Homosexuelle aufgehoben werden. In einem zweiten Änderungsgesetz werden im September 2009 auch Urteile gegen sogenannte Kriegsverräter aufgehoben, womit die Ehre und Würde zumeist einfacher Soldaten wiederhergestellt und deren Widerstand gegen das Regime anerkannt wird.

Ebenfalls aufgehoben werden 1998 vom Bundestag sämtliche Beschlüsse der Erbgesundheitsgerichte, die eine Unfruchtbarmachung angeordnet haben. Im Jahr 2007 hat der Deutsche Bundestag das 1933 erlassene Gesetz ‚Zur Verhütung erbkranken Nachwuchses‘ geächtet.

¹³⁵ www.enquete-online.de, Zugriff vom 25.7.2020.

¹³⁶ www.gegen-vergessen.de/themen/nationalsozialismus/euthanasie-geschaedigte-und-zwangssterilisierte/, Zugriff vom 27.10.2020.

1999

Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung.

Aktivität des Vereins:

Damit erfüllt sich eine Forderung, die der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* auf seiner Mitgliederversammlung 1998 in seinem „Lübecker Manifest“ gefordert hat, nämlich die Zusage einer dauerhafte Förderung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten durch die Bundesregierung.

Hintergrund:

Seit 1999 fördert die Bundesregierung auf der Grundlage eines Gedenkstättenkonzepts die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur¹³⁷. Das neue Konzept basiert auf den Empfehlungen der vom Deutschen Bundestag eingesetzten Enquete-Kommissionen ‚Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘ und ‚Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit‘. Die Kommission wird beauftragt, aus den vielen Orten des Terrors und Schreckens die Orte herauszusuchen, die von nationaler Bedeutung und dauerhaft von der Bundesrepublik Deutschland zu unterhalten sind. Die Enquete-Kommission fordert, dass allen Opfern von Unrecht und Gewalt, sowohl der NS- als auch der SED-Diktatur, gedacht werden muss, denn *„Die entscheidende Voraussetzung für die Errichtung der kommunistischen Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone und damit für die Teilung Deutschlands schuf jedoch die nationalsozialistische Kriegs- und Vernichtungspolitik des Zweiten Weltkriegs.“* Auf der Grundlage der Gedenkstättenkonzeption der Enquete-Kommission fördert die Bundesregierung:

- Gedenkstätten für die Opfer von Krieg und NS-Gewaltherrschaft
- Gedenkstätten für die Opfer der kommunistischen Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR
- Sowjetische Ehrenmale.

Die finanziellen Mittel der neuen Gedenkstättenförderung werden gegenüber dem seit 1993 geltenden ‚Gesamtkonzeption zur Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland‘ von jährlich 20 Millionen auf 50 Millionen DM angehoben.

¹³⁷ www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/gedenken, Zugriff vom 21.8.2020 und Deutscher Bundestag, Drucksache 14/1569, Konzeption der Künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes, www.bundestag.de/dip21/btd/14/015/1401569.pdf, Zugriff vom 21.8.2020.

2000

Ehemalige politische Gefangene der DDR erhalten ab dem 1.1.2000 jetzt 600 statt der bisher gezahlten 300 DM als Entschädigung pro Haftmonat zugesprochen.

Aktivität des Vereins:

Gegen Vergessen – Für Demokratie hat sich ebenfalls in seinem „Lübecker Manifest“ für die Erhöhung der Entschädigungszahlung eingesetzt.

Hintergrund:

In der DDR gab es insgesamt schätzungsweise 250.000 politische Häftlinge, von denen ab 1962 knapp 34.000 von der Bundesrepublik freigekauft worden sind. Bei vielen ehemaligen Häftlingen sind gesundheitliche und psychische Langzeitschäden diagnostiziert worden. Nachdem auch die Enquete-Kommission ‚Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit‘ die Entschädigungszahlungen in ihren Abschlussbericht aufgenommen hat, beschließt der Deutsche Bundestag am 15. Oktober 1999: „Die Kapitalentschädigung für alle ehemaligen politischen Häftlinge wird auf einheitlich 600 DM erhöht. Die bisherige Aufspaltung der Entschädigungssätze entfällt. Eine Nachzahlung an Berechtigte, die bereits eine Kapitalentschädigung nach bisherigem Recht erhalten haben, ist vorgesehen.“¹³⁸

2000

Gründung der Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ (EVZ).

Aktivität des Vereins:

Bundeskanzler Gerhard Schröder dankt *Gegen Vergessen – Für Demokratie* in einem persönlichen Schreiben für das Engagement, die Auszahlung humanitärer Ausgleichsleistungen an ehemalige Zwangsarbeiter vorangetrieben zu haben.¹³⁹

Hintergrund:

Die Frage der Zwangsarbeiterentschädigung kann nach langen, in der Öffentlichkeit zwischen Bundesregierung und der Wirtschaft geführten Diskussionen mit der Gründung der Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ beendet werden. Diese Stiftung verwaltet einen vom Bund und der Wirtschaft gespeisten Fonds, aus dem Zahlungen an die noch lebenden Zwangsarbeiter erfolgen. Zwischen 2001 und 2007 erhalten so die Betroffenen zwischen 500,-

¹³⁸ Deutscher Bundestag, Drucksache 14/1805, Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR, www.bundestag.de/doc/btd/14/018/1401805.pdf, Zugriff vom 21.8.2020.

¹³⁹ Siehe hierzu auch die Ausführungen unter 1997 Beginn der Initiative von *Gegen Vergessen – Für Demokratie* für die Entschädigung von ehemaligen NS-Zwangsarbeiter*innen.

und 7.700,- Euro. Kriegsgefangene bleiben von den Entschädigungszahlungen ebenso ausgeschlossen wie zivile westeuropäische Zwangsarbeiter*innen, da die Bundesrepublik an diese Staaten bereits im Rahmen von Globalabkommen Entschädigungen gezahlt hat.¹⁴⁰ Auch nach der Abwicklung der Zwangsarbeiter*innen-Entschädigungen besteht die Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ als eine von der Bundesrepublik Deutschland getragene Stiftung des öffentlichen Rechts weiter. Sie engagiert sich in Erinnerung an die Opfer nationalsozialistischen Unrechts für die Überlebenden und setzt sich für Menschenrechte und Völkerverständigung ein. Sie versteht sich als Ausdruck der fortbestehenden politischen und moralischen Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für das nationalsozialistische Unrecht. Bis heute hat die Stiftung fast 4.000 Projekte gefördert, davon viele in Zusammenarbeit mit *Gegen Vergessen – Für Demokratie*.

2004

Gegendemonstration zu den jährlichen Aufmärschen der Neonazis am Todestag von Rudolf Heß.

In Heß' Begräbnisort Wunsiedel hält Dr. Hanna-Renate Laurien für *Gegen Vergessen – Für Demokratie* anlässlich einer vom Verein mitorganisierten Gegendemonstration zu den jährlichen Aufmärschen von Neonazis am Todestag von Rudolf Hess am 17. August 2004 eine viel beachtete Rede gegen den „schamlosen Mythos“ um Heß. Sie setzt sich vehement für die Würdigung aller Opfer des Nationalsozialismus ein. „Wir dürfen die Opfer des Terrors nicht in Güteklassen einteilen. Gott hat jedem Menschen die gleiche Würde gegeben.“ Bei der Rückreise nach Berlin mit der Bahn verunglückt Hanna-Renate Laurien und zieht sich schwerste Verletzungen zu (siehe hierzu auch weitere Informationen in der Kurzbiographie zu Hanna-Renate Laurien).

2008

Kinder über den Holocaust. Frühe Zeugnisse 1944 – 1948.

Aktivität des Vereins:

Das Buch ist das Ergebnis eines von der Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ geförderten polnisch-deutschen Kooperationsprojektes zwischen dem Jüdischen Historischen Institut in Warschau, dem Zentrum für Lehrerbildung und Schulforschung der Universität Leipzig und dem Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie*. Joachim Gauck, seinerzeit Vorsitzender des Vereins, nimmt an der Buchpräsentation im Martin-Gropius-Bau in Berlin, die vom

¹⁴⁰ Bundeszentrale für politische Bildung, Der lange Weg zur Entschädigung, www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/ns-zwangsarbeit/227273/der-lange-weg-zu-entschaedigung, Zugriff vom 24.7.2020.

Verein organisiert wird, teil und spricht ein Grußwort. Im Verlauf des Jahres finden weitere Lesungen von Kinderberichten statt, oft unter Mitwirkung Regionaler Arbeitsgruppen. So auch im Theater in Münster am 10. Juni 2008.

Hintergrund:

Am 15. April 2008 wird nach zweijähriger Arbeit die Quellenedition ‚Kinder über den Holocaust. Frühe Zeugnisse 1944 – 1948‘ zum ersten Mal der Öffentlichkeit präsentiert. Die Quellenedition enthält eine Auswahl von 55 Berichten jüdischer Kinder, die unmittelbar nach Ende der Kriegshandlungen in Polen von jüdischen Historikern zu ihren Erlebnissen während des Kriegs befragt werden. Die sprachliche Unmittelbarkeit der Kinderberichte machen das Grauen des Holocaust besonders deutlich. Das Buch wird in den Medien positiv besprochen und gewürdigt, in der Süddeutsche Zeitung erscheint eine ganzseitige Besprechung. Als weiteres Ergebnis dieses Kooperationsprojektes erscheint Ende 2008 eine pädagogische Handreichung mit dem Titel ‚Vor Tieren hatten wir keine Angst, nur vor Menschen. Kinder über den Holocaust in Polen‘, in der einige der Kinderberichte für den Schulunterricht und die außerschulische Bildungsarbeit aufbereitet werden.¹⁴¹

2009

„Geschichtsforum 1989/2009: Europa zwischen Teilung und Aufbruch“.

Aktivität des Vereins:

Gegen Vergessen – Für Demokratie ist gemeinsam mit der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Bundeszentrale für politische Bildung, der Kulturstiftung des Bundes, dem Zentrum für Zeitgeschichte München/Berlin und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam Ausrichter dieses Forums. Viele Regionale Arbeitsgruppen nehmen die Möglichkeit wahr, sich in dieses Forum einzubringen. So führt die Arbeitsgruppe Westfalen gemeinsam mit der Villa ten Hompel einen Workshop für Jugendliche und junge Erwachsene durch.¹⁴²

Hintergrund:

Vom 28. bis 31. Mai besuchen ca. 6.000 Menschen dieses Forum, das unter dem Motto „Wir müssen reden“ im Deutschen Historischen Museum in Berlin stattfindet. Der Fokus dieser zentralen Veranstaltung des Jahres 2009 ist das 20jährige Jubiläum der Zeitenwende 1989 in Deutschland und Osteuropa sowie ihre jeweilige Vor- und Nachgeschichte. Ziel dieses Forums, das in ca. 150 parallelen Sektions- und Plenarveranstaltungen stattfindet, ist nicht nur die

¹⁴¹ Jahresbericht 2008: , https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2008.pdf (Zugriff: 2.9.2021)
www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2008.pdf, Zugriff vom 17.8.2020.

¹⁴² Jahresbericht 2009. https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2009.pdf (Zugriff: 2.9.2021)

historische Auseinandersetzung mit den Vorgängen in 1989, sondern auch, möglichst viele Institutionen aus Deutschland und Europa hieran zu beteiligen.

2009

Theaterprojekt „Kinder des Holocaust“

Aktivität des Vereins:

Kinder des Holocaust, eine ungewöhnliche Theaterproduktion, ist das Ergebnis eines durch die Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ und der Sparkasse Leipzig geförderten Kooperationsprojektes von *Gegen Vergessen – Für Demokratie* und dem Theater der jungen Welt Leipzig unter Mitwirkung des Zentrums für Lehrerbildung und Schulforschung der Universität Leipzig. Viele Regionale Arbeitsgruppen organisieren in den folgenden Jahren Aufführungen in ihren Regionen und führen theaterpädagogische Workshops mit den zusammengestellten Materialien durch. Schon im Oktober 2009 finden am Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium in Münster zwei Aufführungen statt.¹⁴³ Im Oktober 2010 findet ein theaterpädagogischer Workshop in der Villa ten Hompel statt.

Hintergrund:

In diesem professionellen und theaterpädagogisch begleiteten Projekt erarbeiten 11 Schüler, Auszubildende und Studenten auf der Basis der Berichte jüdisch-polnischer Kinder (siehe *Kinder über den Holocaust. Frühe Zeugnisse 1944 – 1948*) eine theatralische Collage. Die Proben für diese Collage mit den Jugendlichen dauern länger als ein halbes Jahr. Zu den aus den Improvisationen der Jugendlichen entstehenden Geschichten, die nah an ihren Alltagserfahrungen sind, werden von vier Schauspieler Texte aus ‚*Kinder über den Holocaust*‘ eingesprochen. In Verbindung mit Videosequenzen von den Proben, die die Unsicherheit der Jugendlichen mit dem Thema dokumentieren, entsteht eine faszinierende Collage, die auch Einblicke in das Wesen unserer Erinnerungskultur gewährt. Zur Ergänzung dieser Theatercollage haben Theaterpädagoginnen Materialien zur schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit entwickelt, die eine spielerische Annäherung und Vertiefung der Holocaust-Thematik ermöglichen. Das Theaterprojekt „*Kinder des Holocaust*“ wird im Mai 2009 am Theater der jungen Welt in Leipzig uraufgeführt und erweist sich von Beginn an als großer Erfolg.

Es fällt auf, dass dieses Theaterprojekt Ähnlichkeiten zu einem bereits 2005 durchgeführten Projekt mit dem Titel „*Was war da? – Was wird sein? Gemeinsam fragen – forschen – szenisch gestalten – spielen*“, das seinerzeit als ein Gemeinschaftsprojekt der Städtischen Bühnen Münster und des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* - Regionalgruppe Münsterland mit Schülerinnen und Schüler durchgeführt wurde (siehe 4.3.2).

¹⁴³ Jahresbericht 2009: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2009.pdf (letzter Zugriff: 2.9.2021)

2010

„Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft“.

Aktivität des Vereins:

Gegen Vergessen – Für Demokratie hat erkannt, dass die bisherige historisch-politische Bildungsarbeit dem demographischen Wandel in Deutschland nicht in ausreichendem Maße Rechnung trägt. Deshalb hat er gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung diese Initiative ins Leben gerufen.

Hintergrund:

Der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland ist hoch und wird in Zukunft weiter steigen. Zurzeit leben in Deutschland ca. 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, bei den unter Fünfjährigen liegt der Anteil bereits bei einem Drittel. Stärker als bisher muss die Vielfältigkeit von Geschichts- und Gesellschaftsbezügen in heterogenen Lerngruppen berücksichtigt werden. Deshalb ist es notwendig, zum einen das Themenspektrum im Hinblick auf die Veränderung der Gesellschaft durch Zuwanderung zu erweitern, zum anderen aber auch neue Methoden für deren Vermittlung zu entwickeln. In Zusammenarbeit und mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung erstellt der Verein eine Materialsammlung zur ‚Praktischen Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft‘, die in der Reihe ‚Themen und Materialien‘ der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen ist. Im Zentrum der Materialsammlung steht die praktische Vermittlung deutscher Zeitgeschichte, vornehmlich des 20. Jahrhunderts, mit einigen Rückgriffen auf das 19. Jahrhundert. Der Band richtet sich nicht nach den Vorgaben von Geschichtslehrplänen, sondern ist eine eigenständige und zusätzliche Ideen- und Methodensammlung sowohl für den Unterricht als auch für die außerschulische historisch-politische Jugend- und Erwachsenenbildung.¹⁴⁴

¹⁴⁴ Jahresbericht 2010 https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2010.pdf (letzter Zugriff: 2.-9.2021) und Bundeszentrale für politische Bildung, Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft, www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/138869/geschichtsvermittlung-in-der-migrationsgesellschaft, (letzter Zugriff vom 18.8.2020).

2012

Sport und Zivilgesellschaft

Hintergrund:

Im Rahmen des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“¹⁴⁵ des Bundesministeriums des Innern und der Bundeszentrale für politische Bildung kommt dem organisierten Sport eine Schlüsselposition zu. Zu diesem Zweck werden alle ostdeutschen Landesverbände durch finanzielle Zuwendungen in die Lage versetzt, landesweit in allen Untergliederungen der Verbandsstruktur zielgruppenspezifische Bildungsarbeit zur Förderung demokratiefördernder Elemente zu konzipieren und durchzuführen.



Logo von Mach den Unterschied © *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.*¹⁴⁶

Aktivität des Vereins:

Als Begleitmaßnahme hat *Gegen Vergessen – Für Demokratie* hierzu in Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Landessportbünden, der deutschen Sportjugend und dem Nordostdeutschen Fußballverband ein Internetportal entwickelt, das sich unter www.sport-mit-courage.de an Praktiker in den Vereinen wendet. Es präsentiert eine Sammlung von hilfreichen Materialien für den konkreten Fall der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im sportlichen Alltag. Es bietet sportspezifische Informationen und Materialien, die übersichtlich, einfach zu benutzen und hilfreich sind, wenn ein Trainer oder Jugendleiter im Verein mit Diskri-

¹⁴⁵ Das Bundesprogramm fördert in ländlichen und strukturschwachen Gegenden, besonders in Ostdeutschland, Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus. Im Mittelpunkt stehen regional verankerte Vereine und Verbände mit vielen ehrenamtlich Engagierten. Es will aufmerksame und respektierte Demokratieberater*innen vor Ort ausbilden und stärken, www.zusammenhalt-durch-Teilhabe.de, Zugriff vom 20.8.2020.

¹⁴⁶ <https://www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote/abgeschlossene-projekte/mach-den-unterschied/#:~:text=Mach%20den%20Unterschied%20war%20ein,Filmsequenzen%20werden%20unterschiedliche%20Situationen%20vorgestellt.> (Zugriff: 2.9.2021)

minierung, fremdenfeindlichen Sprüchen oder rechtsextremistischen Einstellungen konfrontiert wird. Um auch eine praktische Übungsmöglichkeit insbesondere für Jugendliche zu schaffen, verfügt das Portal über einen Übungsplatz. Auf der Seite www.mach-den-unterschied.de (Adresse heute nicht mehr aktiv) konnten Sportvereinsmitglieder üben, wie man sich verhalten kann, wenn die Grenze zwischen erträglicher Sprücheklopferi und menschenverachtenden und diskriminierenden oder abwertenden Beschimpfungen überschritten wird.¹⁴⁷ Während ihrer Freischaltung erfreuen sich beide Internetportale eines regen Zuspruchs.

2013

Demokratie vor Ort – lokale Spurensuche und Partizipationsförderung. Aufbau eines Online-Serviceportals zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen.

Aktivität des Vereins:

Seit Anfang 2013 wird ein Internetportal „Demokratie vor Ort“ vorbereitet, mit dem der Verein gemeinsam mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz und gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung das zivilgesellschaftliche Engagement in Vereinen, Projekten und Initiativen vor Ort unterstützen will. Mit dem neuen Portal sollen den auf diesem Gebiet Tätigen Hilfestellungen angeboten werden und die Möglichkeit zur Vernetzung der unterschiedlichen Aktivitäten auf ehrenamtlicher Basis geschaffen werden. Herausgekommen ist das Serviceportal www.demokratie-vor-ort.de.¹⁴⁸



Logo von Demokratie vor Ort© *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.*¹⁴⁹

¹⁴⁷ Jahresbericht 2012 . https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2012.pdf;

¹⁴⁸ Da dieses Projekt eingestellt wurde, existiert diese Internetseite heute nicht mehr.

¹⁴⁹ Heute wird das Projekt vom Kooperationspartner Bündnis für Toleranz weitergeführt: <https://www.buendnis-toleranz.de/> (Zugriff: 2.9.2021)

Es gibt Tipps, Hilfen und Anregungen für die praktische Arbeit vor Ort, stellt Projekte zur Demokratiegeschichte vor und enthält eine Datenbank, in die sich Initiativen selbst eintragen können. Bis Ende 2014 sind es bereits mehr als 500.¹⁵⁰

Hintergrund:

Da es Spuren zur Geschichte und Entwicklung von Demokratie und Partizipation an fast jedem Ort gibt, stellen sich für die mit diesen Spurensuchen befassten Personen Fragen, zu deren Beantwortung sie Hilfen und Unterstützung gebrauchen können. Wie ist unsere Demokratie zu dem geworden, was sie heute ist, welche Perspektiven für ihre Weiterentwicklung gibt es und wie können diese Spuren sichtbar gemacht werden?

Dass Projekte des Vereins nach einer gewissen Laufzeit eingestellt werden, ist bei der Vielzahl der Projekte, die der Verein mit unterschiedlichen Partnern initiiert und personell unterstützt an sich nichts Ungewöhnliches. Gründe hierfür können z.B. von vorn herein mit dem Kooperationspartner festgelegte Laufzeiten sein oder dass das Projekt nicht den erwünschten Erfolg hat. Sollte aber ein erfolgreiches Projekt eingestellt werden müssen, weil die finanzielle Basis durch den Kooperationspartner wegfällt, könnte dies durchaus eine Schwachstelle in der Vereinsarbeit und besonders in der Vereinsfinanzierung aufzeigen. Solche Fälle sind allerdings nicht bekannt.

2015

Demokratie ist wichtig. Punkt!

Das Projekt ‚Demokratie ist wichtig. Punkt!‘ hat *Gegen Vergessen – Für Demokratie* in Kooperation mit anderen Bildungsträgern und mit Förderung durch das Bundesprogramm ‚Demokratie leben‘¹⁵¹ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Presse und Informationsamt der Bundesregierung ins Leben gerufen.

Ziele sind die Stärkung demokratischer Kultur und die Prävention von menschen- und demokratiefeindlichen Einstellungen. Hierzu stellt der Verein an der Praxis orientierte und alltagsnahe Programme und Veranstaltungen zur Verfügung. Diese können von Interessenten kostenfrei gebucht werden. Das Projekt kann hierbei auf einen Referentenpool zurückgreifen und

¹⁵⁰ Jahresberichte 2013 und 2014. https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2013.pdf und https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2014.pdf (letzter Zugriff jeweils 2.9.2021)

¹⁵¹ Durch das Bundesprogramm werden zivilgesellschaftliche Engagements für Demokratie und gegen jede Form von Extremismus unterstützt. Gefördert werden hierzu Projekte in ganz Deutschland, die sich für ein vielfältiges, respektvolles und gewaltfreies Miteinander einsetzen, www.demokratie-leben.de/bundesprogram/ueber-demokratie-leben.html, Zugriff vom 21.8.2020.

unterstützt bei der Konzeption und der Durchführung von Veranstaltungen. Die Schwerpunkte sind gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diktatur und Demokratie und Muskeln für die Demokratie und Gesellschaft in Vielfalt zu zeigen. Die Umsetzung des Projekts, das sich einer großen Nachfrage erfreut, erfolgt in enger Abstimmung mit den Regionalen Arbeitsgruppen.¹⁵²

2018

Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung

In 2018 jährt sich ein besonderes Ereignis zum 100. Mal. Mit Beendigung des Ersten Weltkriegs wird in Deutschland mit der Weimarer Republik die erste parlamentarische Demokratie etabliert. Dieses Jubiläum eignet sich in besonderer Weise, die Geschichte und die Entwicklung der Demokratie in Deutschland stärker in das öffentliche Bewusstsein zu heben.



Logo von Demokratiegeschichten. © *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.*¹⁵³

Gleichzeitig kann verdeutlicht werden, welche Handlungsspielräume, auch regional begrenzte, Einzelakteure, Institutionen und Parteien, hierbei haben, aber auch, welche Verantwortung sie tragen. Die historische Beschäftigung mit der Entwicklung der Demokratie, auf der zentralen wie auch regionaler Ebene, kann die zentralen Themenstellungen des Vereins befruchtend ergänzen. Die Grundidee, aus der Kenntnis der Geschichte Impulse für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft zu gewinnen, kann dadurch vertieft und erweitert werden. Hierbei geht der Verein drei Wege: Zum einen mit der Broschüre „Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung“, die er gemeinsam mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand herausgegeben hat. Zum anderen mit dem Blog www.demokratiegeschichten.de, der auf kurzweilige Art das Thema Demokratiegeschichte in Texten, Fotos und Videos vermittelt. Zum Dritten durch Workshops und Seminare zum Thema Demokratiegeschichte, mit dem insbesondere auch die Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm ‚Demokratie leben‘ angesprochen werden sollen. Gefördert wird dieses Projekt durch das Bundesprogramm

¹⁵² Jahresbericht 2015: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2015.pdf (letzter Zugriff: 2.9.2021)

¹⁵³ <https://www.demokratiegeschichten.de/> (letzter Zugriff: 2.9.2021)

„Demokratie leben“. Zielgruppen für dieses Projekt sind insbesondere auch die Regionalen Arbeitsgruppen.¹⁵⁴

2019

Das ARGUTRAINING - #WieDer_SPRECHEN FÜR DEMOKRATIE



Logo des Trainingskonzepts. © *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.*¹⁵⁵

Herabsetzende und ausgrenzende Äußerungen wie „Die sind alle ...!“, „Typisch die ...!“ oder „Solche können nix ...!“ begegnen uns im Bus, in der Schule und auf Familienfesten. Der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* bietet, gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung, schon seit einigen Jahren ein Trainingskonzept an, das die Sprachlosigkeit, die die meisten von uns angesichts solcher pauschalen Verunglimpfungen befällt, zu überwinden hilft und zeigt, wie man sich in solchen Situationen verhalten kann. Die Teilnehmer*innen lernen in den Trainings, welche Mechanismen bei Vorurteilen wirken, sie üben Grenzen aufzuzeigen, zu widersprechen, mit dem Gegenüber in ein argumentatives Gespräch zu kommen und so die Kommunikationskultur zu fördern. Das bisher schon erfolgreiche Trainingskonzept liegt nun in einer, auf inklusiveres Lernen weiterentwickelten Form, vor, in die auch die bisher gesammelten Erfahrungen eingeflossen sind. Inhaltliche Vereinfachung, neue Materialien und insbesondere die noch stärkere Einbeziehung der Peer Education stehen jetzt im Focus von #WieDer_SPRECHEN FÜR DEMOKRATIE. Durch Peer Education, bei der Jugendliche andere Jugendliche trainieren, ergeben sich für die jugendlichen Teilnehmer*innen eigene Zugänge zu den Themen Vorurteile und Ausgrenzung. In den Trainings werden Jugendliche ab 15 Jahren in zwei bis drei Tagen zu Peer-Coaches ausgebildet, um danach selbst Ausbildungen durchzuführen. Wertschätzung und Empathie sind neben der Förderung eines demokratischen Miteinanders gewünschte Resultate des Trainings. Das ARGUTRAINING - #WieDer_SPRECHEN FÜR DEMOKRATIE wird von vielen Regionalen Arbeitsgruppen sehr erfolgreich vor Ort eingesetzt.¹⁵⁶

¹⁵⁴ Jahresbericht 2018: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2018.pdf

¹⁵⁵ <https://www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote/argutrainig/> (Zugriff: 2.9.2021)

¹⁵⁶ Jahresbericht 2019, www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2019.pdf, Zugriff vom 12.8.2020.

2020

Auf Bundesebene sind die Aktivitäten von Gegen Vergessen – Für Demokratie durch die Corona-Pandemie in diesem Jahr erheblich eingeschränkt.

Die unvermindert große Nachfrage aus den Regionalen Arbeitsgruppen nach den Workshop-Angeboten des Bundesvereins, u.a. zum ARGUTRAINING - #WieDer SPRECHEN FÜR DEMOKRATIE, kann der Verein nach leichten Anlaufschwierigkeiten durch online-Angebote erfolgreich befriedigen. Auch online-Autorenlesungen werden vom Bundesverband erfolgreich durchgeführt, wie die, u.a. von der Arbeitsgruppe Münsterland genutzte, Lesung mit Christoph Heubner aus seinem Erzählband ‚Ich sehe Hunde, die an der Leine reißen‘ zeigt. Ein weiteres wichtiges Thema in diesem Jahr, das Jubiläum 30 Jahre Wiedervereinigung, bringt der Bundesverein in den Fokus seiner Aktivitäten. Im Rahmen seiner Initiative ‚Demokratiegeschichten‘ gibt er Ideen und Tipps für die Organisation von deutsch-deutschen Begegnungen.¹⁵⁷ Außerdem verteilt er zum Jahrestag eine Postkarte mit einer Karikatur von Thomas Plaßmann, auf der ein Vater seinen Kindern zeigt, wo auf einem freien Feld früher die Mauer war. Der Schatten, den die Tochter wirft, fällt so, als ob die Mauer dort noch immer stünde. Diese Postkarte soll für den Betrachter einen Nachdenkmoment darüber ermöglichen, wie groß die Unterschiede zwischen Ost und West heute noch wirklich sind und ob die viel zitierte ‚Mauer in den Köpfen‘ die jüngere Generation auch heute noch prägt.¹⁵⁸



¹⁵⁷ www.demokratiegeschichten.de/deutsch-deutsche-begegnungen-ideen-und-tipps-fuer-die-organisatin/ und www.da-stand-die-mauer.de, Zugriff vom 5.10.2020.

¹⁵⁸ Czeremin, Liane, Wie einig ist sich die junge Generation?, Zeitschrift Gegen Vergessen – Für Demokratie, Nr. 105 / 2020. Zur Abbildung: Karikatur: Thomas Plaßmann „Und da stand die Mauer“, Titelseite der Zeitschrift Gegen Vergessen – Für Demokratie, Nr. 105 / 2020.

2021

Auch im Jahr 2021 beeinflussen die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie die Aktivitäten des Bundesvereins erheblich.

In einem bemerkenswerten Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung unter dem Titel „Corona-Diktatur? - DDR-Vergleiche und die Instrumentalisierung von NS-Verbrechen pervertieren Schutzmaßnahmen. Dem müssen Demokraten Einhalt gebieten“ haben die stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins Iris Gleicke, Christine Lieberknecht und Linda Teuteberg Stellung bezogen gegen den Begriff ‚Corona-Diktatur‘ und gegen die, die diesen Begriff im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen der Regierung propagieren. *„Hier geht es um die Grundfesten unserer Demokratie. Wer den Begriff der ‚Corona-Diktatur‘ nutzt, der will nicht weniger als unseren freiheitlich demokratischen Rechtsstaat in Zweifel ziehen“*, verwahren sich die drei Frauen gegen antidemokratische Kampfbegriffe derjenigen, die die Corona-Maßnahmen der Regierung mit DDR- und NS-Verbrechen auf eine Stufe stellen. *„Wer die Demokratie bewahren will, muss sie Tag für Tag verteidigen und erneuern.“*, rufen sie zu mehr zivilgesellschaftlichem Engagement aller Demokraten in diesen schwierigen Pandemie-Zeiten auf. Ein starkes Statement des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie*.¹⁵⁹

3.6.3 Fazit

Bei der Vielzahl der beschriebenen Aktivitäten des Bundesvereins und unter Berücksichtigung der Ziele, die sich der Verein für seine Arbeit gesetzt hat, kann eine Frage nicht ausbleiben: Welchen Einfluss hatte und hat der Verein auf die demokratische Entwicklung in Deutschland durch seine Aktivitäten genommen? Hier gibt es zwar keinen Gradmesser, der diesen Einfluss verlässlich bestimmen kann, aber die Vielzahl von demokratiestärkenden und –erhaltenden Aktionen, Veranstaltungen und Projekten, die der Verein selbst oder die in seinem Namen von den Regionalgruppen durchgeführt werden, lässt die begründete Vermutung zu, dass ein solcher positiver Einfluss besteht. Denn bei jährlich mehr als 500 solcher Veranstaltungen, bei denen tausende, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, angesprochen werden, sollte ein solcher Effekt nicht ausbleiben. Ein Beleg hierfür sind auf Bundesebene nicht nur die Gesetzesinitiativen und Gesetzesänderungen, die durch Aktivitäten des Bundesvereins ausgelöst werden, sondern auch die vielen oben beschriebenen positiven Reaktionen aus Politik und der Öffentlichkeit hierauf. Und nicht von ungefähr trauen öffentliche und staatliche Institutionen der Arbeit des Vereins eine solche Einflussnahme zu, was die vielfältigen Unterstützungen für die Arbeit beweisen.

¹⁵⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Corona-Diktatur? - DDR-Vergleiche und die Instrumentalisierung von NS-Verbrechen pervertieren Schutzmaßnahmen, 11.3.2021.

3.7 Preise

Der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* zeichnet jährlich mit zwei Preisen Einzelpersonen oder Organisationen aus, die sich in vorbildlicher Weise im Sinne der Ziele der Vereinigung engagieren. Die Auswahl der Preisträger und die Auszeichnungen erfolgen in Zusammenarbeit mit der *Frauke-Weber- und Rainer Braam-Stiftung* und der *Waltraud-Netzer-Stiftung*, die auch die Zahlung der Preisgelder übernehmen.

Neben den Preisen, die der Bundesverein vergibt, haben auch einzelne Regionale Arbeitsgruppen Wege gefunden, beispielhaftes Engagement regional zu würdigen. So ist zum Beispiel die Münchener Arbeitsgruppe in der Jury des ‚Münchner Bürgerpreis für Demokratie – gegen Vergessen‘ vertreten. Die Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg vergibt mit Unterstützung der *Berthold-Leibinger-Stiftung* 2019 erstmals den ‚Rahel-Straus-Preis‘ und die Schleswig-Holsteinische Landesarbeitsgemeinschaft vergibt im Herbst 2019 erstmals einen ‚Jugendpreis gegen Vergessen und für Demokratie‘.¹⁶⁰

Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“

Mit dem Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ würdigt der Verein seit 2005 jährlich Engagements, die in geeigneten Formen eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und/oder dem Rechtsextremismus entwickeln und die die Werte der Demokratie deutlich werden lassen. Hierbei wird sowohl auf Eigeninitiative, zivilgesellschaftlichen Einsatz und Impulse für weiterwirkende Engagements besonderes Augenmerk gelegt als auch auf die internationale Bedeutung der jeweiligen Projekte. Der Stifter des Preises, der mit 7.500 € dotiert ist, ist die *Frauke-Weber- und Rainer Braam-Stiftung*.¹⁶¹ Vorschläge für den Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ können von allen Mitgliedern des Vereins eingereicht werden. Eine Jury, bestehend aus dem Stifter, dem Vorsitzenden des Vereins und seinen Stellvertretenden, entscheidet über die Vergabe. Der Preis in einer öffentlichen Veranstaltung im Rahmen der jährlichen Mitgliederversammlung im November überreicht.

¹⁶⁰ Jahresbericht 2019: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2019.pdf (letzter Zugriff: 2.9.2021)

¹⁶¹ Die gemeinnützige *Frauke-Weber- und Rainer-Braam-Stiftung* wurde 2005 gegründet. Die Namensgeber waren gemeinsame Gründer und Geschäftsführer der *B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH /Essen*), www.frauke-weber-und-rainer-braam-stiftung.de/starindex/php, Zugriff vom 1.6.2020.

Der erste Preisträger ist im Jahr 2005 Johannes Rau.¹⁶² Ihm folgen Preisträger wie Rainer Eppelmann¹⁶³ (2009), 11 FREUNDE – Magazin für Fußballkultur (2013)¹⁶⁴ und Hans Otto Bräutigam (2019).¹⁶⁵ Unter www.gegen-vergessen.de/verein/preise/preis-gegen-vergessen-fuer-demokratie/ sind alle weiteren Preisträger von 2005 – 2019 aufgeführt.

„Waltraud-Netzer-Jugendpreis“

Der „Waltraud-Netzer-Jugendpreis“ wird vom Verein mit der gleichen Intention verliehen wie der obige Preis, nur sind hier die Zielgruppe Jugendliche oder Projekte, die sich ausdrücklich an Jugendliche richten. Der Preis, der seit 2010 verliehen wird, ist mit 1.500 € dotiert und wird gestiftet von der *Waltraud-Netzer-Stiftung* der Gesundheitsbetriebe Dr. Nikolaus Netzer Verwaltungs GmbH.¹⁶⁶ Vorschläge für Preisträger reichen ebenfalls die Mitglieder ein. Die Entscheidung über den Preisträger erfolgt durch den geschäftsführenden Vorstand des Vereins. Die Preisübergabe erfolgt in einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Übergabe des Preises „Gegen Vergessen – Für Demokratie“. Die ‚Junge AG der Dokumentationsstelle der Pulverfabrik Liebenau‘¹⁶⁷ ist 2010 der erste Preisträger. Weitere sind das ‚Internationales Jugendworkcamp der Evangelischen Jugend Bünde-Ost (2014)‘¹⁶⁸ und ‚Schülerinnen und Schüler der Christiane-Herzog-Realschule Nagold‘ (2019).¹⁶⁹ Eine Auflistung aller Preisträger zwischen 2010 und 2019 befindet sich unter www.gegen-vergessen.de/verein/preise/waltraud-netzer-jugendpreis/.

¹⁶² 1931 – 2996, von 1978 – 1998 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und zwischen 1999 und 2014 achter Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

¹⁶³ * 1943, evangelischer Pfarrer und oppositioneller Bürgerrechtler in der DDR.

¹⁶⁴ Das im Jahr 2000 gegründete Fußballmagazin, in dem auch über rassistische und rechtsextreme Tendenzen im Fanbereich berichtet wird.

¹⁶⁵ Hans-Otto Bräutigam *1931, Jurist und deutscher Diplomat, u.a. zwischen 1982 und 1989 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR.

¹⁶⁶ In Erinnerung an Waltraud Netzer, die während der NS-Zeit gemeinsam mit Kommilitonen Verfolgten Unterschlupf gewährte und sich in der Nachkriegszeit in der SPD engagierte, davon 20 Jahre lang als Bezirksrätin in München-Schwabing.

¹⁶⁷ In Würdigung ihres engagierten Einsatzes für eine kreative Fortsetzung des Gedenkens an nationalsozialistische Verbrechen im lokalen Raum.
In der Fabrikanlage wurden ab 1941, nachdreijähriger Bauzeit durch Häftlinge des Arbeitserziehungslagers Liebenau, im Auftrag des Oberkommandos des Heeres, verschiedene Pulvergrundstoffe, Pulver und Raketentreibsätze hergestellt, www.martinguse.de/pulverfabrik/, Zugriff vom 1.6.2020.

¹⁶⁸ In dem Projekt helfen deutsche Jugendliche alten Menschen auf dem Land in Weißrussland.

¹⁶⁹ Ausgezeichnet für die Entwicklung von Stadtführungskonzepten zur NS-Geschichte in der einstigen NS-Hochburg Nagold.

„Marion-Samuel-Preis“

Nicht vom Verein selbst, sondern unter dessen Regie und Schirmherrschaft, wird seit 1999 jährlich der von den Eheleuten Ingrid und Walther Seinsch¹⁷⁰ gegründeten *Stiftung Erinnerung Lindau* ausgelobte und mit 15.000 € dotierte „Marion-Samuel-Preis“ verliehen.¹⁷¹ Er geht an Personen und Institutionen, die sich „auf besonders wirkungsvolle Weise gegen das Vergessen, Verdrängen und Relativieren der von Deutschen in der NS-Zeit begangenen Verbrechen wenden und/oder die wissenschaftliche Aufarbeitung dieser Zeit voranbringen“.¹⁷²

Der erste Preisträger ist 1999 der amerikanische Historiker und Holocaustforscher Raul Hilberg.¹⁷³ Weitere Preisträger sind in den folgenden Jahren u.a. Aktion Sühnezeichen (2001), Michael Verhoeven (2005) und der Carl Hanser Verlag (2011).¹⁷⁴

4. Die Regionale Arbeitsgruppe Münsterland in Münster

Im Jahr 1999, in dem die Regionale Arbeitsgruppe Westfalen des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* in Münster gegründet wird, gibt es bereits in mehreren Städten und Regionen in Deutschland solche Gruppen. Die erste, anfangs heißen sie noch ‚regionale Förderkreise‘, wird 1994 in Würzburg gegründet. Es folgen weitere Gründungen in Berlin-Brandenburg, München und Stuttgart.

4.1 Gründung der Arbeitsgruppe

Zum Zeitpunkt ihrer Gründung heißt die Regionale Arbeitsgruppe noch Regionalgruppe Westfalen, ist also nicht nur für das Münsterland zuständig, sondern für ganz Westfalen. Erst im Jahr 2003 wird dieses abzudeckende Gebiet mit der Gründung der Regionalen Arbeitsgruppe Ostwestfalen in Bielefeld kleiner und die heutige Arbeitsgruppe Münsterland entsteht. Später folgen weitere Gründungen von Arbeitsgruppen in Dortmund (Östliches Ruhrgebiet) und in Bochum (Mittleres Ruhrgebiet).

¹⁷⁰ Walther Seinsch ist ein deutscher Unternehmer und Fußballfunktionär. Er war Vorstandsvorsitzender des Fußballclubs FC Augsburg und ist seit 2016 Vorstandsmitglied des SC Preußen Münster.

¹⁷¹ In Erinnerung an Marion Samuel, geboren am 27.7.1931, am 3.3.1943 nach Auschwitz deportiert und seitdem verschollen, und an alle Menschen, die ihr Schicksal während der Zeit des Nationalsozialismus teilten.

¹⁷² Siehe hierzu auch: www.kulturpreis.de, Marion-Samuel-Preis, Zugriff vom 6.7.2020.

¹⁷³ Raul Hilberg ist österreichischer Herkunft und jüdischen Glaubens. Seine mehrfach aktualisierte Dissertation „The Destruction of the European Jews“ gilt als das Standardwerk zur Geschichte des Holocaust.

¹⁷⁴ Alle Preisträger unter www.wikipedia.org/wiki/Marion-Samuel-Preis, Zugriff vom 6.7.2020.

Von Beginn an ist für Gisela Schwarze, die Hauptinitiatorin der Regionalen Arbeitsgruppe Westfalen, klar, dass das Gebiet Westfalen für eine Regionale Arbeitsgruppe zu groß ist. Deshalb ist es ihr Ziel, in Westfalen weitere Arbeitsgruppen zu initiieren, was ihr letztlich auch in Bielefeld und Dortmund gelingt.¹⁷⁵

Die offizielle Gründung der Arbeitsgruppe findet mit einem Festakt am 17. Mai 1999 im historischen Rathaus in Münster unter der Schirmherrschaft des damaligen Regierungspräsidenten Dr. Jörg Twenhöven statt. Prof. Dr. Rita Süßmuth hält den Festvortrag mit dem Titel *„Erinnern und Handeln – Eine demokratische Verpflichtung“*. Die seinerzeit amtierende Oberbürgermeisterin von Münster, Marion Tüns, spricht ein Grußwort für die Stadt Münster und Dr. Gisela Schwarze referiert zum Thema *„Beispiele des Vergessens, Verdrängens und Vertuschens in Westfalen“*. Im Anschluss an die Reden wird Gisela Schwarze zur Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe gewählt. Es folgen der Austausch von Informationen und Absprachen zur Arbeitsweise dieses freien Zusammenschlusses auf regionaler Ebene unter dem Dach des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie*.¹⁷⁶ Insbesondere wird ein Termin für ein erstes Treffen eines offenen Arbeitskreises abgestimmt. Dieses findet dann im August im Kloster Bentlage in Rheine statt. Ein zweites Treffen folgt im November im Franz-Hitze-Haus in Münster.

Über den beeindruckenden Festvortrag von Rita Süßmuth, in dem sie eine Verbindung zwischen Münsters Vergangenheit und den Zielen des Vereins zieht, schreiben die Westfälischen Nachrichten:

„Rita Süßmuth, Vorsitzende des Bundesbeirats des Vereins, gab in ihrem Vortrag zu bedenken, dass die Westfalenmetropole eben nicht nur das Münster Kardinal von Galens gewesen sei, sondern dass vom Polizeiapparat in der Villa ten Hompel auch Verbrechen geplant, organisiert und vielerorts ausgeführt worden seien. Durch die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit müssten vor allem für die Jugend die ‚Verführbarkeit‘ verdeutlicht werden. Der Widerstand gegen Ideologisierung und Fanatisierung solle nicht aufhören. Die Erziehung zur Demokratie, so das Anliegen der früheren Bundestagspräsidentin, dürfe nicht vernachlässigt werden. Denn: ‚Wissen ist eine wichtige Voraussetzung für Gewissen‘.“¹⁷⁷

Bei diesen Überlegungen von Rita Süßmuth, die zwar absolut richtig sind und in ihrer Folgerung mit den Zielen des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* übereinstimmen, sollte man aber einen Aspekt nicht außer Acht lassen, der für Münster auch prägend war und noch

¹⁷⁵ Stadtarchiv Münster, nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97.

¹⁷⁶ Stadtarchiv Münster, nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97.

¹⁷⁷ Aus einem Schreiben von Gisela Schwarze an den Geschäftsführer des Bundesvereins vom 30.5.1999, Stadtarchiv Münster, nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97.

bis heute ist: In Münster wird die Problematik zweier deutscher Staaten bereits sehr früh thematisiert und ins Bewusstsein der Münsteraner Bevölkerung gerückt. Schon im Dezember 1960, fast ein Jahr vor dem Bau der Berliner Mauer, wird im Herzen von Münster auf einer Grünfläche nahe des Servatiiplatzes/Salzstraße ein Mahnmal ‚Unteilbares Deutschland‘ eingeweiht. Durch dieses Mahnmal bekundet Münster seine Ablehnung der deutschen Teilung als Folge des Zweiten Weltkriegs und der SED-Diktatur, ganz im Sinne des erst mehr als 30 Jahre später gegründeten Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie*. Im Jahr 1991 wird ein Zusatzschild mit der Inschrift ‚1945 – 1990‘ angebracht. Als ob die Initiatoren des Mahnmals, das örtliche ‚Kuratorium Unteilbares Deutschland‘, schon damals einen solchen Verein und seine Regionale Arbeitsgruppe Münsterland vorhergesehen hätten.¹⁷⁸



Mahnmal Unteilbares Deutschland.

© Margarete Schäfers

Ein weiterer Aspekt, der auch für Münster in diesem Kontext typisch ist, ist das Ergebnis der Bundestagswahl im Jahr 2017. Bei dieser Wahl scheiterte die AfD in Münster, als einziger Großstadt in Deutschland, mit nur 4,5 Prozent der Wählerstimmen an der Fünf-Prozent-Hürde. Bei zwei Neujahrsempfängen, die die Bundes-AfD in den Folgejahren im historischen Rathaus in Münster durchführt, protestieren zuletzt am 7. Februar 2020 ca. 7.000 Demonstranten rund um die Initiative „Keinen Meter den Nazis“¹⁷⁹ friedlich gegen diese Veranstaltungen. Ein Beweis dafür, dass viele Münsteraner*innen bereit sind ein Zeichen gegen rechte Gewalt, Hass und Hetze und für die Demokratie zu setzen.¹⁸⁰

¹⁷⁸ Das Stadtarchiv erinnert, Mahnmal „Unteilbares Deutschland“.

¹⁷⁹ Das Bündnis „Keinen Meter den Nazis“ aus Münster ist ein Zusammenschluss von gewerkschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und religiösen Gruppen, antifaschistischen Initiativen und politischen Parteien. Es wurde anlässlich eines Naziaufmarsches in Münster am 3.3.2012 gegründet und besteht bis heute.

¹⁸⁰ Westfälische Nachrichten, Wieder ein Zeichen gegen die AfD gesetzt, 8.2.2020.

4.1.1 Frau Dr. Gisela Schwarze

Wesentlichen Anteil daran, dass die Regionale Arbeitsgruppe Westfalen 1999 überhaupt gegründet wird, hat sicherlich Dr. Gisela Schwarze. In seinem Nachruf würdigt die Regionale Arbeitsgruppe Münsterland durch ihren damaligen Sprecher Horst Wiechers und den stellvertretenden Sprecher Stefan Querl diese Leistung von Dr. Gisela Schwarze mit den Worten:

„Sie war die Mitbegründerin der Regionalen Arbeitsgruppe Westfalen des Vereins und hat wesentlich zu deren konzeptioneller und inhaltlicher Ausprägung beigetragen. Durch persönliches Engagement hat sie vorwiegend sehr viele Persönlichkeiten des öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Lebens zur Mitarbeit und Mitgliedschaft gewonnen und diese zu Aktivitäten motiviert.“¹⁸¹



v.l. Prof. Dr. Alfons Kenkmann (Bundesvorstand), Horst Wiechers (Arbeitsgruppe), Dr. Gisela Schwarze am 30.11.2007 anlässlich der Verabschiedung von Gisela Schwarze in der Villa ten Hompel
© Stefan Querl, Villa ten Hompel

Die am 27. März 1932 in Münster geborene und am 23. März 2015 ebenfalls in Münster verstorbene Gisela Schwarze wird vielen Münsteranern als „*streitbare Kämpferin für Recht, Gerechtigkeit und Menschenrechte*“, wie es ihre Familie in ihrer Todesanzeige in den Westfälischen Nachrichten ausdrückt, in Erinnerung bleiben. Zum einen wegen ihres vehementen Eintretens für den Bau einer Musikhalle in Münster, das sie, nach dem ablehnenden Bürgerentscheid und den damit ihrer Meinung nach verbundenen unhaltbaren politischen Vorgängen rund um diese Entscheidung, sogar dazu veranlasst, die ihr am 16. November 2000 verliehene Paulus-Plakette, immerhin die zweihöchste Auszeichnung, die die Stadt Münster zu vergeben hat, aus Protest 2008 zurück gibt. Zum anderen aber besonders auch wegen ihrer historischen Forschungen und Veröffentlichungen zur NS-Zeit, zur Nachkriegsgeschichte in Münster und

¹⁸¹ Westfälische Nachrichten, Nachruf der RAG Münsterland auf Dr. Gisela Schwarze, 1.4.2015.

zur westfälischen Landeskunde. Hierbei verfolgt sie das Ziel, die Erinnerung an vergangenes Unrecht im Bewusstsein der Menschen zu bewahren, vor dem Vergessen zu schützen und für die Zukunft daraus zu lernen. Ein besonderes Anliegen ist der promovierten Pädagogin mit langjähriger Tätigkeit als Geschichtslehrerin am Kant-Gymnasium in Hilstrup, das Schicksal der Zwangsarbeiter und der von den Zwangsarbeiterinnen im Krieg geborenen Kinder in Münster historisch detailliert aufzuarbeiten. Über ihre Forschungsergebnisse veröffentlicht sie mehrere Bücher, u.a. ‚Kinder, die nicht zählen‘ oder ‚Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg‘.¹⁸²

Gisela Schwarze tritt dem Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* im Januar 1999 als Mitglied bei. Mit Gründung der Regionalen Arbeitsgruppe Westfalen im Mai 1999 übernimmt sie auch die Funktion als deren Sprecherin. Eigentlich ist es ihre Absicht, wie sie betont, dieses Amt nur in der Aufbauphase der Regionalgruppe auszuüben und es dann an eine Jüngere oder einen Jüngeren zu übergeben. Letztlich werden es über sieben Jahre.

75jährig, erfolgreich im Aufbau der Regionalen Arbeitsgruppe Westfalen/Münsterland, aber gesundheitlich angeschlagen, vielleicht auch etwas genervt von Querelen mit der ihrer Meinung nach bürokratischen Geschäftsstelle des Bundesvereins und gewillt, mehr Zeit für ihre historischen Forschungen zu haben, tritt sie im September 2007 als Sprecherin zurück. Sie behält aber engen Kontakt zur Arbeitsgruppe und ist dort weiterhin aktiv, insbesondere mit ihren Vorträgen.¹⁸³

4.1.2 Anlass zur Gründung

Schon seit etwa Anfang der 1990er Jahre beschäftigt sich Gisela Schwarze intensiv mit dem Schicksal russischer und ukrainischer Zwangsarbeiter*innen während der NS-Zeit in Münster und dem Münsterland. Nachdem das Bundesverfassungsgericht 1996 in einem Grundsatzurteil festgestellt hat, dass mit der Wiedervereinigung Deutschlands ein Friedensvertrag mit den vier Alliierten des Zweiten Weltkriegs zustande gekommen ist, ist damit auch die Begründung Deutschlands für bisher nicht geleistete Entschädigungszahlungen für ehemalige Zwangsarbeiter hinfällig.¹⁸⁴

Da sich der Bundesverein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* nach diesem Urteil aktiv an der in der Folgezeit kontrovers geführten Diskussion über die Art und Weise einer Entschädigung dieser Zwangsarbeiter beteiligt, ist dies der Zeitpunkt für Gisela Schwarze, ihre bisher geleis-

¹⁸² Westfälische Nachrichten, Trauer um Gisela Schwarze – Engagierte Historikerin ist tot, 29.3.2015.

¹⁸³ Gespräch mit Stefan Querl und Horst Wiechers am 30.11.2020.

¹⁸⁴ Siehe hierzu auch: Diekmann, Nicole, Der steinige Weg bis zur letzten Tranche, 1.10.2006. www.tageschau.de/inland/meldung23582, Zugriff vom 1.7.2020.

tete historische Recherchearbeit als Beitrag in die Diskussion des Bundesvereins einzubringen. Und wie hätte dies besser gelingen können, als durch die Gründung einer Regionalen Arbeitsgruppe dieses Vereins.

Im Nachlass von Frau Dr. Schwarze befindet sich ein von ihr verfasstes Memo, das weiteren Aufschluss über ihre Beweggründe für die Gründung der Regionalen Arbeitsgruppe in Münster geben kann. Sie schreibt, dass der damalige amerikanische Präsident Bill Clinton anlässlich eines Besuchs in Deutschland mit Kosovo-Flüchtlingen gesprochen und dabei von der Tötung kosovarischer Säuglinge in serbischen Krankenhäusern erfahren hat. Für Gisela Schwarze:

„... tauchte sie wieder auf, jene Barbarei, die bestimmend gewesen war für das zwölfjährige Großdeutsche Reich. Ich dachte an die vielen tausend sowjetrussischen Säuglinge, die man als ‚schlechtrassisch‘ apostrophierte und verhungern ließ.“

Frau Schwarze führt weitere Gräueltaten des NS-Regimes an Säuglingen auf, insbesondere an Säuglingen von Zwangsarbeiterinnen. Sie erinnert an das größte Entbindungs- und Abtreibungslager im Reich, in Waltrop bei Recklinghausen, wo tausende russische und polnische Frauen zwangsabtreiben mussten und natürlich an die hunderttausenden Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in Westfalen *„Kein Vorgang während des 2. Weltkriegs ist derart verdrängt worden wie die Versklavung von insgesamt 10 Millionen Europäern auf deutschem Reichsgebiet“*, und prangert den nachlässigen Umgang der deutschen Politik und der beteiligten Unternehmen hinsichtlich der Entschädigung von Zwangsarbeitern an. Resümierend stellt sie mit Blick auf den Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* fest:

„Wer vergisst oder verdrängt, zu was Menschen imstande sind – ob Nazis, Serben, Algerier, Katholiken oder Protestanten in Irland – wird unvorsichtig, auch unsensibel gegenüber Gefahren, die nach wie vor in Europa drohen. Was ich kenne, dem kann ich besser begegnen, um Barbarei rechtzeitig zu verhindern.“¹⁸⁵

Ein weiteres Indiz, dass die Motivation von Gisela Schwarze für die Gründung einer Regionalen Arbeitsgruppe Westfalen erklärt, geht aus einem Schreiben hervor, das Gisela Schwarze am 9. Oktober 1999 an Klaus Reiff, den damaligen Geschäftsführer des Bundesvereins, schickt.

„Für Münster hätte ich keine Gruppe zu gründen brauchen. Wir haben hier u.a. die zweitgrößte Christlich-Jüdische Gesellschaft und die drittgrößte Universität Deutschlands mit einer Vielzahl von Veranstaltungen zum Thema. Nur im Lande, d.h. in den kleinen Orten Westfalens hapert es.“¹⁸⁶

¹⁸⁵ Stadtarchiv Münster, nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97.

¹⁸⁶ Stadtarchiv Münster, nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97.

4.1.3 Gründungsmitglieder

Ebenso wie die Gründer des Bundesvereins erkennt auch die Initiatorin der neuen Arbeitsgruppe die Notwendigkeit, von Anfang an kommunale und regionale Persönlichkeiten und Institutionen ‚mit ins Boot‘ zu holen und somit der Arbeitsgruppe zum einen Einflussmöglichkeiten zu sichern, zum anderen aber auch, um über kundige Helfer Netzwerke zu schaffen, die die Arbeit der Gruppe effektiver machen. Dazu schreibt Gisela Schwarze in ihrem Bericht anlässlich der Mitgliederversammlung 2000 in Berlin:

„Es bestehen bereits zahlreiche Institutionen und Vereinigungen [in Münster], die sich seit Jahren mit der von uns bevorzugten Thematik befassen. Ihr Problem ist aber oftmals die Vereinzelung oder auch Isolierung. Deshalb sah ich beim Aufbau der Regionalgruppe eine Chance in der Vernetzung vorhandener Strukturen, um dadurch in der Sache eine Stärkung zu erreichen. Dabei löst die Beteiligung des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie – wie die Erfahrung zeigt – von örtlichen Ängstlichkeiten und Vorbehalten.“

Ähnlich dem Beirat des Bundesvereins denkt Gisela Schwarze an Historiker*innen und Vertreter*innen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen. Neben Dr. Jörg Twenhöven, der als Schirmherr der Arbeitsgruppe geborenes Mitglied ist, gehören hierzu Prof. Dr. Franz-Josef Jakobi, Leiter des Stadtarchivs Münster, Dr. Thomas Sternberg, Direktor der katholischen Akademie Franz-Hitze-Haus (seit November 2015 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken), Frau Dr. Raghilt Berve, ehemalige Regierungspräsidentin von Arnsberg, Dr. Alfons Kenkmann, Leiter des Geschichtsortes Villa ten Hompel, Martin Rehkopp, Kulturforum Rheine/Kloster Bentlage, Dr. Gisela Schwarze, Sprecherin der Arbeitsgruppe, Horst Wiechers, Pädagoge und Fachreferent für Geschichte beim Regierungspräsidenten Münster und Dr. Hans W. Gummersbach, Leiter der Volkshochschule Münster.¹⁸⁷

Im Jahr 1999 gehören zum Gebiet der Regionalen Arbeitsgruppe Westfalen 87 Mitglieder (Mitglieder des Bundesvereins, die nicht zwingend auch aktive Mitglieder der Arbeitsgruppe sein müssen). Schon ein Jahr später ist die Mitgliederzahl auf 129 angewachsen.¹⁸⁸ An der Gründungsveranstaltung nehmen ca. 70 geladene Personen teil, darunter viele Mitglieder und Freund*innen des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, aber auch Vertreter*innen von Weiterbildungseinrichtungen, des Geschichtsortes Villa ten Hompel, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, des Evangelischen Forums Münster und anderer Institutionen aus Münster und dem Münsterland, die ihre Bereitschaft erklären, ihre jeweiligen Aktivitäten mit denen der Arbeitsgruppe zu vernetzen.

¹⁸⁷ Aus einem Schreiben von Gisela Schwarze an Klaus Reiff, damaliger Geschäftsführer des Bundesvereins, Stadtarchiv Münster, nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97.

¹⁸⁸ Aus einem Bericht von Gisela Schwarze anlässlich der Bundestagung 2000 in Berlin.

In einem Rundschreiben aus dem Jahr 1999 an die Mitglieder der Arbeitsgruppe stellt Gisela Schwarze fest:

„Bei der Gründung wurde betont, dass es nicht um die Existenz eines weiteren Vereins ginge, man müsse vielmehr bei der Vielzahl von Aktivitäten im Lande zu der vom Verein angestrebten Zielsetzung verstärkt zusammenarbeiten und sich vernetzen. Ob Volkshochschulen, Akademien, Bildungswerke, Archive, Gedenkstätten oder die zahlreichen Vereinigungen zur Aufarbeitung der braunen wie roten Vergangenheit, alle brauchen in der heutigen Zeit Unterstützung in ihrer Arbeit. Und: ‚Einigkeit macht stark‘.“¹⁸⁹

4.2 Organisation der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland

Wie jede Arbeitsgruppe ist auch die Arbeitsgruppe Münsterland Teil des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* und agiert im Rahmen des Bundesvereins. Sie ist also kein eigener Verein, sondern ein Zusammenschluss von Gleichinteressierten und engagierten Mitgliedern des Bundesvereins in einer geographisch definierten Region, wobei die Teilnahme von Akteuren an einzelnen Projekten der Arbeitsgruppe nicht von der Mitgliedschaft im Verein abhängig ist. Alle Mitglieder der Arbeitsgruppe arbeiten ausschließlich ehrenamtlich mit. Die Arbeitsgruppe hat keine eigene Organisationsstruktur, nur eine*n Sprecher*in und vertretende Sprecher*innen. Ebenfalls hat sie keine eigene Geschäftsstelle, sondern nutzt bei Bedarf Räumlichkeiten in der Villa ten Hompel, die diese im Rahmen ihres Auftrags, zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern, zur Verfügung stellt. Geschäftliche Aufgaben in größerem Umfang übernimmt die Geschäftsstelle in Berlin. Die Arbeitsgruppe führt ihre Projekte im Namen des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* durch. Die Abrechnung der jeweiligen Kosten erfolgt über die Geschäftsstelle in Berlin. In den ‚Magdeburger-Regeln‘ zur Mitverwaltung durch die Regionalen Arbeitsgruppen vom 25. Oktober 2001 hat die Mitgliederversammlung des Vereins in Magdeburg beschlossen, dass gemäß den vereins- und steuerrechtlichen Erfordernissen für eingetragene Vereine die Konten der Regionalen Arbeitsgruppen unter dem Vereinsnamen geführt und die jeweiligen Projektkosten abgerechnet werden müssen.

Die erste Sprecherin der Arbeitsgruppe ist Gisela Schwarze. Ihr Nachfolger wird 2007 Horst Wiechers, der dieses Amt 2019 niederlegt. Die heutigen Sprecher*in der Regionalen Arbeitsgruppe sind Ursula Brenken und Stefan Querl. Die Sprecher*in halten für die Arbeitsgruppe den Kontakt zur Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Gemeinsam mit dem früheren Sprecher, Studiendirektor a.D. Horst Wiechers, hat sich die Studienrätin Ursula Brenken seit 2018 auf die Funktion der Sprecherin vorbereitet.

¹⁸⁹ Stadtarchiv Münster, nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97.



v.l. Ursula Brenken, Ernst Klein (Bundesvorstand), Horst Wiechers
© Stefan Querl, Villa ten Hompel

Stefan Querl, stellvertretender Leiter des Geschichtsorts Villa ten Hompel und Sprecher des Arbeitskreises, ist seit 2018 auch Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands von *Ge-gen Vergessen – Für Demokratie*. Die jeweiligen Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen treffen sich jährlich zu einer Sprechertagung und die Arbeitsgruppe hält jährlich auch eine ‚Mitgliederversammlung‘ ab. Zu den Regionalen Arbeitsgruppen Bielefeld und Östliches Ruhrgebiet in Dortmund, deren Gründung u.a. auf Initiative von Gisela Schwarze erfolgt, unterhält die Arbeitsgruppe Münsterland partnerschaftliche Kontakte.

Heute gehören zum Einzugsgebiet der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland ca. 120 Vereinsmitglieder, davon sind etwa die Hälfte Studenten, also im Durchschnitt unter 27 Jahre alt. Die Arbeitsgruppe ist damit vom durchschnittlichen Alter ihrer Mitglieder die jüngste in Deutschland. In einer durch die Universität geprägten Stadt wie Münster ist der große Anteil an Studenten nicht verwunderlich. Die Mehrzahl der Mitglieder des Arbeitskreises hat einen akademischen Hintergrund. Als prominente Mitglieder können für die Arbeit des Vereins und der Arbeitsgruppe Münster die amtierende Präsidentin des Regierungsbezirks Münster, Dorothee Feller, und der Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Matthias Löb, gewonnen werden.¹⁹⁰

Um insbesondere jüngere Interessierte an die Arbeit des Vereins heranzuführen, hat die Regionale Arbeitsgruppe Münsterland, und hier insbesondere Horst Wiechers, seit 2011 eine besondere Vorgehensweise entwickelt. Durch eine Beitragspatenschaft über zwei Jahren, die Zusammenarbeit mit der Villa ten Hompel und ein mehrtägiges Seminar mit Exkursion wird

¹⁹⁰ Aus einem Gespräch mit dem stellvertretenden Sprecher der Arbeitsgruppe, Herrn Horst Wiechers und Herrn Stefan Querl am 11.8.2020 in der Villa ten Hompel.

für Neumitglieder eine Verbindung zum Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* aufgebaut.¹⁹¹ Auf diese Weise konnten seit 2011 bisher rund 70 neue Mitglieder für die Mitarbeit im Arbeitskreis gewonnen werden. Da es sich bei diesen Neumitgliedern in den meisten Fällen um Studenten handelt, ist deren Verweildauer im Verein und im Arbeitskreis unterschiedlich. Viele verlassen nach Beendigung ihres Studiums zwar Münster und den Arbeitskreis, aber ebenso viele bleiben dem Verein treu. In den angebotenen Seminaren, die von Mitarbeitern der Villa ten Hompel und von jungen Mitgliedern des Arbeitskreises, die in der Regel selbst über dieses Programm gewonnen wurden, geleitet werden, erhalten die Neumitglieder bei Exkursionen zu KZ-Gedenkstätten, z.B. Buchenwald, und zur Gedenkstätte für die ehemaligen Häftlinge der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen Informationen über beide Diktaturen auf deutschem Boden. Die Kosten für die Beitragspatenschaften werden in den meisten Fällen von Herrn Horst Wiechers, dem Initiator dieser Initiative, übernommen. Als besonderer Erfolg gilt es hervorzuheben, dass 16 dieser über eine Patenschaft gewonnenen Neumitglieder heute hauptamtlich in Gedenkstätten und ähnlichen Einrichtungen tätig sind. Mittlerweile haben auch andere Regionale Arbeitsgruppen diese Form der Neumitgliederwerbung übernommen.

4.3 Kooperationspartner*innen der Regionalen Arbeitsgruppe Westfalen / Münsterland

Zu den ersten Kooperationspartnern der Arbeitsgruppe Westfalen, die als anfängliche Kernzelle ihrer Arbeit die Stadt Münster sieht, zählen das Kulturforum Rheine im Kloster Bentlage, der Verein Historikerinnen und Historiker vor Ort e.V. im Münsterland (Dr. Norbert Fasse), die katholische Akademie Franz-Hitze-Haus, die Volkshochschule in Münster, die Geschichtswerkstatt „Französische Kapelle“ in Soest, das Stadtarchiv Münster, die Tschernobyl-Hilfe (Pfarrer Lindemann), die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster und die Deutsch-Israelische Gesellschaft Münster.

Im Kloster Bentlage in Rheine trifft sich ein offener Arbeitskreis der Regionalgruppe im August 1999 zu seiner ersten Arbeitstagung, bei der die einzelnen Teilnehmer ihre bisher gesammelten Erfahrungen austauschen und Zielsetzungen für die künftige Arbeit der Arbeitsgruppe besprechen. Im November 1999 trifft sich diese Gruppe wieder, dieses Mal im Franz-Hitze-Haus in Münster, um die Arbeitsziele unter den Aspekten der Zukunftsorientierung und Vermittlung zu konkretisieren. Außerdem wird die Planung von gemeinsamen Veranstaltungen besprochen.¹⁹²

¹⁹¹ Aus einem Gespräch mit dem stellvertretenden Sprecher der Arbeitsgruppe, Herrn Horst Wiechers und Herrn Stefan Querl am 11.8.2020 in der Villa ten Hompel.

¹⁹² Aus einem Schreiben von Gisela Schwarze an Klaus Reiff, damaliger Geschäftsführer des Bundesvereins vom 8.10.1999, Stadtarchiv Münster, nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97.

An der ersten Sitzung des offenen Arbeitskreises im Kloster Bentlage nehmen folgende Personen und Institutionen teil, die als spätere Kooperationspartner an Projekten der Arbeitsgruppe beteiligt werden sollen:

- Horst Busch, Chefdramaturg der Städtischen Bühnen, Münster
- Andreas Determann, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Münster
- Dr. Norbert Fasse, Historikerinnen und Historiker vor Ort, Bocholt/Münster
- Dr. Hans W. Gummersbach, VHS Münster
- Dr. Alfons Kenkmann, Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster
- Prof. Dr. Franz-Josef Jakobi, Stadtarchiv Münster
- Prof. Dr. Horst Lademacher, Haus der Niederlande, Münster
- Dr. Maria Perrefort, Hammer Geschichtsverein, Gustav-Lübke-Museum Hamm
- Martin Rehkopp, Kulturforum Rheine
- Prof. Dr. Roland Reichwein, „Mehr Demokratie e.V., Münster
- Dr. Anne Roerkohl, dokumentARfilm GmbH, Münster
- Rita Schlautmann-Overmeyer, Bürgerinitiative „Jüdische Familien in Münster“
- Dr. Gisela Schwarze, Münster
- Dr. Thomas Sternberg, Katholische Akademie Franz-Hitze-Haus, Münster
- Karl Heinz Volkert, Deutsch-Israelische Gesellschaft, Münster
- Bernhard Weinmann, Martin-Luther-King-Schule Marl
- Horst Wiechers, Kant-Gymnasium und RP Münster.

Mit vielen dieser Partner der ersten Stunde haben sich seit 2000 immer wieder Kooperationen für die Arbeitsgruppe ergeben. Im Laufe der Jahre sind natürlich weitere, sowohl in Münster als auch in der Region, hinzugekommen:

- ADFC Münsterland
- Agentur Deutsche Einheit Münsterland
- Bau- und Liegenschaftsamt NRW
- Bezirksregierung Münster
- Bundesstiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft
- Caritasverband für die Diözese Münster
- Evangelisches Forum Münster
- Institute der Westfälischen Wilhelms-Universität
- LWL-Medienzentrum für Westfalen
- LWL-Institut für Westfälische Regionalgeschichte
- Ökumenischer Kreis für Frieden und Entwicklung Münster
- Ost-West-Forum Münster
- Stadt Münster
- Stadtbücherei Münster
- Stadtmuseum Münster
- Verein Spuren Finden Münster
- Volkshochschule Münster
- Volkshochschulen Ahaus, Stadtlohn, Coesfeld, Warendorf u.a.
- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Münster
- u.a.

Eine Vernetzung mit diesen Partnern und die neuen Synergien bieten für die Regionale Arbeitsgruppe Münsterland eine ideale Möglichkeit, eine Steigerung ihrer Effektivität zu erreichen. Hierin unterscheidet sich die Vorgehensweise der Arbeitsgruppe nicht von der des Bundesvereins. Diese wird u.a. dadurch erreicht, dass Fachleute einzelner Kooperationspartner zu bestimmten Themen einen kompetenten Beitrag einbringen, dass gemeinsam mit den Kooperationspartnern Ideen für Projekte und Formate entwickelt werden oder in der Aufteilung der jeweils entstehenden Kosten. In manchen Fällen bringt sich die Arbeitsgruppe auch in bereits bestehende Formate ein und leistet durch ihre Mitglieder einen Beitrag dafür, wie z.B. beim Filmformat ‚Drehbuch Geschichte‘ des LWL-Medienzentrums.

Zu diesen Zwecken schließt die Regionale Arbeitsgruppe in den meisten Fällen mit ihren Partnern Kooperationsrahmenverträge für jeweils mehrere Jahre ab, in denen die Federführung bei den Projekten, die finanzielle Aufteilung der jeweiligen Kosten, die Organisation und die Bereitstellung von Manpower geregelt wird. In regelmäßigen Abständen während der Vertragslaufzeit, meistens vor Beginn eines neuen Kalenderjahres, treffen sich die Kooperationspartner und besprechen die jeweiligen gemeinsamen Aktivitäten für die Folgezeit. In diesen Gesprächen wird projektbezogen festgelegt, welchen Beitrag die jeweiligen Kooperationspartner leisten sollen und werden.

Ihre Hauptaufgaben sieht die Regionale Arbeitsgruppe hierbei zum einen in der Einbringung ihrer Mitglieder bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten und deren finanzieller Machbarkeit. Die Gewichtung dieser Aufgaben kann je nach Projekt unterschiedlich sein. Da die Arbeitsgruppe mit den meisten ihrer Kooperationspartner bereits seit mehreren Jahren zusammenarbeitet, entstehen bei der Umsetzung von Projekten kaum Probleme.¹⁹³ Zum anderen sieht die Arbeitsgruppe ihre Aufgabe aber auch darin, die verschiedenen, für die Umsetzung ihrer Ziele relevanten Partner in der Region zusammenzubringen, Netzwerke zu schmieden und auszubauen und mit Hilfe des Multiplikator-Effekts möglichst viele Personen als Teilnehmer*innen zu erreichen.

4.4. Projekte, Aktionen und Veranstaltungen der Regionalen Arbeitsgruppe Westfalen / Münsterland

Dass Gisela Schwarze als Sprecherin der Regionalgruppe Westfalen sich in der Anfangszeit der Regionalgruppe über deren Ziele und insbesondere darüber, wie diese umgesetzt werden sollen, noch nicht völlig im Klaren ist, geht aus einem Einladungsschreiben an die Mitglieder des Arbeitskreises zu einer Sitzung im März 2000 hervor:

¹⁹³ Informationen aus einem Gespräch mit den Herren Stefan Querl und Horst Wiechers am 30.11.2020.

„Die Turbulenzen dieser Wochen und Monate machen uns deutlich, auf wie dünnem Eis wir uns mit unserem Ziel „Gegen Vergessen –Für Demokratie“ bewegen. Da macht sich eine rechtspopulistische Partei im EU-Land Österreich, ausgewiesen durch eine Jahrzehntelange SS-Pflege, zur Machtübernahme bereit, da zeigen sich im politischen wie wirtschaftlichen Bereich Deutschlands mafiose Züge; Gehässigkeit und dümmlische Ausgrenzungen bestimmen den öffentlichen Umgang. Bei alledem wollen wir den jungen Menschen Sensibilität für Menschlichkeit, Verständnis für Minderheiten und Randgruppen, Engagement gegen Verhetzung, Rassenhass und Gewalt vermitteln. Wie soll das gehen?“¹⁹⁴

Ihr Einladungsschreiben schließt sie ab mit: *„Eine Reaktion in Westfalens Öffentlichkeit könnte ein Ergebnis unseres Gesprächs sein. (Wenn Dummheit und Bösartigkeit überhand nehmen, neige ich zum Kämpferischen!)“*.

Wie sich in den Folgejahren aber zeigen wird, hat die Arbeitsgruppe Wege gefunden, die anfänglichen Bedenken von Gisela Schwarze zu zerstreuen, was ihre Tätigkeiten belegen. Hierbei hat sie die Vereinsziele immer fest im Blick: Prävention von Rechts- und Linksextremismus, historisch-politische Bildung auf den Gebieten Extremismus, Kunst und Kultur sowie die Förderung von zivilgesellschaftlichen Engagements und politischer Teilhabe.

Bei der Vielzahl von Projekten, Veranstaltungen und Aktionen (die Anzahl liegt bis heute im vierstelligen Bereich), die die Regionale Arbeitsgruppe seit ihrer Gründung durchgeführt hat und jährlich noch durchführt, werden im Folgenden auf Grundlage der jährlichen Arbeitsberichte der Sprecher*innen der Arbeitsgruppe¹⁹⁵ nur ausgewählte Formate dargestellt und erläutert. Um die vielen Veranstaltungen zu ordnen und übersichtlich zu gestalten, werden sie in Themen- und Sachbereiche unterteilt. Dass sich hierbei Überschneidungen ergeben, liegt in der Natur der Sache. Sie geben aber einen Überblick darüber, wie die Arbeitsgruppe vor Ort in Münster und in der Region tätig war und ist und wie ihre Arbeit in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Zum einen werden hierdurch ihr Engagement, ihre Kompetenz und ihre Vielseitigkeit zum Ausdruck gebracht, zum anderen wird aber auch die Vielzahl der Partner, mit denen sie vor Ort und in der Region kooperiert, deutlich. Darüber hinaus wird dargestellt, welche Leistungen die Arbeitsgruppe für das Gelingen der einzelnen Veranstaltungsformate erbringt.

¹⁹⁴ Stadtarchiv Münster, nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97.

¹⁹⁵ Für die folgenden Projekte und Veranstaltungen der Arbeitsgruppe gelten, falls nicht anders angegeben, folgende Quellenangaben: Zwischen 1999 und 2006 die Arbeitsberichte, die Gisela Schwarze als Sprecherin über die Tätigkeiten der Arbeitsgruppe an den Bundesvorstand gemeldet hat (Stadtarchiv Münster, nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97) Zwischen 2007 und 2010 sind die Arbeitsberichte des seinerzeitigen Sprechers Horst Wiechers die Grundlage (Archiv der Bundesgeschäftsstelle in Berlin); für die Jahre 2011 bis 2020 werden die Aktivitäten der Arbeitsgruppe, die diese für die jeweiligen Jahre an den Verein gemeldet hat, den vom Bundesverband veröffentlichten Jahresberichten entnommen (www.gegen-vergessen.de/verein/verein-im-ueberblick/jahresberichte/); für das Jahr 2021 wird auf aktuelle Veröffentlichungen des Vereins zurückgegriffen (www.gegen-vergessen.de/vor-ort/muensterland/).

In den Jahren 2020 und 2021 sind die Aktivitäten der Arbeitsgruppe, ebenso wie die des Bundesvereins, durch die Corona-Pandemie stark eingeschränkt. Viele Projekte müssen ausfallen und wenige finden digital statt. Die Arbeitsgruppe ist jedoch bemüht, den Kontakt zu ihren Mitgliedern und den vielen Interessenten ihrer Veranstaltungen nicht abreißen zu lassen.

4.4.1 Projekte für Jugendliche und junge Erwachsene

Von Anfang an ist es ein besonderes Anliegen der Regionalen Arbeitsgruppe, durch ihre Arbeit junge Menschen anzusprechen und zu interessieren. Besonders Gisela Schwarze nimmt diese Aufgabe sehr ernst und hält im Laufe der Jahre eine Vielzahl von Vorträgen in Schulen und bei Veranstaltungen der Arbeitsgruppe für Jugendliche und junge Erwachsene. Horst Wiechers, bis 2019 Sprecher der Arbeitsgruppe, nimmt diese Aufgabe bei Führungen in der Villa ten Hompel und bei Veranstaltungen in Kooperation mit dieser wahr.

Über die Bedeutung der politisch-historischen Jugendarbeit sagt Richard von Weizsäcker in seiner bekannten Rede im Bundestag am 8. Mai 1985:¹⁹⁶ *„Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.“*

Auch im Sinne dieser Feststellung sieht die Regionale Arbeitsgruppe Münsterland ihre Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen als einen besonderen Auftrag. Im Folgenden einige bemerkenswerte Projekte der Arbeitsgruppe aus diesem Bereich.

Demokratiedschungel

Das wahrscheinlich wichtigste Format im Bereich der Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist der „Demokratiedschungel“, den die Regionale Arbeitsgruppe Münsterland in Kooperation mit dem Geschichtsort Villa ten Hompel und den jeweils beteiligten Schulen anbietet.

2001 entwickelt die Arbeitsgruppe gemeinsam mit Mitarbeitern des Geschichtsortes Villa ten Hompel dieses Veranstaltungsformat speziell für Jugendliche, Schüler*innen und junge Erwachsene im Alter zwischen 15 und 20 Jahren. Der Begriff ‚Dschungel‘ steht hierbei als Synonym für die Orientierungslosigkeit vieler junger Menschen in unserer demokratischen Gesellschaft. Die Teilnehmer*innen erarbeiten in ganztägigen Workshops unter der Moderation von Mitarbeitern der Villa ten Hompel und Studierenden (Mitglieder des Arbeitskreises) in

¹⁹⁶ In seiner Rede zum 40jährigen Gedenken an das Kriegsende in Europa nannte der damalige Bundespräsident den 8.5.1945 als den Tag, an dem Deutschland vom Nationalsozialismus befreit wurde und rief dazu auf, den 8.5. zum Gedenktag für alle Opfer von Gewalt zu machen.

Gruppen in kontroversen Diskussionen Methoden und Wege, sich im ‚Demokratiedschungel‘ zurechtzufinden, sich historisch zu orientieren und Demokratie neu kennenzulernen.

Das Projekt ‚Demokratiedschungel‘ verbindet somit die Erziehung zu Toleranz und gegen Antisemitismus mit der Pflege einer engagierten Debattenkultur unter Heranwachsenden. In kreativer Weise nutzt das Projekt dafür den Geschichtsort Villa ten Hompel. Mitarbeiter der Villa ten Hompel und junge Mitglieder des Arbeitskreises, meist Studierende, moderieren die Diskussionen. Die Themen wählt die Gruppe anhand aktueller Schlagzeilen selber aus. Hierbei werden auch randständige Meinungen gehört und Kompromisse gemeinsam auf Augenhöhe ausgehandelt, wobei der Kern des ‚Demokratiedschungels‘, bei durchschnittlich 30 Teilnehmern je Veranstaltung, die Arbeit in mehreren, möglichst kleinen Gruppen ist.

Der Workshop erweist sich von Beginn an bis heute als großer Erfolg. Bei rund 40 Workshops im Jahr liegt die bisherige Teilnehmerzahl weit jenseits von 10.000. Da die Anfragen aus dem gesamten Einzugsgebiet des Arbeitskreises zur Teilnahme an den Workshops in der Villa ten Hompel heute zu Wartezeiten von bis zu anderthalb Jahren führen, wird dieser Workshop inzwischen in abgespeckter Form auch in Schulen, Jugendzentren und Gemeinden vor Ort angeboten.¹⁹⁷

Der Arbeitskreis ist an der Entwicklung dieses Formats beteiligt, stellt Mitglieder (meist Studierende) für die Moderation bereit und beteiligt sich, da die Teilnahme kostenlos ist, an den Kosten der Workshops.

Theaterprojekt

Dass die Arbeitsgruppe aber nicht nur zu historischen oder politischen Themen mit Jugendlichen arbeitet, wird bei dem Projekt *„Was war da? – Was wird sein? Gemeinsam fragen – forschen – szenisch gestalten – spielen“*¹⁹⁸ im Jahr 2005 deutlich, wobei die Ähnlichkeit dieses Projekts mit dem erst 2009 vom Bundesverein initiierten *Theaterprojekt „Kinder des Holocaust“* auffällt. Unter diesem Titel wird in den Jahren 2005 und 2006 ein Gemeinschaftsprojekt der Städtischen Bühnen Münster und der Regionalen Arbeitsgruppe Westfalen für Schülerinnen und Schüler durchgeführt. In diesem Projekt arbeiten Schüler*innen zusammen, die bedeutsame Ereignisse des Jahres 2005 aufmerksam und kritisch beobachten und nach einer Phase des Hinterfragens szenisch gestalten sollen. Bereits im ersten Vierteljahr dieses Jahres bietet sich ein entsprechendes Geschehen dazu an: Die Flutkatastrophe im Indischen Ozean und die darauf einsetzende große Solidaritätsbewegung in aller Welt. Aber auch Kriege und

¹⁹⁷ Christin Robers, Benjamin Rensch, *Unterwegs im Dschungel der Demokratie, Gegen Vergessen Für Demokratie*, Nr. 88 / März 2016 und Informationen aus einem Gespräch mit Stefan Querl und Horst Wiechers am 30.11.2020.

¹⁹⁸ Stadtarchiv Münster, nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97.

Hungersnöte, Globalisierung, Arbeitslosigkeit, Rechtsradikalismus in Europa, die Orange-Revolution in der Ukraine und die Erinnerung an Auschwitz und das Kriegsende sind weitere Ereignisse.

Die Teilnahmebedingungen werden wie folgt definiert: Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist eine aufmerksame Beobachtung der Medienberichterstattung sowie die Aufgabe, diese zunächst zu hinterfragen und auch ergänzend nachzuforschen. Aus diesem Material und geeigneten literarischen Vorlagen soll eine Collage zum Jahr 2005 entstehen. Nach einer Kennenlern- und Einarbeitungsphase ab März beginnt nach den großen Ferien die gestaltende Umsetzung zur szenischen Collage. Alle Projektteilnehmer*innen können sich entsprechend ihren Neigungen und Fähigkeiten einbringen: Sprachliche Gestaltung szenischer Texte, dramaturgische Mitarbeit, schauspielerische Arbeit an entsprechenden Szenen, Bühnenbild- und Kostümgestaltung, Herstellung von Programmen, Plakaten, Infoblätter oder Wandzeitungen. In den ersten Monaten des Jahres 2006 sollen dann Aufführungen der erarbeiteten szenischen Collage „2005“ in verschiedenen Münsteraner Schulen stattfinden.

Ziel dieses Projekts ist es, neben dem schulischen Betrieb eine Verbindung von musikischem Tun und kritischer Wahrnehmung des Geschehens anzubieten. Eingeladen, an diesem Projekt teilzunehmen, sind fünf Gymnasien aus Münster. 21 Schüler*innen haben sich schließlich zusammengefunden. Sie bereiten die Szenen textlich vor, arbeiten an der Ausstattung und stellen die Szenen selbst dar. Die Städtischen Bühnen Münster unterstützen in vielfältiger Weise durch Assistenz, Technik und Kostüme, vor allem aber durch die Möglichkeit zur Premiere am 12. Februar 2006 im Kleinen Haus der Städtischen Bühnen. Weitere Vorstellungen folgen in drei Gymnasien in Münster. In den letztlich entstandenen sechs Szenen stellen die Schüler*innen ihre Alltagserfahrungen an Hand aktueller Ereignissen dar und beschäftigen sich mit Rassismus und Migration. Die Vorstellungen finden ein großes Interesse in Münster und sind alle ausverkauft. Die Münsteraner Presse berichtet über dieses Projekt „2005 Ein Jahr wie jedes andere? Eine szenische Collage“¹⁹⁹

Der Arbeitskreis ist an der Entwicklung dieses Formats maßgeblich beteiligt, stellt Mitglieder für die Umsetzung bereit und beteiligt sich an den Kosten.

Historische Herbstakademie

Die Erinnerung sowohl an die NS- als auch an die DDR-Diktatur den Jugendlichen bewusst zu machen und wach zu halten, ist ein weiteres Anliegen der Arbeitsgruppe. Zu diesem Zweck finden regelmäßige Führungen durch die Dauerausstellung in der Villa ten Hompel mit Vorträgen, Lesungen und Diskussionen statt. Aber auch Exkursionen zu Gedenkstätten beider

¹⁹⁹ Münstersche Zeitung, Elftklässler auf großer Bühne, 14.2.2006 und Westfälische Nachrichten, Diese Collage sprüht nicht vor Heiterkeit, 14.2.2006.

Diktaturen, z.B. Buchenwald, Moringen, Dachau, Hohenschönhausen, das Lager Friedland oder die ehemalige Zonengrenze, dienen dieser Erinnerung. Ein Beispiel hierfür ist eine Veranstaltungsreihe „Historische Herbstakademie“, die jeweils unter einem Motto steht, z.B. „Wie junge Menschen mit dem Erbe von zwei deutschen Diktaturen umgehen“. Neben den Exkursionen vertiefen Vorträge und besonders Diskussionen das Thema. Diese Veranstaltung führt die Arbeitsgruppe im Wesentlichen in Kooperation mit dem Geschichtsort Villa ten Hompel und der Stadt Münster durch, die auch den Hauptanteil der Kosten übernimmt..

Nach dem Brand

Dass der Arbeitsgruppe aber nicht nur die historische Erinnerungsarbeit am Herzen liegt, sondern auch die Erinnerung an jüngere Ereignisse, wird deutlich am Beispiel der Vorführung des TV-Dokumentarfilms „Nach dem Brand“ im Oktober 2015 in der Villa ten Hompel. Der viel beachtete Film thematisiert die Brandanschläge in Mölln Anfang der 1990er Jahre. Neben der Filmvorführung haben die Schüler und Jugendlichen die Gelegenheit, in einem Gespräch mit dem Zeitzeugen Ibrahim Arslan die Dramatik und Problematik dieses Ereignisses zu diskutieren. Diese Veranstaltung stieß auf so großes Interesse, das sie nicht nur wiederholt wird, sondern auch in mehreren Städten im Einzugsgebiet der Arbeitsgruppe mit Erfolg angeboten wird. Diese Veranstaltungen führt die Arbeitsgruppe in Kooperation mit dem Geschichtsort Villa ten Hompel und mit finanzieller Förderung durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung durch.

Neben den beschriebenen Projekten im Bereich der Jugendarbeit führt die Arbeitsgruppe natürlich eine Reihe weiterer Veranstaltungen mit Vorträgen, Exkursionen und Workshops für diesen Personenkreis durch. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf das Patenschafts-Modell bei der Gewinnung insbesondere junger Neumitglieder.

4.4.2 Fortbildung für Pädagogen*innen

Unter die Rubrik Arbeit mit und für Jugendliche fällt letztlich auch die Fortbildung für Pädagogen*innen, nur mit anderen Ansprechpartner*innen. Diese Kausalität hat sowohl der Bundesverein als auch die Arbeitsgruppe erkannt. Eine wirksame Umsetzung der Vereinsziele im Bereich der Jugendlichen und jungen Erwachsenen kann nur gelingen, wenn Lehrer*innen und Personen, die mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten, mit ‚ins Boot‘ geholt werden.

Yad Vashem Lectures

Seit 2010 bietet die Arbeitsgruppe Münsterland in Kooperation mit dem Geschichtsort Villa ten Hompel, der Bezirksregierung Münster, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und, was besonders bemerkenswert ist, auch der Bundesstiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ mit den ‚Yad Vashem Lectures‘ ein neues Veranstaltungsformat an, das in den nächsten Jahren mit großer Resonanz kontinuierlich, meistens in der Villa ten Hompel, fortgeführt wird.

Konzipiert wird diese neue Veranstaltungsreihe von Ulrike Schneider-Müller, Pädagogin und Mitarbeiterin der Bezirksregierung Münster im Projekt ‚Erziehung nach Auschwitz‘. Bei der praktischen Umsetzung arbeitet sie zusammen mit Kim Keen und Bettina Röwe, beide Mitarbeiterinnen des Geschichtsorts Villa ten Hompel und bis heute für das Projekt verantwortlich. Mitglieder der Arbeitsgruppe sind an der Umsetzung und Durchführung der Veranstaltungen beteiligt. Die Kosten für diese Workshops tragen die Bezirksregierung Münster (im Rahmen ihrer Aufgabe der Weiterbildung der Pädagogen*innen an den von ihr betreuten Schulen zu sorgen) und die Bundesstiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft.

‚Yad Vashem Lectures – Fortbildungsreihe für Lehrende‘ wendet sich an Lehrer*innen aller Schulformen und an Mitarbeiter*innen in Bildungseinrichtungen. In den Lectures werden innovative neue Unterrichtsmaterialien vorgestellt und in einem Praxisteil konkret ausprobiert, erprobt und hinterfragt. Diese Veranstaltungsreihe basiert auf Studienergebnissen der der ‚Internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem‘ angeschlossenen ‚ISHS International School for Holocaust-Studies‘. Die 1953 gegründete Internationale Schule für Holocaust-Studien bietet ein vielfältiges Angebot an Fortbildungen an und fördert den lebendigen Erfahrungsaustausch mit Pädagogen*innen aus aller Welt. Eine ihrer wesentlichen Aufgaben ist außerdem die Entwicklung von Unterrichtsmaterialien für den Einsatz in Grund- und weiterführenden Schulen.

Jährlich werden ca. zehn dieser Veranstaltungen, Workshops oder Vorträge mit anschließender Diskussion, angeboten. Bei einer Teilnehmerzahl von rund 50 Personen je Workshop/Vortrag kann dieses Veranstaltungsformat mit bisher ca. 5.000 Teilnehmern als Erfolg bezeichnet werden.²⁰⁰

Ein kleiner Auszug aus den bisher in diesen Veranstaltungen behandelten Themen zeigt deren Bandbreite und Vielseitigkeit:

- „Altersgerechte Holocaustpädagogik. Arbeit mit Kindern und Jugendlichen“. Workshop mit Claudia Onnebrink.

²⁰⁰ Die Information zur Teilnehmerzahl stammt aus einem Gespräch mit den Herren Stefan Querl und Horst Wiechers am 30.11.2020.

- „Die Shoah im Kinderblick – Spielfilme über Kinder und Jugendliche während der Shoah“. Vortrag von Tobias Ebbecht.
- „Zeitzeugenschaft ohne Zeitzeugen. Arbeit mit Videointerviews der Shoah-Foundation“. Vortrag von Dorothee Wein.
- „Den Holocaust im 21. Jahrhundert unterrichten – neues Unterrichtsmaterial aus Yad Vashem“. Vortrag von Deborah Hartmann unter Mitwirkung des Stadtarchivs Münster.
- „Nicht in die Schultüte gelegt ... Historisches Lernen und Menschenrechtsbildung mit Kindern“.
- „Kirche im Nationalsozialismus – unter besonderer Berücksichtigung des Bistums Münster“. Vortrag von Dr. Thomas Flammer zum Thema in der Villa ten Hompel.
- „Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft“. Ein Workshop im Rahmen der vom Bundesverband 2010 gestarteten gleichnamigen Initiative in der Villa ten Hompel.
- „Der Child Search Branch des ITS. Schicksale überlebender Kinder“. Workshop mit Elisabeth Schwabauer zu methodischen und didaktischen Zugängen in der Geschichtsvermittlung anhand der Dokumente des Kindersuchdienstes.
- „Wutbürger von rechts?“. Workshop mit Anna Herkenhoff und Michael Sturm zu Herausforderungen und pädagogischem Umgang.
- „Die Israel- und Holocaustdarstellung in aktuellen deutschen Schulbüchern“. Workshop mit Prof. Dr. Alfons Kenkmann/Dr. Martin Liepach in der Villa ten Hompel.

Geschichtskoffer und –rucksäcke

Im September 2009 findet in der Villa ten Hompel die erste Lehrer*innen-Fortbildung mit dem von Mitarbeitern des Geschichtsorts Villa ten Hompel und Mitgliedern der Arbeitsgruppe entwickelten ‚Geschichtskoffer‘ (später kommen noch ‚Geschichtsrucksäcke‘ hinzu) zum Thema ‚Jugenderfahrungen in Ost- und Westdeutschland‘ statt. Diese Geschichtskoffer, die zu verschiedenen Themen und für unterschiedliche Schulformen und Altersgruppen konzipiert werden, ermöglichen den Pädagogen*innen eine an historischen Objekten und biographischen Dokumenten als Quellen orientierte Annäherung an unterschiedliche Themen für Kinder und Jugendliche.²⁰¹ Der Erfolg dieser neuen Veranstaltungsreihe zeigt sich nicht nur in der regen Beteiligung, sondern auch an den zahlreichen Vorbestellungen.

Weitere Beispiele und Themen, die der Fortbildung von Pädagogen*innen dienen und die vom Arbeitskreis initiierte, gestaltet oder mitorganisiert werden, sind Workshops wie „Zeugen der Shoah“. In diesem Workshop wird den Teilnehmer*innen aus dem Bereich der Bezirksregierung Münster schulisches Lernen mit Videointerviews vermittelt. Dieser Workshop in der Villa ten Hompel wird geleitet von Daniel Gollmann, Jürgen Düttmann und Ulrike

²⁰¹ www.stadt-muenster.de/villa-ten-hompel/angebote/geschichtskoffer-und-rucksaecke, Zugriff vom 25.9.2020.

Schneider-Müller und findet in Kooperation mit der Bezirksregierung Münster, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster und der Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ statt. Neben den Workshops sind auch Vorträge ein wichtiger Punkt der Pädagogen*innen-Fortbildung. Beispiele hierfür sind „Die neue Ausstellung der Villa ten Hompel – von den Machern für Lehrer*innen vorgestellt“. Ein Vortrag mit anschließender Führung durch die Ausstellung mit Dr. Bettina Blum, Daniel Gollmann, Thomas Köhler und Sabine Schütz. Oder ein Vortrag von Sixtina Harris in der Villa ten Hopel über Möglichkeiten, das Jugendbuch „Und im Fenster der Himmel“ von Johanna Reiss im schulischen Unterricht einzusetzen. Beide Veranstaltungen finden in Kooperation mit der Bezirksregierung Münster, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, der Villa ten Hompel und der Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ statt. Ein weiteres Beispiel ist ein Vortrag mit dem Titel „Wutbürger von rechts“ über Möglichkeiten des pädagogischen Umgangs mit Rechtspopulismus und rassistischer Mobilisierung in der Villa ten Hompel. Diese Veranstaltung findet in Kooperation mit der Villa ten Hompel und dem Förderverein, der Bezirksregierung Münster und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster statt.

4.4.3 Weitere Projekte in Münster

Neben den Projekten für Jugendliche und junge Erwachsene und der Fortbildung von Pädagogen*innen, die in den meisten Fällen in der Villa ten Hompel stattfinden, finden aber auch noch weitere Veranstaltungen der Arbeitsgruppe in Münster statt. Die Themen sind vielfältig, sollen einen größeren Interessentenkreis ansprechen und richten sich nicht an eine bestimmte Zielgruppe. Sie zeigen aber nicht nur in bemerkenswerter Weise die Vielseitigkeit und die Kompetenz der Arbeitsgruppe, sondern auch die Vielzahl ihrer Kooperationspartner bei den Projekten.

Zwangsarbeiter*innen-Projekt

Das erste große Projekt, das die Regionale Arbeitsgruppe Westfalen in ihren Anfangsjahren zwischen 2000 und 2001 beschäftigt, bezieht sich auf die ehemaligen russischen und ukrainischen Zwangsarbeiter*innen. Die Vorarbeiten hierfür beginnen kurz nach ihrer Gründung. Gisela Schwarze unterhält zu diesem Zeitpunkt brieflichen Kontakt zu den von ihr namentlich ermittelten ehemaligen Zwangsarbeiter*innen aus Russland und der Ukraine. Angesichts hervorragender Kontakte nach Belarus arbeitet Gisela Schwarze zu Anfang des Projektes eng zusammen mit dem evangelischen Pfarrer Werner Lindemann, der seine Anbindung an das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk in Dortmund (IBB) nutzt, um Unterstützungsprogramme für ehemalige Zwangsarbeiter*innen aus Minsk und auch aus der benachbarten Ukraine auf den Weg zu bringen. Ihr Wunsch, möglichst viele von ihnen nach Münster einzula-

den, erfüllt sich in 2001 und 2002, als acht ukrainische und dann sechs russische Zwangsarbeiter*innen zu Besuch nach Münster kommen.²⁰² Die hierfür benötigten finanziellen Mittel kommen aus Spenden von Mitgliedern in Münster und dem Münsterland, aus einem Zuschuss der Stadt Münster (45.000,- DM), aus einer Benefizveranstaltung im Kleinen Haus der städtischen Bühnen in Münster und aus Mitteln des Bundesvereins. Die Benefizveranstaltung findet im Rahmen von Brieflesungen und einer Gesprächsrunde zum Thema ‚... davon haben wir keinem erzählt‘ unter Teilnahme von Hans Koschnik vom Vorstand des Bundesvereins statt. Die Spendeneinnahmen, der Zuschuss der Stadt und die Erlöse aus Veranstaltungen gehen aus steuerrechtlichen Gründen an den Bundesverein, über den dann die entstandenen Kosten beglichen werden. An diesem Projekt beteiligen sich das Stadtarchiv Münster, die Gedenkstätte Villa ten Hompel, die Volkshochschule Münster, die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, die Deutsch-Israelische Gesellschaft, die Städtischen Bühnen Münster, die Katholische Akademie Franz-Hitze-Haus Münster, der Stadtdechant in Münster und der Evangelische Friedenskreis in Hilstrup mit unterschiedlichsten Hilfestellungen. Das Projekt findet in der öffentlichen Wahrnehmung Beachtung. In den örtlichen wie auch überregionalen Medien wird hierüber ausführlich berichtet.²⁰³

Im Jahr 2013 besucht auf Initiative der Arbeitsgruppe erneut eine kleine Gruppe von ehemaligen ukrainischen Zwangsarbeiter*innen das Münsterland, u.a. auch Rheine und Mesum (siehe hierzu auch die Ausführungen unter 4.4.4 zu Rheine)

Riga-Projekte

Schon seit den Anfangsjahren nach ihrer Gründung ist das Thema Deportation von Juden aus Münster und dem Münsterland in das Ghetto nach Riga in den Jahren 1941 und 1942 für die Arbeitsgruppe von Bedeutung. Dies hat mehrere Gründe: Zum einen, dass in der Villa ten Hompel, dem Sitz der Arbeitsgruppe, die Begleitmannschaften für diese Transporte organisiert werden. Zum anderen die räumliche Nähe der Villa zum ehemaligen Gertrudenhof, in dem die Juden vor ihrer Deportation kurzzeitig inhaftiert werden, und zu der dort errichteten Gedenktafel. Auch dass Winfried Nachtwei, der dieses dunkle Kapitel Münsteraner Stadtgeschichte ans Licht gebracht hat, Mitglied der Arbeitsgruppe ist, spielt sicherlich eine Rolle. Aber der Hauptgrund dürfte sein, dass an diese NS-Verbrechen erinnert werden soll und muss und sie somit in nahezu perfekter Weise zu einem der Hauptziele des Vereins, die historisch-politische Bildung zu stärken, passen. Zu diesem Zweck führte und führt die Arbeitsgruppe regelmäßig Projekte durch, die sich mit diesem NS-Unrecht beschäftigen. Hierzu gehören

²⁰² Stadtarchiv Münster, nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97.

²⁰³ www.muenster.de/stadt/zwangsarbeit/nach45_04.html. (letzter Zugriff: 2.9.2021)

Workshops, Lesungen, die Teilnahme an Gedenkveranstaltungen und insbesondere auch Projekte mit Jugendlichen und Schüler*innen. Seit Bestehen des Riga-Komitees²⁰⁴ führt die Arbeitsgruppe viele dieser Projekte in Zusammenarbeit mit diesem Komitee und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge durch.

So auch im Jahr 2002, als 33 Schüler*innen, u.a. aus Münster und Ibbenbüren, an einem internationalen Jugendtreffen in Riga-Bikernieki²⁰⁵ teilnehmen. Dieses Treffen, das die Schüler*innen vorher thematisch vorbereitet haben, führt die Arbeitsgruppe in Kooperation mit dem Bundesverein, dem Auswärtigen Amt, der Bezirksregierung Münster, dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und dem Geschichtsort Villa ten Hompel durch.

In Kooperation mit der Bezirksregierung Münster, der Stadt Münster, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster und dem Geschichtsort Villa ten Hompel wird in 2007 eine neue, thematisch geprägte, Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Nachbarn von nebenan – verschollen in Riga“ von der Arbeitsgruppe konzipiert und umgesetzt. Der Titel dieses neuen Veranstaltungsformats ist angelehnt an einen Vortrag, den Winfried Nachtwei auf der Basis seiner Forschungsergebnisse schon über 100 Mal, insbesondere in Schulen, aber auch für den Arbeitskreis in der Villa ten Hompel, gehalten hat. Erste Veranstaltungen finden zu folgenden Themen statt:

In einem Vortrag stellt Dr. Noa Mkyton, Leiterin der deutschen Sektion der International School for Holocaust Studies in Yad Vashem ihre Institution und deren innovative Aktivitäten vor allem in Deutschland vor. Ebenfalls präsentiert sie die zusammen mit Mitarbeitern des Geschichtsort Villa ten Hompel erstellte Publikation „Deportation – Täter, Mitläufer, Opfer“ (Yad Vashem 2007).

Eine Lesung von Anita Kugler aus ihrem Buch „Scherwitz. Der jüdische SS-Offizier“ mit anschließender engagierten Diskussion in der Villa ten Hompel.

Im April 2015 ist der Arbeitskreis in Kooperation mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, dem Evangelischen Forum Münster, dem Geschichtsort Villa ten Hompel, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, dem Verein Spuren Finden Münster, der Stadt Münster und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Münster Mitorganisator des 2. Symposium des Deutschen Riga-Komitees im Rathaus zu Münster.

²⁰⁴ Das Deutsche Riga Komitee wurde im Jahr 2000 von 13 Städten, u.a. Münster gegründet. Heute ist die Zahl der Mitgliedsstädte auf 28 angewachsen. Mitinitiator war Winfried Nachtwei. Aufgabe dieses Zusammenschlusses ist es, an das Schicksal von über 25.000 Juden zu erinnern, die in den Jahren 1941/42 nach Riga deportiert und dort ermordet wurden.

²⁰⁵ Im Wald von Bikernieki wurden zwischen 1941 und 1944 schätzungsweise 35.000 deportierte Juden durch Massenerschießungen umgebracht.

Der Arbeitskreis beteiligt sich auch an den seit 1991 jährlich stattfindenden und von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit organisierten Gedenkveranstaltungen an der Münsteraner Gedenktafel am ehemaligen Gertrudenhof, insbesondere an den anschließenden Begleitveranstaltungen in der Villa ten Hompel (siehe hierzu auch die Ausführungen unter 4.4.5 Gedenktage/Riga-Deportation).

20 Jahre deutsche Wiedervereinigung

Eine das Erinnerungsjahr 2009 (20 Jahre Wiedervereinigung) vorbereitende neue Veranstaltungsreihe beginnt der Arbeitskreis im April 2008. In dieser Reihe geht es um die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte und um die Fortentwicklung der gesamtdeutschen Erinnerungskultur. Die Veranstaltungsreihe wird durchgeführt in Kooperation mit der Katholischen Akademie Franz-Hitze-Haus Münster, dem Ost-West-Forum Münster, der Stadt Münster, dem Geschichtsdidaktischen Institut der Universität Münster und der Villa ten Hompel.

Begonnen wird die Veranstaltungsreihe mit einem Vortrag zum Thema „Die DDR zwischen Gänsefüßchen und Anerkennung. Die Westdeutschen und der zweite deutsche Staat“. Bereits im September findet eine Fortführung der Reihe mit einer Tagung zum Thema „20 Jahre deutsche Einheit 2009. Wie mit diesem Ereignis in Schule und Bildungsarbeit umgehen?“ statt. Am 2. Oktober 2008 findet im Münsteraner Rathaus eine sehr gut besuchte Feierstunde zum Tag der deutschen Einheit statt. In seinem Festvortrag zum Thema „Die deutsche Einheit in europäischer Perspektive“ zieht Markus Meckel²⁰⁶ eine kritische, aber versöhnliche Bilanz über die Wiedervereinigung. Im März liest Alt-Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner²⁰⁷ in der Rüstkammer des Stadtweinhauses aus seinem Buch „Wunder muss man ausprobieren“ und diskutiert eingehend mit den Zuhörern über die friedliche Revolution und ihre Folgen. Im April plädiert Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung in seinem Vortrag am gleichen Ort nachdrücklich dafür „Mehr nach den Gemeinsamkeiten als nach den Unterschieden zwischen Ost und West zu suchen“. Über seinen Vortrag und die Befindlichkeiten und Einschätzungen der Ereignisse von 1989/90 findet im Anschluss eine lebhafte Diskussion statt. Dr. Ehrhart Neubert setzt im September in einem Zeitzeugengespräch im Franz-Hitze-Haus in Münster seine Sicht zu „Unserer Revolution“ ins Bild.

Ein Höhepunkt dieses Jahres und auch der Veranstaltungsreihe ist der Festakt am 2. Oktober 2009 zum Tag der deutschen Einheit. Den Festvortrag hält Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier zum Thema „Einigkeit und Recht und Freiheit. 60 Jahre Grundgesetz und 20 Jahre friedliche Revo-

²⁰⁶ Markus Meckel ist ein deutscher Politiker, nach der ersten freien Wahl Außenminister der DDR bis zur Wiedervereinigung, danach Mitglied des Deutschen Bundestags.

²⁰⁷ Reinhard Höppner war ein deutscher Mathematiker, Politiker und Autor. Zwischen 1994 und 2002 war er Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt.

lution“. Im Oktober und November wird in der Bürgerhalle des Rathauses in Münster die Plakatausstellung „Von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit ... Münster erinnert sich“ unter großer Beachtung durch die Münsteraner Bevölkerung gezeigt. Ebenfalls im Oktober findet ein Zeitzeugengespräch mit Martin Jankowski „Der Tag, der Deutschland veränderte: 9. Oktober 1989“ statt.

Filmforum Drehbuch Geschichte

Schon seit einigen Jahren veranstaltet ein Arbeitskreis unter Federführung des LWL-Medienzentrums für Westfalen ein Filmforum mit dem Titel „Drehbuch Geschichte“. Zu diesem Arbeitskreis gehören das Programmkino Cinema Münster, die Villa ten Hompel, der Verein Die Linse Münster zur Förderung kommunaler Filmarbeit, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Münster und die Bezirksregierung Münster. Im Jahr 2014 tritt die Regionale Arbeitsgruppe Münsterland diesem Kreis bei. Es werden jährlich ausgesuchte Filme zu besonderen historischen und gesellschaftlich relevanten Ereignissen gezeigt, die sowohl für ein jüngeres als auch älteres Publikum interessant sind. Die Themen dieses Filmforums sind breit gestreut. Von historischen Themen wie ‚Der Erste Weltkrieg im Film‘ über die Nachkriegszeit mit ‚Zwischen Trümmern und Träumen‘, in der das Kriegsende und der Neuanfang 1945 behandelt wird, zu aktuellen Themen, die das Schicksal von Migranten in Deutschland behandeln mit ‚Deutschland bitteres Vaterland‘ - Migration im Film‘. Aber auch Filme aus der jüngeren deutschen Geschichte werden gezeigt. So mit der Reihe ‚1977 - Der bundesdeutsche Terrorismus im Film‘, die sich mit dem bundesdeutschen Terrorismus der 1970er Jahre auseinandersetzt oder der Reihe ‚Protest - Provokation – Provinz. 1968 in Westfalen‘, wobei es sich um Filme handelt, die alle um 1968 in Westfalen entstanden sind und prägnant den Zeitgeist der ausgehenden 1960er Jahre vermitteln.

Die jährlichen Filmreihen, die jeweils fünf bis sechs Filme umfassen, werden in Münster im Programmkino Cinema gezeigt und jeweils durch Expertenvorträge eingeführt. An diesen Einführungsvorträgen beteiligt sich auch die Arbeitsgruppe. Der Erfolg dieses Filmforums zeigt sich nicht nur in seinem langen Bestehen, sondern auch daran, dass fast alle Vorstellungen ausverkauft sind.

Mittwochsgespräche und FORUM AM DONNERSTAG

Ein weiteres Veranstaltungsformat sind die akademischen ‚**Mittwochsgespräche**‘. Hierbei handelt es sich um Vortrags- und Diskussionsrunden, in denen an verschiedenen Orten in Münster, u.a. in der Villa ten Hompel und dem Saal der jüdischen Gemeinde Münster, Themen aus der deutschen Geschichte in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Nationalsozialismus behandelt werden. Die ‚Mittwochsgespräche‘ werden in Kooperation mit der Villa

ten Hompel, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, dem LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte und dem Evangelischen Forum Münster durchgeführt. Die Vorträge behandeln Themen aus der deutschen Geschichte des 20sten Jahrhunderts. Mit den Folgen des Ersten Weltkriegs beschäftigen sich z.B. „Die Besiegten: Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs“ oder „1918 – Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen“. Mit der Weimarer Republik bis zu den Anfängen der NS-Zeit beschäftigt sich der Vortrag „Bernhard Weiß (1880 -1951) – Polizeipräsident in Berlin, deutscher Jude, kämpferischer Republikaner“. Die NS-Zeit behandeln Vorträge von Dr. Götz Aly (Berlin) „1938 – Hitler und die Deutschen proben Raub, Mord und Krieg“ und Dr. Harald Schmid (Rendsburg), „Pogrom und Gedächtnis. Erinnerung an die Gewalt gegen die deutschen Juden im November 1938“. Weitere Vorträge zu dieser Zeit sind „Nur eine ganz kleine Clique“, „Als der Wagen nicht kam“ und „Albert Speer – Eine deutsche Karriere“. Ein Vortrag aus aktuellerer Zeit behandelt das Thema „Die SPD und die NS-Vergangenheit - 1945 – 1990“.

In der Vortragsreihe mit Diskussion ‚**FORUM AM DONNERSTAG**‘ werden in der Villa ten Hompel in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster und dem LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte sowohl historische als auch aktuelle Themen behandelt, wie z.B. „War Opa 1918/19 revolutionär? Veteranen und Zeitzeugen in Wissenschaft und Unterricht in beiden Deutschlands“. Andere Themen sind „Der Gang vor die Hunde: Erich Kästners Meisterroman Fabian in seiner Urfassung“, eine kritisch Auseinandersetzung mit dem 1931 erschienen Roman über das Gesellschaftsbild Berlins am Vorabend der Machtergreifung Adolf Hitlers oder „Feindselige Zustände? Wie der Rechtsextremismus unsere Debatten verändert“.

Neben diesen Veranstaltungsformaten ist die Arbeitsgruppe auch an weiteren herausragenden Projekten in Münster beteiligt:

Auch auf Initiative der Arbeitsgruppe wird 2002 die Erzählung „Der kleine Ostarbeiter“ von Nikolai Karpow übersetzt und als Buch aufgelegt. In dieser autobiographischen Erzählung beschreibt Nikolai Karpow mit tiefer Menschlichkeit, aber ohne Hass, wie er 1943 als Elfjähriger gemeinsam mit seiner Großmutter aus Russland nach Deutschland deportiert wird und zwei Jahre als Ostarbeiter in Münster überlebt. Das Buch wird im Ardey-Verlag²⁰⁸ veröffentlicht und erweist sich als Erfolg. Im Jahr 2004 kommt der Autor Nikolai Karpow auf Einladung der Arbeitsgruppe zu zwei Lesungen in der Stadtbücherei und der Christuskirche Hilstrup nach Münster.

Im Februar 2008 stellt Elisabeth Zöller unter großem Publikumsinteresse und reger Beteiligung in der Villa ten Hompel ihr neues Buch „Wir hatten trotzdem Glück“ über die Flucht des

²⁰⁸ Der Ardey-Verlag hat seinen Sitz in Münster. Eigentümer ist der Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Münster.

dreizehnjährigen Paul und seiner Familie 1945 aus Breslau vor. Diese Veranstaltung wird in Kooperation mit der Buchhandlung ‚Schatzinsel‘ aus Münster durchgeführt.

Im März 2010 führt die Regionale Arbeitsgruppe in Kooperation mit der Katholischen Akademie Franz-Hitze-Haus Münster, dem Geschichtsort Villa ten Hompel, dem Ost-West-Forum, der Stadt Münster und dem Didaktischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität eine Akademietagung zum Thema „Wir sind ein Volk! Vom Runden Tisch zur deutschen Einheit“ durch.

Im Februar 2010 findet eine Lesung mit anschließender Diskussion aus dem Roman: „Vor der Wand“ mit dem Autor Michael Göring in der Villa ten Hompel statt. Eine Veranstaltung mit so unterschiedlichen Kooperationspartnern wie dem ADFC Münster, dem Evangelischen Forum Münster, der Volkshochschule Münster und dem West-Ost-Forum Münster.

Im April 2015 findet unter Mitwirkung der Arbeitsgruppe die 1. Sitzung der Münsteraner Initiative zur Errichtung einer Gedenktafel am/vor der ehemaligen Gestapostelle Münster in der Gutenbergstraße statt. Hierzu sind zwei Schulprojekte geplant. Weitere Kooperationspartner sind der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, das Evangelische Forum Münster, die Villa ten Hompel, die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, der Verein Spuren Finden Münster, die Stadt Münster und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Münster.

Ebenfalls im April 2015 wird ein Gedenkstein für den ehemaligen jüdischen Friedhof im Gymnasium Paulinum in Münster enthüllt. Ein Projekt in Kooperation mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, dem Evangelischen Forum Münster, der Villa ten Hompel, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, dem Verein Spuren Finden Münster, der Stadt Münster und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Münster.

An der Verleihung des Förderpreises für junge Historiker durch die Stadt Münster an Philipp Erdmann im April 2017 ist auch die Arbeitsgruppe neben weiteren Kooperationspartnern wie der Bezirksregierung Münster, der Villa ten Hompel, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, dem Verein Spuren Finden Münster und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Münster beteiligt.

4.4.4 Projekte in der Region

Dass die Regionale Arbeitsgruppe Westfalen/Münsterland ihre Namensnennung ernst nimmt, zeigen die Projekte, die sie seit ihrem Bestehen in der Region durchführt. Diese lehnen sich, wie das Beispiel ‚Demokratiedschungel‘ zeigt, zwar in einigen Fällen an in Münster durchgeführte Projekte an, behandeln aber meistens Themen mit spezifischen regionalen oder ört-

lichen Charakter. Ihre Aufgabe sieht die Arbeitsgruppe hier sowohl in der Initiative für bestimmte Veranstaltungen als auch in der Unterstützung vor Ort geplanter Aktionen. Hierbei kooperiert sie, auch finanziell, mit verschiedensten Partnern. Die Beteiligung von Persönlichkeiten des Bundesvereins an einigen dieser Veranstaltungen wertet diese Aktionen der Arbeitsgruppe auf und gibt ihnen die benötigte öffentliche Aufmerksamkeit. Die unterschiedlichen Aktivitäten der Arbeitsgruppe sowohl was die Orte betrifft als auch die Anzahl der dort jeweils durchgeführten Projekte variieren. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Arbeitsgruppe effektiver arbeiten kann, wenn vor Ort bereits geeignete Kooperationspartner vorhanden sind, wie z.B. in Rheine der Arbeitskreis ‚Erinnern und Gedenken‘ und wenn diese bereits an Projekten arbeiten oder sich für Themen interessieren, die ihren Heimatort betreffen. Im Folgenden eine Auswahl der bisherigen regionalen Veranstaltungen:

Soest

In Soest befindet sich auf dem Gelände eines ehemaligen Kriegsgefangenenlagers die sogenannte ‚Französische Kapelle‘. Ein Mitglied der Arbeitsgruppe, Gisela Rogge, hat die Geschichte des Lagers, seiner Kapelle und eines Häftlings, Guillaume Gillet, eines später international bekannten Architekten, erforscht. Mit Unterstützung der Arbeitsgruppe kann in Soest im Jahr 2000 eine Ausstellung mit dem Titel „Kultur in der Gefangenschaft“ eröffnet werden, in der Zeichnungen und Aquarelle von Guillaume Gillet gezeigt werden. Die Resonanz auf diese Ausstellung ist groß, allein an der Eröffnung nehmen 350 Gäste teil.

Ahaus, Stadtlohn, Vreden

Ein weiteres Projekt kann 2000 in den Städten Ahaus, Stadtlohn und Vreden durchgeführt werden. In Ahaus befindet sich während der NS-Zeit auf dem Gelände der Textilfabrik van Delden ein Arbeitserziehungslager für deutsche Frauen, dessen Existenz zur Kenntnis zu nehmen sich das offizielle Ahaus über 55 Jahre verweigert. Unter dem Titel „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ wird von der Arbeitsgruppe eine Vortragsreihe zu diesem Thema organisiert. Der Eröffnungsvortrag, gehalten von Hanna-Renate Laurien, Vorstandsmitglied von *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, wertet diese Veranstaltung auf und findet große öffentliche Beachtung.

In Stadtlohn ist eine Realschule nach dem jüdischen Mädchen Herta Lebenstein aus Stadtlohn benannt, das 1941 in das Ghetto nach Riga deportiert und dort umgebracht wird. Die Schule hat mit Unterstützung der Arbeitsgruppe eine Ausstellung über das Schicksal der Juden in Stadtlohn gestaltet, in dessen Rahmenprogramm u.a. das Arbeitsgruppenmitglied Winfried Nachtwei zum Thema „Nachbarn von nebenan – verschollen in Riga“ referiert. Die Ausstellung und die Vorträge stoßen in Stadtlohn auf ein reges öffentliches Interesse.

Eine erste längerfristige Kooperation geht die Arbeitsgruppe im Jahr 2002 mit der Volkshochschule Ahaus ein. Es wird vereinbart, dass die Arbeitsgruppe in den folgenden Semestern zwei bis drei Vorträge je Semester unter dem Titel „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ organisiert. In der Folgezeit können auch namhafte Vertreter*innen des Bundesvereins, u.a. Hannarenate Laurien, als Referenten*innen gewonnen werden.

Bocholt

Im Mai 2000 findet im Europa-Institut in Bocholt eine deutsch-niederländische Tagung zum Thema „Erinnern für die Zukunft – Zukunft der Erinnerung“ anlässlich des 60sten Jahrestags des deutschen Überfalls auf die Niederlande statt, die sich mit der NS-Herrschaft, der Besatzungspolitik und ihrer Aufarbeitung in beiden Ländern befasst. Auf Initiative der Arbeitsgruppe nimmt der Bundesvorsitzende des Vereins, Hans-Jochen Vogel, an der Tagung teil. Weiter sind zahlreiche Mitglieder der Regionalgruppe sowohl an der Organisation als auch mit Vorträgen an dieser zweitägigen Veranstaltung beteiligt.²⁰⁹

Recklinghausen, Dülmen und Dortmund

In 2005 und 2006 finden von der Arbeitsgruppe veranstaltete Vorträge in der Wolfgang-Borchert-Gesamtschule in Recklinghausen zum Thema „Kinder als Opfer“, im Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium in Dülmen zum Thema „Jugend im Zweiten Weltkrieg“ und in der Steinwache in Dortmund zum Thema „Die Sprache der Opfer“ statt.

Ostbevern

Ein „Schüler*innen-/Lehrer*innen-Projekt zur deutsch-niederländischen Erinnerungskultur“ findet im März 2011 im niederländischen Rhenen statt. Hierbei handelt es sich um ein gemeinsames Schulprojekt des Gymnasiums Johanneum in Ostbevern und der Schule CSG Het Nordik in Almelo. Schüler*innen und Lehrer*innen beider Schulen stellen ihre Sicht zur unterschiedlichen Erinnerungskultur in Deutschland und den Niederlanden dar. Dieses ganztägige Projekt findet einige Tage später eine Fortsetzung in einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch in Ostbevern, in dem die Teilnehmer*innen die Gelegenheit haben, mit Winfried Nachtwei Chancen und Grenzen eines gemeinsamen Erinnerns zu diskutieren. Der Arbeitskreis ist sowohl an der Organisation als auch an der Gestaltung dieses Projekts beteiligt.

²⁰⁹ Zu den obigen Veranstaltungen und Projekten siehe Bericht von Gisela Schwarze anlässlich der Bundestagung 2000 in Berlin.

Coesfeld, Rheine, Ibbenbüren

Der im Jahr 2012 erschienene und viel beachtete Film „Nach dem Brand“, an dessen Entstehen *Gegen Vergessen – Für Demokratie* beteiligt ist, wird auf Initiative der Arbeitsgruppe Schüler*innen im Hertburg-Gymnasium in Coesfeld gezeigt. Der Film arbeitet den Brandanschlag auf das Haus der türkischen Familie Arslan in Mölln durch Neonazis dokumentarisch auf. Nach der Filmvorführung haben die Schüler*innen Gelegenheit zu einem Zeitzeugengespräch mit Ibrahim Arslan, einem Überlebenden des Brandanschlags, bei dem drei seiner Angehörigen sterben.

Die Filmvorführung wird im Januar in Rheine mit Schüler*innen des Kopernikus-Gymnasiums und im Juli mit dem Goethe-Gymnasium in Ibbenbüren wiederholt. Diese Veranstaltungen finden in Kooperation mit der Geschäftsstelle des Bundesvereins in Berlin statt.

Rheine

Die folgenden Veranstaltungen in Rheine führt der Arbeitskreis jeweils in Kooperation mit dem Arbeitskreis ‚Erinnern und Gedenken‘ der Stadt Rheine durch.

Ein Vortrag zum Thema „Erfasst, verfolgt, vernichtet“ findet im November 2013 in Rheine-Mesum statt. Der Vortragende Uwe Kaminsky referiert über die Behandlung von kranken und behinderten Menschen im Nationalsozialismus und erläutert die Stellung der Kirchen zur NS-Euthanasie. Im Anschluss an den Vortrag haben die Zuhörer Gelegenheit zur Diskussion.

Im Rahmen der ‚Yad Vashem Lectures‘ findet im Mai 2013 eine Lehrer*innen-Fortbildung in Rheine-Mesum statt. Gemeinsam mit der ‚Geschichtswerkstatt Mesum‘ und den üblichen Kooperationspartnern hat die Arbeitsgruppe zu dieser Fortbildung unter dem Thema „Zwangsarbeit im Münsterland“ 50 Lehrer*innen eingeladen.²¹⁰

Im September 2013 besucht eine kleine Gruppe von ehemaligen ukrainischen Zwangsarbeiter*innen, die sich auf Einladung der Arbeitsgruppe im Münsterland aufhält, auch Rheine und Mesum.²¹¹ In Mesum hat sich die gleichnamige Geschichtswerkstatt mit Unterstützung der Arbeitsgruppe seit Jahren um die Aufarbeitung der Schicksale von Zwangsarbeiter*innen und deren Kinder in Mesum verdient gemacht.

²¹⁰ Münstersche Zeitung, Wieso stirbt ein 17-jähriges Mädchen in Mesum?, 27.5.2013.

²¹¹ Münstersche Zeitung, Die Opfer mussten schweigen, 25.9.2013 und Engagement für unbequemes Thema beeindruckt Gäste aus der Ukraine, 26.9.2013.

Ein weiterer Vortrag in Rheine findet im Dezember 2018 zum Thema „Die Namenlosen – aus unserer Gegenwart verschwunden“ statt. Die Villa ten Hompel stellt anhand von Beispielen Gedenkblätter und das von ihr geführte fortschreibende Gedenkbuch vor.

Im Jahr 2019 initiiert der Arbeitskreis eine Veranstaltungsreihe zu unterschiedlichen Themen, die sich in Teilen speziell auf Rheine beziehen. Begonnen wird sie mit einem ‚Lauschsalon‘ mit Anja Bilabel mit Vortrag und Lesung zum Thema „Es träumte mir von einer Sommernacht. Hommage an Heinrich Heine“. Es folgen weitere Vortragsveranstaltungen, u.a. mit Gertrud Althoff zum Thema „Karl Ernst Eickers – der vergessene Widerstandskämpfer“ und zum Thema „Das Ende des Ersten Weltkriegs, Novemberrevolution, die Anfänge der Weimarer Republik“. „Stationen der Verfolgung in Rheine 1933 – 1945“ heißt ein anderer Vortrag. Bei einer sich anschließenden Stadtführung können die Teilnehmer diese Stationen besichtigen. Eine weitere Veranstaltung beschäftigt sich mit „Mascha Kaleko – ein Leben im Exil“²¹². Ein Abend mit Lesungen von Gedichten der jüdischen Dichterin, begleitet von Klezmer-Musik²¹³. Die kleine Vortragsreihe wird abgeschlossen mit einer Filmvorführung von ‚Jud Süß‘ (1940) unter dem Titel „Ein Dokument der Unmenschlichkeit“.

Warendorf und Coesfeld

„Die Bedeutung der Revolution 1918/19 in der deutschen Geschichte“ heißt ein Vortrag von Bernd Faulenbach, Vorstandsvorsitzender des Bundesvereins, im November 2018. Diese Vortragsveranstaltung führt die Arbeitsgruppe in Kooperation mit dem Bundesgeschäftsstelle, dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und der Volkshochschule Warendorf durch. Im Oktober 2019 hält Bernd Faulenbach diesen Vortrag auch in Coesfeld.

Dülmen

Im Jahr 2020 begibt sich die Regionale Arbeitsgruppe Münsterland gemeinsam mit der Evangelischen Kirchengemeinde Dülmen unter Leitung von Dr. Helge Heidenmeyer, Stiftungsvorstand der Gedenkstätte Hohenschönhausen, auf eine Exkursion nach Berlin. Unter dem Thema „Auf den Spuren des Einigungsprozess“ befasst sich die Exkursion mit dem Mauerfall, der Vereinigung und der Rolle beider Kirchen in der DDR hierbei.

²¹² Mascha Kaleko war eine deutschsprachige, der Neuen Sachlichkeit zugerechnete jüdische Dichterin.

²¹³ Klezmer ist eine aus dem aschkenasischen Judentum stammende Volksmusiktradition.

4.4.5 Vorträge, Ausstellungen, Gedenktage

4.4.5.1 Vorträge

Vorträge nehmen, wie in den vorherigen Unterkapiteln bereits gesehen, in den jährlichen Veranstaltungskalendern der Arbeitsgruppe seit ihrem Bestehen einen breiten Raum ein, und dies nicht nur deshalb, weil schon Gisela Schwarze, die Initiatorin der Arbeitsgruppe, viele Vorträge gehalten hat. Die Themen sind ebenso breit gefächert wie die jeweils ins Auge gefassten Zielgruppen. Die Vorträge behandeln sowohl historische als auch aktuell politische und kulturelle Themen. Die Zielgruppen sind neben einer allgemeinen Öffentlichkeit auch Schulen und interessierte Institutionen. Als Vortragende werden in allen Fällen kompetente Fachleute eingeladen. Zu den Vorträgen, die in vielen Fällen in der Villa ten Hompel stattfinden und für die Besucher*innen kostenfrei angeboten werden, kommen, je nach Thema und Zeitpunkt, zwischen 20 und 100 Zuhörer*innen. In den letzten Jahren werden zwischen 20 und 30 Vorträge pro Jahr angeboten. Im Folgenden findet sich eine kleine Auswahl aus dem sehr umfangreichen Vortragsprogramm, das wegen der besseren Übersicht hier nach den Themenschwerpunkten DDR-Vergangenheit/Einigungsprozess, NS-Vergangenheit, Shoah-Thematik und Deutsche Geschichte unterteilt wird. Vorträge, die im Rahmen anderer Veranstaltungsformate gehalten werden, sind dort jeweils ausgewiesen.

DDR-Vergangenheit/Einigungsprozess

Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und des Einigungsprozesses hat für den Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* einen ähnlich hohen Stellenwert wie die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.

In einem Zeitzeugengespräch mit Frank Grünert wird im Oktober 2016 die „Friedliche Revolution in der Provinz“ am Beispiel von Plauen für die Teilnehmer*innen thematisch in der Villa ten Hompel aufbereitet. Der Vortrag wird in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, dem Verein Spuren Finden Münster und der Stadt Münster angeboten.

In einem Vortrag im Oktober 2017 in der Villa ten Hompel wird „Die friedliche Revolution von 1989 in Sachsen und die unfriedliche Empörung von Pegida und Co“ thematisch aufgearbeitet. Der Vortrag findet in Kooperation mit der Villa ten Hompel, dem Ost-West-Forum Münster und dem Evangelischen Forum Münster statt.

In einem Vortrag im Februar 2010 von Marianne Brentzel mit dem Titel „Die Machtfrau – Das Leben und Wirken von Hilde Benjamin“ wird die Person Hilde Benjamin kritisch betrachtet.

Hilde Benjamin, eine Rechtsanwältin, wird nach dem Volksaufstand 1953 Justizministerin der DDR und ist in dieser Funktion maßgeblich an der Neuordnung des Strafrechts in der DDR nach stalinistischem Sinn beteiligt. Als Richterin fällt sie in Schauprozessen zwischen 1949 und 1953 Urteile von sehr großer Härte. Die Veranstaltung wird von der Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Forum Münster organisiert.

NS-Vergangenheit

Auf Einladung der Regionalen Arbeitsgruppe hält der deutsche Schriftsteller Martin Bergau, Autor des Buchs „Der Junge von der Bernsteinküste“, im April 2003 drei Vorträge in Münster am Geschwister-Scholl-Gymnasium, am Immanuel-Kant-Gymnasium und in der Katholischen Akademie Franz-Hitze-Haus. Das Thema seiner Vorträge ist das heute fast vergessene Massaker von Palmnicken. In dem kleinen Dorf bei Königsberg und auf dem Todesmarsch dorthin ist er 1945 Zeitzeuge der Ermordung von letztlich 13.000 jüdischen Frauen aus Polen und Ungarn durch die SS. Die örtliche Presse berichtet in mehreren Artikeln über die bemerkenswerten und gut besuchten Vorträge.²¹⁴

In seinem Vortrag mit dem Titel „Hochverehrter Herr Reichskanzler – Ein Volk grüßt seinen Führer“ setzt sich Prof. Dr. Rainer Pöppinghege im Juli 2013 in der Villa ten Hompel mit dem Führerkult um Adolf Hitler in der NS-Zeit auseinander. Dies ist eine Veranstaltung in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster und dem Evangelischen Forum Münster.

In einem Vortrag mit Bildern in der Stadtbibliothek Münster mit dem Titel „Geschichte aus der Nähe. Politische Karikaturen von Josef Capek 1933 bis 1938“ wird im Mai 2013 das Wirken Josef Capeks (1887 – 1945), eines tschechischer Malers, Graphikers, Fotografen und Schriftstellers, vorgestellt. Dieses Projekt ist eine Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, dem Evangelischen Forum Münster und der Villa ten Hompel.

Als letztes Beispiel für diesen Themenkomplex sei ein Vortrag von Thomas Köhler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Villa ten Hompel, erwähnt, der sich im Juni 2013 in seinem Vortrag „Nicht durch formale Schranken gehemmt“ kritisch mit der Rolle, die die deutsche Polizei im Nationalsozialismus gespielt hat, auseinandersetzt. Dieser Vortrag findet in Kooperation mit der Bezirksregierung Münster und der Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ statt.

²¹⁴ U.a. Westfälische Nachrichten, Zeitzeuge sinnlosen Tötens, 12.4.2003 und Münstersche Zeitung, Das vergessene Massaker, 11.4.2003.

Shoah-Thematik

Reinhard Großmann²¹⁵, ein Überlebender des Ghettos Lodz, berichtet in einer Lesung im Februar 2010 in der Villa ten Hompel über ein Leben im und nach dem Ghetto. Die Veranstaltung wird von der Regionalgruppe in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster und dem Evangelischen Forum Münster durchgeführt.

In einem Vortrag mit dem Titel „Die KZ-Gedenkstätte Moringen“ wird im Oktober 2015 über die Geschichte des Konzentrationslagers und der 1993 gegründeten Gedenkstätte informiert. Diese Veranstaltung ist eine Kooperation mit dem KCM-Schwulenzentrum Münster, mit LIVAS Münster und den Fachreferaten der Allgemeinen Studierendenausschüsse an der Universität sowie der Fachhochschule Münster.

„Vom Massenmord zur Shoah. Die Eskalation der nationalsozialistischen Judenvernichtung 1941/42“ heißt ein Vortrag von PD Dr. Martin Cüppers im März 2017 in der Villa ten Hompel, der in Kooperation mit dem Evangelischen Forum Münster, der Dokumentations- und Forschungsstelle Justiz und Nationalsozialismus und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster durchgeführt wird.

Dr. Imke Hansen, Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Nordost-Institut in Lüneburg, referiert im Januar 2020 in der Bezirksregierung Münster über das Thema „Der Ort des Bösen – Wie Auschwitz zum Inbegriff des Holocaust wurde“. Kooperationspartner ist hier ebenfalls die Bezirksregierung Münster.

In einem Vortrag in der Villa ten Hompel zum Thema „Fotos aus Sobibor – Die Niemann-Sammlung zu Holocaust und Nationalsozialismus“ gibt der Referent Dr. Steffen Hänchen, Mitarbeiter des Bildungswerks Stanislaw Hantz e.V., im Februar 2020 einen Einblick in die privaten Fotos des NS-Täters Johann Niemann. Die Bilder des SS-Untersturmführers Johann Niemann, Angehöriger der Lagermannschaft des Vernichtungslagers Sobibor, gewähren neue Einblicke in die von den Nationalsozialisten eigentlich mit einem generellen Bilderverbot belegte Welt der Vernichtung der europäischen Juden.

Ruth Frankenthal, frühere Vorsitzende der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, berichtet im Februar 2020 in einem Vortrag in der Bezirksregierung Münster zum Thema „Verweigerter Rückkehr – Frankenthals und ihre Nachbarn“ über die schmerzliche Rückkehr ihres Vaters Hans und ihres Onkels Ernst, beide Überlebende von Auschwitz, 1945 nach Schmallenberg.

²¹⁵ Reinhard Großmann ist studierter Pädagoge und Autor mehrerer Bücher über die Zeit des Nationalsozialismus in Polen.

Deutsche Geschichte

„Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1915 bis 1923“ ist der Titel eines Vortrags mit anschließender Diskussion im Februar 2019 in der Villa ten Hompel, der in Kooperation mit dem Evangelischen Forum Münster, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster und dem LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte veranstaltet wird.

Ebenfalls in der Villa ten Hompel behandelt im Mai 2019 ein Vortrag mit Diskussion das Thema „Hugo Preuß²¹⁶ und die Weimarer Verfassung“. Ein Vortrag, der in Kooperation mit dem Evangelischen Forum Münster, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster und dem LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte durchgeführt wird.

4.4.5.2 Ausstellungen

Ausstellungen, an denen die Arbeitsgruppe beteiligt ist, finden an verschiedenen Orten in Münster und der Region statt. Hierbei kann es sich sowohl um Wanderausstellungen handeln, die von übergeordneten Institutionen konzipiert werden und auf Initiative der Arbeitsgruppe und ihrer Kooperationspartner gezeigt werden als auch um Ausstellungen, die zu speziellen Anlässen oder an bestimmten Orten in Münster oder der Region entworfen werden. In diesen Fällen wirkt die Arbeitsgruppe bei der Konzeptionierung und Umsetzung ebenso mit wie bei der Koordinierung des Begleitprogramms, das aus Vorträgen, Führungen oder Weiterbildungen bestehen kann. Hier eine Auswahl der bisher gezeigten Ausstellungen:

Wanderausstellung „Staatsicherheit – Garant der SED-Diktatur“

Die im Auftrag der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Marianne Birthler, entwickelte Wanderausstellung „Staatsicherheit – Garant der SED-Diktatur“ wird im Jahr 2003 im Schloss in Münster gezeigt. Zusätzlich zur Ausstellung bietet die Arbeitsgruppe in Kooperation mit der Volkshochschule Münster, dem Filmclub Münster, der Villa ten Hompel, der Stadt Münster und der Agentur Deutsche Einheit Münsterland (ADEM) eine Veranstaltungsreihe an. Unter dem Motto „Leipziger Herbst – Blick zurück auf ein Stück Deutscher Geschichte“ werden im September und Oktober Konzerte (u.a. mit Wolf Biermann), Ausstellungen, Autorenlesungen (u.a. mit Erich Loest), öffentliche Führungen, Vorträge (u.a. mit Marianne Birthler) und Filme an verschiedenen Orten in Münster angeboten.²¹⁷

²¹⁶ Hugo Preuß war ein deutscher Politiker und Staatsrechtslehrer, der im Auftrag von Friedrich Ebert die Weimarer Reichsverfassung entwarf.

²¹⁷ Westfälische Nachrichten, Blick zurück auf den „Leipziger Herbst“, 6.5.2002.

„Sonderzüge in den Tod – Die Deportation mit der Deutschen Reichsbahn“

Im Hauptbahnhof Münster wird im Jahr 2008 die Ausstellung „Sonderzüge in den Tod – Die Deportation mit der Deutschen Reichsbahn“ gezeigt. Diese Ausstellung setzt sich aus drei Teilen zusammen: der Berliner Ausstellung der Deutsche Bahn AG, der Klasfeld-Ausstellung „Aus Frankreich deportierte deutsche und österreichische jüdische Kinder“ und als Münsteraner Besonderheit die viel beachtete lokal- und regionalhistorische Ergänzungsausstellung, an deren Konzeption die Arbeitsgruppe beteiligt ist. Ein umfangreiches Begleitprogramm erläutert die Ausstellung. Diese Ausstellung besuchen über 16.000 Menschen, darunter 161 Schulklassen aller Schulformen. Der Besuch dieser Ausstellung wird durch eine stark frequentierte Fortbildungsveranstaltung für Lehrer*innen im März in der Villa ten Hompel wissenschaftlich und didaktisch vorbereitet. Bei der Vorbereitung der Ausstellung und des Begleitprogramms kooperieren der Initiativkreis Deportationsausstellung, die Villa ten Hompel, die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster und die Bezirksregierung Münster.

Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“

Im April 2011 wird die schon in anderen Städten viel beachtete Ausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) in der Stadthausgalerie Münster präsentiert. Zur Einführung findet eine gut besuchte ganztägige Lehrer*innen-Fortbildung in der Volkshochschule Münster durch Mitarbeiter des BStU statt. Die Ausstellung in Münster wird gezeigt als Kooperationsprojekt der Arbeitsgruppe, der Villa ten Hompel, dem West-Ost-Forum Münster, der Stadt Münster und der Volkshochschule Münster mit der BStU.

Weitere Veranstaltungen begleiten diese Ausstellung und beleuchten in wissenschaftlichen Vorträgen und künstlerischen Annäherungen die Arbeit von Geheimdiensten in Demokratien und Diktaturen: Im Rahmen der Mittwochsgespräch hält Roland Jahn, Leiter der BStU, in der Villa ten Hompel einen Vortrag über die Beweggründe für die Ausstellung und gibt einen Einblick in seine Arbeit. In einem weiteren Referat spricht Dr. Helmut Müller-Enbergs, Leiter der Spionageabwehr beim Verfassungsschutz Berlin, in der Stadthausgalerie über „Staatssicherheit in NRW und Münster“. In einem Vortrag berichtet Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Gründungsdirektor der Stasi-Unterlagenbehörde, in der Villa ten Hompel über seine Erfahrungen mit dieser Behörde. Ein stimmungsvoller Liedervortrag „Wenn sich der Untergrund bewegt – Lieder zwischen Liebe und Revolution“ mit Karl-Heinz Bomberg²¹⁸ begleitet von Otmar Desch in den Ausstellungsräumen beendet dieses Begleitprogramm zur Ausstellung.

²¹⁸ Psychoanalytiker und Liedermacher. Die Geschehnisse aus DDR-Zeiten haben immer noch Einfluss – auf seine Arbeit als Psychoanalytiker und auf seine Kunst. Weitere Informationen zu Karl-Heinz Bomberg unter www.kh-bomberg.de.

Wanderausstellung „Justiz und NS-Verbrechen“

Im März 2017 wird die Wanderausstellung „Justiz und NS-Verbrechen“ im Landgericht Münster eröffnet. In einem Vortrag in der Villa ten Hompel mit dem Titel „Das Urteil von Nürnberg und die Folgen“ führt Prof. Dr. Norbert Frei in die Ausstellung ein. Die Ausstellung und der Einführungsvortrag sind ein Kooperationsprojekt vom Landgericht Münster, der Bezirksregierung Münster, dem Evangelischen Forum Münster, der Villa ten Hompel, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, dem Verein Spuren Finden Münster, der Stadt Münster, dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Münster und der Dokumentations- und Forschungsstelle Justiz und Nationalsozialismus.

„Verschiedene Kriege. Nationale Schulbücher über den Zweiten Weltkrieg“

Im April 2017 wird die Ausstellung „Verschiedene Kriege. Nationale Schulbücher über den Zweiten Weltkrieg“ in der Bezirksregierung Münster eröffnet. Sie zeigt anhand von Beispielen die unterschiedlichen Narrative über den Zweiten Weltkrieg in den Geschichtsbüchern weiterführender Schule in sechs europäischen Ländern. Nach mehreren Stationen in verschiedenen Ländern Europas wird die Ausstellung in Münster in Kooperation mit der Bezirksregierung Münster, dem Evangelischen Forum Münster, der Villa ten Hompel, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, dem Verein Spuren Finden Münster, der Stadt Münster und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Münster gezeigt.

„Leben nach dem Überleben“

Im November 2018 wird die Ausstellung „Leben nach dem Überleben“ im Landeshaus des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in Münster eröffnet. Die Fotografin Helene Schätzle hat für diese Ausstellung Überlebende des Holocaust in Israel in ihrem heutigen Umfeld portraitiert. In der Ausstellung werden auch Portraits des Fotografen Ralf Emmerich von zehn Überlebenden gezeigt, die vor dem Krieg in Münster gelebt haben. Im Zusammenhang mit der Ausstellung finden verschiedene Führungen und Vorträge zum Thema, u.a. von Liesel Binzer, Zeitzeugin aus dem Münsterland und Überlebende von Theresienstadt und Lesungen statt. Lukas Welz referiert in seinem Eröffnungsvortrag über ‚Amcha Deutschland‘, eine israelische Hilfsorganisation, die sich um die Überlebenden in Israel kümmert. Verschiedene Schulen besuchen in Führungen diese Ausstellung. Die Ausstellung wird in Münster als Kooperationsprojekt des Vereins Spuren Finden Münster, der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste Münster, der Bezirksregierung Münster, des Bistums Münster, des Evangelischen Kirchenkreises Münster, des Evangelischen Forums Münster, der Gesellschaft für Christlich-Jü-

dische Zusammenarbeit Münster, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Villa ten Hompel, der Klinik für Psychosomatik und Psychotherapie der LWL, der Stadt Münster und des LWL-Instituts für westfälische Geschichte gezeigt.

„Einige waren Nachbarn – Täterschaft, Mitläufer und Widerstand“

Im Januar 2020 wird die Ausstellung „Einige waren Nachbarn – Täterschaft, Mitläufer und Widerstand“ im Gebäude der Bezirksregierung Münster eröffnet. Hierbei handelt es sich um eine Sonderausstellung des ‚United States Holocaust Memorial Museum‘ in Washington D.C. (USHMM). Auf Grundlage der Kooperation zwischen dem USHMM und dem Geschichtsort Villa ten Hompel wird die Ausstellung zuerst in Münster, danach in 20 weiteren Orten Nordrhein-Westfalens und dann bundesweit gezeigt.

Zu dieser Ausstellung findet in der Woche des internationalen Holocaustgedenktags (27. Januar) ein öffentlicher Festakt statt.

4.4.5.3 Gedenktage

Gedenktage sind für die Arbeitsgruppe wiederkehrende Anlässe, sich in verschiedene Gedenkveranstaltungen in Münster einzubringen und sich an deren Organisation und Durchführung zu beteiligen. Hier zwei Beispiele:

„Stimmen des Erinnerns“

Immer wieder nimmt die Regionale Arbeitsgruppe besondere Gedenktage zum Anlass, in Veranstaltungen auf ihre Bedeutung hinzuweisen. So auch am 27. Januar 2004, dem nationalen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus,²¹⁹ in der evangelischen Christuskirche in Hilstrup. In Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Kreis für Frieden und Entwicklung Hilstrup organisiert die Regionale Arbeitsgruppe eine von Gisela Schwarze zusammengestellte Lesung von Gedichten und Briefen unter dem Titel „*Stimmen des Erinnerns*“. Eingeladen, sich an dieser Veranstaltung aktiv zu beteiligen, werden Vereine, politische Parteien und insbesondere Schüler*innen weiterführender Schulen. Die Veranstaltung findet in einem feierlichen Rahmen statt, wie die Programmfolge zeigt.

Einem musikalischen Präludium mit dem russischen Lied „Buchenwald als Mahnung“ folgen Gedichtlesungen von Will Vespers „Dem Führer“ (NS), Johannes Brobowski „Holunderblüte“ und Matthias Claudius’ „Kriegslied“. Nach einem Flötenintermezzo „Es ist ein Schnitter, heißt

²¹⁹ Erinnert an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. Vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog 1996 zum Gedenktag erklärt.

der Tod“ folgen weitere Lesungen von Gedichten von Wolfgang Wehrauch „Lidice und Oradour“, Franz Lütke „Nach Ostland wollen wir reiten“ (NS), Michael Guttenbrunner „Vorbeimarschierend“ und des Hitlerjugendlieses „Nur der Freiheit gehört unser Leben“. Danach wird ein Brief der damals vierzehnjährigen Soja Petrowna Iwanitschewa/Moskau verlesen. Einigen russischen Volksliedern folgt zum Abschluss der Gedenkveranstaltung ein Gedicht von Nelly Sachs „Chor der Gefangenen“. ²²⁰ In der Münsteraner Presse wird ausführlich über diese bemerkenswerte Veranstaltung berichtet. ²²¹

Riga-Deportation

Jährlich am ersten Sonntag nach dem 13. Dezember findet eine Veranstaltung im Gedenken an die erste Deportation aus dem Münsterland an der Münsteraner Gedenktafel am ehemaligen Gertrudenhof statt. Hieran schließen sich oft weitere Veranstaltungen in der Villa ten Hompel an, wie z.B. im Jahr 2011, zum 70sten Gedenken, eine Matinee „Zeitzeugenberichte zur Deportation aus dem Münsterland“ oder im Dezember 2014 die Präsentation des Dokumentarfilms „Eine Herzenssache. Zum Leben von Marga Spiegel“. Diese Gedenkveranstaltungen werden in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, dem Evangelischen Forum Münster, der Villa ten Hompel, dem Verein Spuren Finden Münster, der Stadt Münster und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Münster durchgeführt. Regelmäßig finden auch im Anschluss an die Gedenkveranstaltungen unter dem Titel „Gedenkblätter im Gespräch“ Lesungen zu Stolpersteinen in Münster und im Münsterland statt. Diese Lesungen erfolgen in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, der Villa ten Hompel und dem Verein Spuren Finden Münster.

4.4.6 Wahrnehmung der Arbeitsgruppe in der Öffentlichkeit

Öffentliche Wahrnehmung und Aufmerksamkeit für ihre Arbeit erhält die Arbeitsgruppe nicht nur dann, wenn über ihre Projekte und Veranstaltungen in den örtlichen oder regionalen Medien berichtet wird, sondern auch durch Mund-zu-Mund-Propaganda der Teilnehmer*innen an ihren Veranstaltungen. Natürlich geschieht dies nicht bei jeder Aktivität der Gruppe, wie die Beispiele unter 4.3.2 zeigen, aber bei den für sie wichtigen Projekten schon. Zu den von der Arbeitsgruppe initiierten oder mitorganisierten Veranstaltungen veröffentlichen sie oder ein Kooperationspartner in vielen Fällen Pressemitteilungen oder laden die Medien zu größeren Ereignissen direkt ein.

²²⁰ Stadtarchiv Münster, nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97.

²²¹ Westfälische Nachrichten, Wer ist Küblbböck, was ist Auschwitz?, 29.1.2004, Münstersche Zeitung, Aus Briefen spricht Verzweiflung, 29.2.2004.

Festgestellt werden muss aber trotzdem, dass der Bekanntheitsgrad der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland auf lokaler und regionaler Ebene, ebenso wie der des Bundesvereins auf Bundesebene, in weiten Bevölkerungsschichten nicht sehr groß ist. Dies liegt zum einen daran, dass für die Arbeitsgruppe, ähnlich wie beim Bundesverein, die Projekte und Themen im Vordergrund stehen und nicht so sehr ihr eigener Bekanntheitsgrad, zum anderen aber auch daran, dass bei vielen Veranstaltungen die Kooperationspartner die öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Aber genauso kann festgestellt werden, dass in den Medien über den Verein und seine Projekte berichtet wird und dass seine Veranstaltungen in den meisten Fällen gut besucht sind. Auch aus diesen Gründen lässt sich die Frage, inwieweit die Arbeit und die Projekte der Arbeitsgruppe Einfluss auf die Stärkung und den Erhalt demokratischer Überzeugungen in Münster und im Münsterland haben, nur schwer beantworten. Reaktionen von Teilnehmern nach Veranstaltungen der Arbeitsgruppe lassen aber die Vermutung zu, dass, ähnlich wie beim Bundesverein, diese Frage positiv beantwortet werden kann.

5. Zusammenfassung und Ergebnisse

Wie unter Punkt 2.2 bereits angesprochen, bedingen Zivilgesellschaft, und damit auch zivilgesellschaftliches Engagement, und Demokratie einander. In einem gesellschaftlich demokratischen Umfeld, von dem in Deutschland ausgegangen werden kann, setzt sich zivilgesellschaftliches Engagement für die Stärkung und für den Erhalt der Demokratie ein, ist sogar eine Voraussetzung dafür, wogegen dies unter diktatorischen Verhältnissen nicht möglich ist. Hier kann zivilgesellschaftliches Engagement, oft unter eingehen persönlicher Risiken der beteiligten Akteure, nur dazu beitragen, auf ein demokratisches Umfeld hinzuarbeiten.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist also für den Erhalt und die Stärkung der Demokratie in Deutschland und allen anderen demokratischen Ländern nicht nur von entscheidender Bedeutung, sondern seine Ausübung ist gleichzeitig von demokratischen Verhältnissen abhängig. Diese, im Untertitel zu dieser Untersuchung noch als Arbeitsthese formulierte Feststellung kann als Ergebnis der vorangegangenen Ausführungen eindeutig bestätigt werden. Dass sich zivilgesellschaftliches Engagement hierbei in unterschiedlichen Ausprägungen, Bereichen und Formen als demokratiefördernd erweist, z.B. in der Kultur, im Sozialen, in der Geschichte oder in der Politik, wird aus dem Vorangesagten deutlich. Obwohl in dieser Untersuchung hierbei der politische Sektor im Vordergrund steht, kann nicht außer Acht gelassen werden, dass die Unterschiede und Übergänge hierbei fließend sein können. Dies wird am Hauptuntersuchungsgegenstand dieser Arbeit deutlich. Der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* und seine Regionale Arbeitsgruppe Münsterland beziehen sich ihrem Selbstverständnis nach nicht nur auf politisches Handeln, sondern auch kulturelle, soziale und geschichtliche Aspekte haben eine nahezu gleichwertige Bedeutung. Damit können Verein und Regionalgruppe als Musterbeispiele für organisiertes, zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland bezeichnet werden.

5.1 Beantwortung der unter 1.1 gestellten Fragen

Diese Feststellungen könnten schon als Ergebnisse dieser Arbeit ausreichen, wenn da nicht die unter 1.1 formulierten drei Fragen wären, deren Beantwortung das Ziel dieser Untersuchung sein soll. Die vorangegangenen Ausführungen haben hierfür die Grundlagen geschaffen.

1. **Worin unterscheiden sich zivilgesellschaftliche Engagements von staatlichen, welche Auswirkungen haben beide auf die Demokratie in Deutschland und wie werden sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen?**

Staatliches und zivilgesellschaftliches Engagement, ein weiteres Ergebnis der Literaturrecherche, unterscheidet sich zwar voneinander, muss und kann aber nicht als Gegensatz gesehen werden. Dafür sind die Übergänge zwischen beiden in vielen Fällen zu fließend, wie unter 2.3 dargelegt wird. Dass dies insbesondere auf den Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* zutrifft, dessen Engagement ja grundsätzlich ein zivilgesellschaftliches ist, aber aufgrund der unbestrittenen Nähe des Bundesvereins und seiner Vereinsführung zur aktiven Politik auch staatliche Züge trägt, wird ebenfalls unter 2.3 konkretisiert.

Ketzerisch könnte man die Frage stellen, ob es eines zivilgesellschaftlichen Engagements überhaupt bedarf. Könnte man nicht alle Aufgaben, die von sozialer, kultureller, historischer oder politischer Bedeutung sind, dem Staat überantworten, nach dem Motto, der kann das sowieso effizienter und besser? Gegner dieser Meinung könnten dagegenhalten: ‚So viel staatliches Engagement wie nötig, soviel zivilgesellschaftliches Engagement wie möglich‘ sei die Maxime. Diese Thesen, so verständlich sie auch jeweils scheinen mögen, bergen aber in sich schon weitere Diskussions- und Konfliktpotentiale, weil jeweils immer ausgelotet werden muss, was zum einen ‚besser‘ und zum anderen ‚nötig‘ und ‚möglich‘ bedeuten. Diese Arbeit argumentiert, dass ein Engagement in einer Demokratie nur dann das Attribut ‚zivilgesellschaftlich‘ verdient, wenn es dem Erhalt dieser Demokratie dient, was sicherlich für den Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* zutrifft. Unbestritten bleibt hierbei jedoch, dass es auch in einer demokratischen Gesellschaft Aufgaben gibt, die unbedingt eines staatlichen Engagements bedürfen.

Die bisherigen Ausführungen sagen aber auch etwas darüber aus, wie die Öffentlichkeit auf sowohl staatliches als auch zivilgesellschaftliches Engagement reagiert und wie sie es wahrnimmt. So hat zivilgesellschaftliches Engagement in den letzten Jahrzehnten im Bewusstsein der Öffentlichkeit zwar allgemein an Wertschätzung und Bedeutung gewonnen, aber es hat auch mit gestiegenem Stellenwert zu einer Polarisierung insbesondere im politischen Bereich geführt. Unterschiedliche Gruppen, alle vermeintlich mit zivilgesellschaftlich motivierten Engagements, sind heute eher bereit, ihre Auffassungen mit radikaleren Mitteln durchzusetzen. Als ein Beispiel hierfür kann die Migrations- oder Rassismus-Diskussion genannt werden. Auch

staatliches Engagement wird heute in der Öffentlichkeit anders wahrgenommen und hinterfragt als früher. Das betrifft nicht nur die Art der Aufgaben an sich, sondern insbesondere auch die Art und Weise, wie der Staat diese Aufgaben angeht und erfüllt. Beispiele hierfür sind die Zunahme von Demonstrationen gegen bestimmte staatliche Maßnahmen oder der nicht verstummende Ruf nach Bürgerentscheiden zu gesellschaftlichen und rechtlichen Problemen.

2. Was zeichnet den Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* auf Bundesebene aus? Zu beantworten ist hier insbesondere: Wie kam es zur Gründung des Vereins? Worin besteht seine Besonderheit im Rahmen der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Engagements? Welchen Einfluss hatte oder hat dieser Verein auf die Demokratie in Deutschland? Wie wird die Arbeit des Vereins in der Öffentlichkeit wahrgenommen?

Einige Besonderheiten, die den Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* gegen andere herausheben, sind bereits angesprochen. Zum einen sein spezieller Ansatz, aus einem umfassenden Wissen um die Vergangenheit Deutschlands während der Zeit des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur Lehren für den Erhalt und die Stärkung der heutigen Demokratie zu ziehen. Zum anderen die sich aus der relativen Nähe der Vereinsführung zur aktiven Politik ergebenden Netzwerke, die andere Vereinigungen so nicht haben und die dem Verein helfen, seine Ziele besser und effektiver umsetzen zu können.

Dass mit dieser politischen Nähe aber nicht nur besondere Möglichkeiten für das zivilgesellschaftliche Engagement des Vereins verbunden sind, sondern auch eine besondere Verantwortung bei der Umsetzung der Vereinsziele besteht, darauf wird unter 3.3 ebenfalls hingewiesen. Und dass sich der Verein bei der Umsetzung seiner ambitionierten Ziele und Aufgaben, die er sich gemäß seiner Satzung gesetzt hat, dieser Verantwortung stets bewusst war und ist, wird aus den Ausführungen über die von ihm organisierten oder initiierten Projekte und Veranstaltungen unter 3.6.2 deutlich. Aber diese wären und sind ohne diese ‚Beziehungen‘ in vielen Fällen auch nur schwer zu realisieren, was auch für die notwendige finanzielle Ausstattung zutrifft. Hinzu kommt, dass Aufgaben wie ‚Prävention von Rechtsextremismus‘, ‚Historisch-politische Bildung‘ und ‚Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement‘, die ausnahmslos zum Erhalt und der Stärkung der Demokratie geeignet sind, ohne die Kooperationspartner und die Regionalen Arbeitsgruppen nicht so effizient durchzuführen wären.

Empirisch überprüfbare Aussagen über die Einflussnahme des Bundesvereins auf die Demokratieentwicklung in Deutschland lassen sich, wie unter 3.6.3 beschrieben, nicht treffen. Aber die positiven öffentlichen wie auch politischen Resonanzen auf die verschiedenen Projekte und Aktionen des Vereins oder seine erfolgreichen Initiativen für Gesetze oder Gesetzesänderungen lassen die begründete Annahme zu, dass der Verein in den fast 30 Jahren seines Bestehens hier einen positiven Einfluss genommen hat.

Auf die öffentliche Wahrnehmung und Bekanntheit des Vereins wird unter 3.4.3 eingegangen. Dass diese nicht sehr groß ist, hat sicherlich auch etwas mit seiner Arbeitsweise zu tun. Diese besteht darin, sich für Projekte geeignete Kooperationspartner und Multiplikatoren zu suchen und somit Netzwerke zu bilden. Dabei stellt er immer Themen und Botschaften und nicht sich selbst in den Vordergrund. Gleiches gilt für die bekannten Persönlichkeiten, die sich im Verein engagieren, aber nicht ohne weiteres in der Öffentlichkeit mit dem Verein in Verbindung gebracht werden. Sie erhöhen aber die öffentliche Aufmerksamkeit von bestimmten Projekten und Themen des Vereins, wenn sie sich dabei persönlich in seinem Namen engagieren

Dass der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* bei seiner Arbeit, seinen Projekten und Initiativen besonders Jugendliche und junge Erwachsene im Auge hat, macht ihn zum Musterbeispiel im Sinne des Themas dieses Seminars; dies könnte fast sein zweiter Name sein: *Demokratie – ein ständiger Auftrag und Lernprozess*. Und dass dies auch insbesondere für seine Regionale Arbeitsgruppe Münsterland zutrifft, zeigen die Ausführungen in Kapitel 4. und die Antworten auf die nächste, die dritte, Frage.

- 3. Welche Bedeutung hat die heutige Regionale Arbeitsgruppe Münsterland für die Demokratieentwicklung in ihrem Einzugsgebiet? Antworten auf folgende Fragen sind hierbei von besonderem Interesse: Welche Beweggründe führten zu seiner Gründung? Wie ist seine Organisations- und Mitgliederstruktur? Wie ist seine Arbeitsweise? Welche Aufgaben hat sich diese Arbeitsgruppe gestellt? Wie führt sie diese durch? Welche Resonanz hat sie in der Bevölkerung vor Ort?**

Unbestreitbar ist Dr. Gisela Schwarze Initiatorin, Gründerin und Motor für die Regionale Arbeitsgruppe Westfalen, heute Münsterland. Ihre historischen Forschungen, insbesondere über die russischen und ukrainischen Zwangsarbeiter*innen während des Zweiten Weltkriegs in Münster, haben unmittelbar mit der Gründung der Arbeitsgruppe zu tun. Seit 1997 engagiert sich der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* auf Bundesebene für Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter*innen in Deutschland. Da dieses Engagement mit dem von Gisela Schwarze übereinstimmt, entschließt sie sich, 1999 erst dem Bundesverein beizutreten und wenige Monate später eine Regionale Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen.

Aktuell hat die Arbeitsgruppe in ihrem regionalen Einzugsgebiet rund 120 Vereinsmitglieder, davon ist die Mehrzahl in Münster ansässig. Etwa die Hälfte der Mitglieder sind Studenten, also im Durchschnitt unter 27 Jahre alt, was dazu führt, dass die Arbeitsgruppe Münsterland beim Durchschnittsalter der Mitglieder die jüngste Gruppe in Deutschland ist. In einer durch die Universität geprägten Stadt wie Münster, in der die meisten Mitglieder wohnen, ist es nicht verwunderlich, dass die Mehrzahl der Mitglieder einen akademischen Hintergrund haben.

Die Regionale Arbeitsgruppe Münsterland arbeitet bei der Umsetzung ihrer Projekte zwar eng mit verschiedenen Kooperationspartnern vor Ort zusammen. Aber ein Partner sticht besonders heraus, der Geschichtsort Villa ten Hompel. Im Jahr 1996 erwirbt die Stadt Münster das Gebäude und 1998 wird es als Ort des Erinnerns, Forschens, Lernens und der politisch-historischen Bildung neu eröffnet.²²² Die Aufgaben und Ziele der Villa ten Hompel stimmen nahezu perfekt mit den Zielen des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* überein. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Villa ten Hompel Hauptkooperationspartner für die Arbeitsgruppe ist. Wie unter 4.3.2 beschrieben, nutzt die Arbeitsgruppe bei vielen Veranstaltungen die Räumlichkeiten der Villa ten Hompel.

Ähnlich wie beim Bundesverein lässt sich auch bei der Regionalen Arbeitsgruppe der Einfluss ihrer Arbeit auf eine positive Demokratieentwicklung nicht mit messbaren Daten nachweisen. Aber das durch seine unter 4.4 beschriebenen Projekte und Veranstaltungen bei den Teilnehmer*innen eine demokratische Grundeinstellung gefördert wird, lässt sich an den Beispielen Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen und der Fortbildung für Pädagogen*innen sehr gut belegen. Die hier besonders herausragenden Formate ‚Demokratiedschungel‘ und ‚Yad Vashem Lectures‘ sind in ihrer Art einzigartig. Die lange Laufzeit der Formate, die andauernd große Nachfrage und die überwiegend positiven Reaktionen der Teilnehmer*innen beweisen ihren Erfolg. Ein positiver Einfluss auf die demokratische Grundeinstellung der Jugendlichen, auf die der Verein besonderen Wert legt, sollte hierbei nicht ausbleiben. Gleiches gilt für die Pädagogen*innen, die die in den Fortbildungen erworbenen Kenntnisse an ihre Schüler*innen weitergeben.

Hinsichtlich der öffentlichen Wahrnehmung gelten für die Arbeitsgruppe grundsätzlich die gleichen Aussagen wie für den Bundesverein. Allerdings mit der Einschränkung, dass die Arbeitsgruppe schon aufgrund ihres begrenzten Tätigkeitgebietes eine größere Aufmerksamkeit bei ihren Projekten z.B. in den Medien erhält. Wie unter 4.4.7 ausgeführt, ist es bei der Arbeitsgruppe auch nicht ausgeschlossen, dass die Kooperationspartner bei Projekten eine größere öffentliche Aufmerksamkeit erhalten als er. Leider unterhält die Arbeitsgruppe kein Presse- oder Medienarchiv, in dem Berichte über die Aktivitäten dokumentiert sind.

5.2 Ausblick und Dank

Wie groß die Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Engagements für den Erhalt und die Stärkung der Demokratie in Deutschland ist, wird aus den vorherigen Ausführungen deutlich. Auf die Gefahren, die der Demokratie durch Rassismus und Radikalismus drohen, ist hingewiesen worden. Und dass diese Gefahren nicht nur ein Phänomen unserer Gegenwart sind, sondern

²²² Schäfers, Norbert, Kultur des Erinnerns in Münster, Münster WS 2017/18.

auch in der Zukunft fortbestehen werden, davon ist auszugehen. Denn Tatsache ist, dass es einer rechtsextremen Partei wie der AfD, trotz aller Aktionen des Vereins und vieler anderer gesellschaftlichen Akteure gegen Rechtsextremismus, gelungen ist, in den Bundestag einzuziehen und dass rechtsextremistische und antisemitische Straftaten in Deutschland zunehmen. Unsere demokratische Gesellschaft wird also weiterhin, neben notwendigem staatlichen Engagements, noch stärker auf zivilgesellschaftliches Engagement zum Erhalt und zur Stärkung dieser Demokratie angewiesen sein. Was aber auch bedeutet, dass zivilgesellschaftliches Engagement in seiner Vielfalt erhalten werden und möglich bleiben muss. Hierzu bedarf es engagierter Menschen, die sich für die Stärkung und den Erhalt der Demokratie in Deutschland zusammenschließen und in Vereinigungen einsetzen. Es wird zukünftig noch stärker Aufgabe zivilgesellschaftlicher Akteure und Aktionen sein, gesellschaftliche und politische Entwicklungen kritisch zu begleiten, ihr Engagement weiterhin einzubringen und somit zur weiteren Entwicklung einer demokratischen Kultur beizutragen.²²³

Und hierbei kann, soll und wird der Verein *Gegen Vergessen – Für Demokratie* auch zukünftig eine wichtige Rolle spielen. Zu ihren Wünschen für die Zukunft des Vereins befragt, sagt Cornelia Schmalz-Jacobsen, seinerzeit stellvertretende Vorsitzende des Vereins, im unter 3.1.2 bereits erwähnten Interview:

„Ich wünsche mir, dass er weitermacht und weiterhin aufpasst, dass er nicht blauäugig wird und Dinge fordert, die nicht umsetzbar sind. Dieser Fehler wird von Organisationen häufiger gemacht. In Zukunft sollten wir uns zunehmend mit der Frage der Migration befassen, was wir heute bereits tun. Das wird wichtig bleiben, es wird in Zukunft immer eine Rolle spielen, auf die wir uns einstellen und für die wir Antworten finden müssen. Dazu kann und wird Gegen Vergessen – Für Demokratie beitragen.“²²⁴

Ähnlich äußert sich auch Bernd Faulenbach, scheidender Vorsitzender der Vereinigung, in einem Interview mit der Vereinszeitschrift Ende 2020. Zu seinen Zukunftswünschen für den Verein befragt, sagt er:

„Ich wünsche mir von unserem Verein, dass er in der gegenwärtigen Umbruchphase eine eigenständige orientierende Rolle spielt durch die Bewahrung und Erweiterung historischer Einsichten und daraus resultierendem politischem Engagement. [...] Ich hoffe, er wird weiterhin in der Zivilgesellschaft wurzelnd ein realistisches Demokratiekonzept vertreten und dabei neben den Problemgruppen, denen unsere besondere Aufmerksamkeit gilt, die breiten gesellschaftlichen Schichten im Auge behalten, um trotz zwangsläufiger

²²³ Siehe hierzu auch: Zimmer, Annette, Die aktuellen Probleme der Zivilgesellschaft, Bundeszentrale für politische Bildung 2012, www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde, Zugriff vom 17.6.2020.

²²⁴ Aus: Zeitschrift *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, Nr. 79 (Datum des Interviews nicht bekannt, aber wahrscheinlich 2013).

*Konflikte einen politischen Konsens und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Gegen Vergessen –Für Demokratie wird wirklich gebraucht!*²²⁵

Der neue Vorsitzende von *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, Andreas Voßkuhle, gibt in einem Statement nach seiner Wahl nicht nur den Schwerpunkt seiner Arbeit für seine Amtszeit wider, sondern bezieht hierin sicherlich auch die zukünftigen Schwerpunkte der Vereinsarbeit ein, wenn er sagt:

*„Begeistern junger Menschen für die Demokratie und den Rechtsstaat. Selbstverständlich im Wissen, wie herausfordernd für alle Generationen gerade diese Zeiten sind.“*²²⁶

Der Verein *Gegen Vergessen - Für Demokratie* ist auch für die Zukunft bestens aufgestellt, einen wichtigen Beitrag für den Erhalt und die Stärkung der Demokratie in Deutschland zu leisten.

Eine Untersuchung wie diese konnte ohne kompetente Hilfe nicht zustande kommen. Deshalb dankt der Autor all jenen, die an ihrer Realisierung beteiligt waren. An erster Stelle sind dies die Herren Horst Wiechers und Stefan Querl. Als Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland waren sie nicht nur bereit, in persönlichen Gesprächen Informationen über die Arbeitsgruppe zu liefern, sondern auch die Arbeit vor ihrer Veröffentlichung zu lesen und wertvolle Tipps zu geben. Ebenso gilt der Dank den Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle des Bundesvereins in Berlin, die trotz massiver Corona-Einschränkungen zur Mithilfe bereit waren. Für ihre Hilfe bei der Recherche dankt der Autor den Mitarbeiter*innen des Stadtarchivs Münster. Besonderer Dank gilt auch sowohl den Teilnehmer*innen des Seminars *Forschendes Lernen* als auch der Seminarleiterin Frau Dr. Veronika Jüttemann, nicht nur für das kollegiale und freundschaftliche Miteinander während der letzten vier Semester, sondern auch für ihre Bereitschaft, während dieser Zeit die Entstehung der Arbeit mit wertvollen Hinweisen zu begleiten.

²²⁵ Aus: Zeitschrift *Gegen Vergessen – Für Demokratie*, Zur Vereinsentwicklung der vergangenen Jahre: Bernd Faulenbach zieht Bilanz, Nr. 106/2020.

²²⁶ *Westfälische Nachrichten*, Begeisterung wecken, 22.1.2021.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Quellen

Archivalien:

Stadtarchiv Münster

- Nichtamtliches Archivgut, NL Gisela Schwarze Nr. 97.
- Das Stadtarchiv erinnert, Mahnmal „Unenteilbares Deutschland“.

Archiv der Bundesgeschäftsstelle Berlin

- Tätigkeitsberichte der Arbeitsgruppe 2007- 2010.

Gespräche:

- Wiechers, Horst: am 25.11.2019 und 24.1.2020 in seiner Privatwohnung.
- Querl, Stefan, Wiechers, Horst: am 11.8.2020, 30.11.2020 und am 16.3.2021 in der Villa ten Hompel.

Gedruckte Quellen:

Der Spiegel

- Ernst Waltemathe, 4.10.1993.
- Diether Posser ist tot, 12.1.2010.

Focus Magazin

- Mit Frust im Bauch, ohne Trauerflor, Nr. 43/1993.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

- Corona-Diktatur? - DDR-Vergleiche und die Instrumentalisierung von NS-Verbrechen pervertieren Schutzmaßnahmen, 11.3.2021.

Gegen Vergessen – Für Demokratie, Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer

- Czeremin, Liane, Wie einig ist sich die junge Generation?, Nr. 105/2020.
- Faulenbach, Bernd, NS-Verbrechen nicht relativieren, kommunistisches Unrecht nicht bagatellisieren, Nr. 79/November 2013.
- Faulenbach, Bernd, Zum 90. Geburtstag von Hans-Jochen Vogel, Nr. 88/März 2016.
- Faulenbach, Bernd, Zur Vereinsentwicklung der vergangenen Jahre: Bernd Faulenbach zieht Bilanz, Nr. 106/2020.

- Gründungsmitglied Manfred Struck gestorben, Nr. 99/April 2019.
- Lüder, Wolfgang, Über Hanna-Renate Laurien, Nr. 79/November 2013.
- Heinz Putzrath, Nr. 79/November 2013.
- Robers, Christin, Benjamin Rensch, Unterwegs im Dschungel der Demokratie, Nr. 88/März 2016.
- Schmalz-Jacobsen, Cornelia, „Es war höchste Zeit ...“, 79/November 2013.
- Vogel, Hans-Jochen, Die Zwangsarbeiterentschädigung – ein zentrales Anliegen unserer Vereinigung, Nr. 79/November 2013.
- Vogel, Hans-Jochen, Demokratie braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger, Nr. 79/November 2013.

Jüdische Allgemeine

- Anwältin der Opfer, 31.7.2008.

Münstersche Zeitung

- Das vergessene Massaker, 11.4.2003.
- Aus Briefen spricht Verzweiflung, 29.2.2004.
- Elftklässler auf großer Bühne, 14.2.2006.
- Wieso stirbt ein 17-jähriges Mädchen in Mesum?, 27.5.2013.
- Münstersche Zeitung, Die Opfer mussten schweigen, 25.9.2013
- Engagement für unbequemes Thema beeindruckt Gäste aus der Ukraine, 26.9.2013.

Süddeutsche Zeitung

- Anzeige von Vereinsmitgliedern vom 18./19.11.1995.

Sonntagsblatt 360° Evangelisch

- Schwerter zu Pflugscharen-Pfarrer Schorlemmer wird 75, 15.5.2019.

Westfälische Nachrichten

- Blick zurück auf den „Leipziger Herbst“, 6.5.2002.
- Zeitzzeuge sinnlosen Tötens, 12.4.2003.
- Wer ist Küblböck, was ist Auschwitz?, 29.1.2004.
- Diese Collage sprüht nicht vor Heiterkeit, 14.2.2006.
- Trauer um Gisela Schwarze – Engagierte Historikerin ist tot, 29.3.2015.
- Nachruf der RAG Münsterland auf Dr. Gisela Schwarze, 1.4.2015.
- Die Demokratie braucht uns, Auszug aus dem Redetext, 24.12.2019.
- Wieder ein Zeichen gegen die AfD gesetzt, 8.2.2020.
- Deutlich mehr politisch motivierte Straftaten, 28.5.2020.
- Die letzten Worte gebühren dem Toten, 4.8.2020.
- Die Verwahrlosung der Demokratie, 4.9.2020.

- Die Extreme berühren sich, 23.9.2020.

Quellen im Internet:

- www.amadeu-antonio-stiftung.de, Zugriff vom 25.2.2020.
- Bildung ist einziger Weg aus der Misere, www.tagesschau.de/inland/meldung92818.html, Zugriff vom 30.11.2020.
- www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2018/politische-und-gesellschaftliche-partizipation, Zugriff vom 7.4.2020.
- www.bundespraesident.de/DE/Bundespraesident/Bundespraesident-frank-waltersteinmeier, Zugriff vom 12.5.2020.
- www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/gedenken, Zugriff vom 21.8.2020.
- Demokratie retten, zivilgesellschaftliches Engagement stärken!, www.damigra.de/meldungen/demokratie-retten-zivilgesellschaftliches-engagement-staerken, Zugriff vom 25.2.2020.
- www.damiga.de/dachverband/ueber-uns/, Zugriff vom 18.2.2020.
- www.da-stand-die-mauer.de, Zugriff vom 5.10.2020.
- www.demokratiegeschichten.de/deutsch-deutsche-begegnungen-ideen-und-tipps-fuer-die-organisatin/, Zugriff vom 5.10.2020.
- www.demokratie-leben.de/bundesprogram/ueber-demokratie-leben.html, Zugriff vom 21.8.2020.
- Deutscher Bundestag, Drucksache 14/1569, Konzeption der Künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes, www.bundestag.de/dip21/btd/14/015/1401569.pdf, Zugriff vom 21.8.2020.
- Deutscher Bundestag, Drucksache 14/1805, Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR, www.bundestag.de/doc/btd/14/018/1401805.pdf, Zugriff vom 21.8.2020.
- Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8900, www.bundestag.de/dip21/btd/14089/1408900, Zugriff vom 22.4.2020.
- Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8900, „Zukunft des Bürgergesellschaftlichen Engagements – Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft“, www.bundestag.de/dip21/btd/14089/1408900, Zugriff vom 22.4.2020.
- Eine Chronologie der rechten Gewalt in Deutschland, Berliner Morgenpost, 20.2.2020, www.morgenpost.de/politik/article228485029, Zugriff vom 25.2.2020.
- www.enquete-online.de, Zugriff vom 25.7.2020.
- www.frauke-weber-und-rainer-braam-stiftung.de/starindex/php, Zugriff vom 1.6.2020.

- www.gegen-vergessen.de/verein, Zugriff vom 5.3.2020.
- <https://www.gegen-vergessen.de/verein/verein-im-ueberblick/jahresberichte/>, letzter Zugriff vom 9.2.2021.
- www.gegen-vergessen.de/verein/verein-im-ueberblick/satzung/, Zugriff vom 28.4.2020.
- www.gegen-vergessen.de/verein/verein-im-ueberblick/satzung/, Zugriff vom 7.5.2020.
- www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote/abgeschlossene-projekte/sie-tun-gutes-wir-reden-darueber, Zugriff vom 26.5.2020.
- www.gegen-vergessen.de/verein/medien/erklaerungen-und-entschliessungen, Zugriff vom 26.5.2020.
- www.gegen-vergessen.de/verein/preise/preis-gegen-vergessen-fuer-demokratie/, Zugriff vom 1.6.2020.
- www.gegen-vergessen.de/verein/preise/waltraud-netzer-jugendpreis/, Zugriff vom 1.6.2020.
- www.gegen-vergessen.de/vor-ort/, letzter Zugriff vom 2.9.2021.
- www.gegen-vergessen.de/themen/nationalsozialismus/euthanasie-geschaedigte-und-zwangssterilisierte/, Zugriff vom 27.10.2020.
- www.gegen-vergessen.de/verein/medien/erklaerungen-und-entschliessungen, letzter Zugriff vom 2.12.2020.
- www.gesetze-im-internet.de/zjdvt/BJNR159800003, Zugriff vom 31.7.2020.
- www.google.com/search?dient=firefox-b-d&q=george+santayana, Zugriff vom 8.9.2020.
- www.kulturpreis.de, Marion-Samuel-Preis, Zugriff vom 6.7.2020.
- www.martinguse.de/pulverfabrik/, Zugriff vom 1.6.2020.
- Neue Armut in Deutschland, www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/70089/neue-armut-16-10-2006, Zugriff vom 7.9.2020.
- Positionspapier zum Thema Linksextremismus, www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Mitgliederzeitschrift/GVFD-Magazin_94_web.pdf, Zugriff vom 7.9.2020.
- www.stadt-muenster.de/villa-ten-hompel/angebote/geschichtskoffer-und-rucksaecke, Zugriff vom 25.9.2020.
- www.stiftung-20-juli-1944.de/reden/immer-wieder-haben-sich-einzelne-gegen-diktaturen-gewehrt, Zugriff vom 10.8.2020.
- www.studylibde.com/doc/7106548/nur-keinen-arzt-nur-keinen-arzt-gegen-vergessen, Zugriff vom 7.8.2020.
- www.transparency.de/mitmachen/initiative-transparente-zivilgesellschaft/?L=0, Zugriff vom 13.10.2020.
- www.wikipedia.org/wiki/Marion-Samuel-Preis, Zugriff vom 6.7.2020.
- www.zusammenhalt-durch-Teilhabe.de, Zugriff vom 20.8.2020.

2. Sekundärliteratur

Gedruckte Literatur:

- Bauerkämper, Arnd, Von der bürgerlichen Gesellschaft zur Zivilgesellschaft, Berlin 2010.
- Buchstein, Hubertus: Einleitung in: Ders. et al (Hgg.): Demokratietheorien von der Antike bis zur Gegenwart, Texte und Interpretationshilfen, Schwalbach, 8. Auflage 2012, S. 199-207.
- Dowe, Dieter (Hg), Verbote Hilfe – Rettung für Juden in Deutschland 1941 – 1945, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2004.
- Florath, Bernd: Dieter Rieken in Biographische Datenbanken, Handbuch ‚Wer war wer in der DDR?‘, Bundesstiftung Aufarbeitung, Berlin 2010.
- Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, München 2001, S.298.
- van Rahden, Till: Demokratie. Eine gefährdete Lebensform, Frankfurt a/M 2019, S. 16-23.
- Vogel, Hans-Jochen (Hg.), Gegen Vergessen – Für Demokratie, 1994 München, S. 61f.)

Literatur im Internet:

- Bundeszentrale für politische Bildung, Der lange Weg zur Entschädigung, www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/ns-zwangsarbeit/227273/der-lange-weg-zu-entschaedigung, Zugriff vom 24.7.2020.
- Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2018/politische-und-gesellschaftliche-partizipation, Zugriff vom 7.4.2020.
- Der sichtbare Linksextremismus, www.kas.de/de/web/linksextremismus/der-sichtbare-linksextremismus-linksextreme-agitation-und-parolen-im-stadtbild, Zugriff vom 7.9.2020.
- Diekmann, Nicole, Der steinige Weg bis zur letzten Tranche, 1.10.2006, www.tageschau.de/inland/meldung23582, Zugriff vom 1.7.2020.
- Frauen-Biographieforschung, Carola Stern, www.fembio.org/biographie.php/frau/biographie/carola-stern
- Gabriel, Oscar W., Partizipation im Wandel, Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/308683/partizipation-im-wandel, Zugriff vom 27.11.2020.
- Kosmala, Beate, Verbote Hilfe – Rettung für Juden in Deutschland 1941 – 1945, Vortrag gehalten auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Verbindung mit

- dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie am 28.9.2004 in Bonn, www.library.fes.de/pdf-files/historiker/02620.pdf, Zugriff vom 7.8.2020.
- Kleine Geschichte des bürgerlichen Engagements in Bayern, www.lbe.bayern.de/imperia/md/content/stmas/lbe/pdf/i10.pdf, Zugriff vom 19.7.2020.
 - Pötzsch, Horst, Demokratie, www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39287/demokratie, Zugriff vom 3.2.2020.
 - Schäfers, Norbert, Kultur des Erinnerns in Münster – Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, insbesondere die jüdischen Mitbürger, Arbeit im Rahmen des Seminars Forschendes Lernen zum Thema Helden und Außenseiter. Zur Geschichte des Nationalsozialismus in Westfalen nach 1945, Münster WS 2017/18, <https://tinyurl.com/westf-frau-mann>.
 - Schmidt, Manfred G., Deutschlands schwieriger Weg zur Demokratie, www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde, Zugriff vom 3.2.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/Alexis_de_tocqueville, Zugriff vom 19.7.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/Dieter_Rieke, Zugriff vom 10.8.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/Asylkompromiss, Zugriff vom 3.4.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/Asyldebatte, Zugriff vom 3.4.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/Oral_History, Zugriff vom 21.7.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/Hans-Jochen_Vogel, Zugriff vom 29.7.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/Annemarie_Renger, Zugriff vom 29.7.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Schorlemmer, Zugriff vom 30.7.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Lüder, Zugriff vom 30.7.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/Hanna-Renate_Laurien, Zugriff vom 31.7.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/Barbara_Distel, Zugriff vom 2.8.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/KZ-Gedenkstätte_Dachau, Zugriff vom 2.8.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/Diether_Posser, Zugriff vom 3.8.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/Carola_Stern, Zugriff vom 10.12.2020.
 - www.wikipedia.org/wiki/demokratie, Zugriff vom 3.2.2020.
 - Zimmer, Annette, Die verschiedenen Dimensionen der Zivilgesellschaft, Bundeszentrale für politische Bildung 2012, www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde, Zugriff vom 2.6.2020.
 - Zur Diskussion über den Linksradikalismus, www.gegen-vergessen.de/startseite/news-detailseite/article/zur-diskussion-über-den-linksradikalismus, Zugriff vom 7.9.2020.